

Verhandlungen

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Liebe Suhrerinnen und Suhrer, ich begrüsse Sie herzlich zur Gemeindeversammlung. Ich begrüsse speziell Herrn Wild von der Aargauer Zeitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Ich halte fest, dass wir Sie rechtzeitig zur Gemeindeversammlung aufgebeten haben. Die Akten zu den einzelnen Geschäften konnten während 14 Tagen bei der Gemeindekanzlei eingesehen werden. Ebenfalls lag das Budget 2017 bei der Abteilung Finanzen zur Einsichtnahme auf. Suhr zählt heute 5417 Stimmberechtigte, 2482 Männer und 2935 Frauen. Damit ein Beschluss endgültig gefasst werden kann, müssten 1084 Stimmberechtigte zustimmen oder die Ablehnung kundtun. Anwesend sind 399 Bürgerinnen und Bürger (7,3 %). Wir haben zwar eine sehr erfreuliche Beteiligung, trotzdem werden wir das Beschlussquorum nicht erreichen. Ich bedanke mich, dass Sie zur Gemeindeversammlung gekommen sind. Somit unterstehen die Beschlüsse dem fakultativen Referendum. Auskünfte zum Referendumsverfahren erteilt die Gemeindekanzlei. Das Begehren muss innert 30 Tagen ab Publikation der Beschlüsse von 10 % der Stimmberechtigten eingereicht werden, das sind aktuell 542 Personen. Wer an einem Entscheid ein persönliches Interesse hat, muss sich bei der Abstimmung in den Ausstand begeben. Der Kreis der Austrittspflichtigen ist im Traktandenbüchlein festgehalten. An der Gemeindeversammlung stimmen wir normalerweise offen ab. Wenn Sie eine geheime Abstimmung wünschen, müssen Sie dies vor dem Abstimmungsprozedere verlangen. 1/4 der Anwesenden müsste einen solchen Antrag gutheissen. Materiell kann nur über Geschäfte beschlossen werden, die traktandiert sind. Unter dem Traktandum Umfrage und Verschiedenes können dem Gemeinderat Aufträge erteilt werden. Dann hat die Behörde an der nächsten Gemeindeversammlung Bericht und Antrag dazu zu unterbreiten. Weitere Hinweise zu Vorschriften über die Abwicklung der Gemeindeversammlung können Sie den Seiten 5 und 6 der Vorlage entnehmen.

Es liegt mir daran, dass fair und offen diskutiert wird. Persönliche Angriffe sind zu unterlassen. Verzichten Sie auch auf Beifall und Missfallensbezeugungen. Halten Sie sich in ihren Voten kurz. Bitte stellen Sie auch das Handy ab. Verzichten Sie bitte möglichst auf Wiederholungen. Wenn Sie ans Mikrofon treten, bitten ich Sie um den Namen, das ist wichtig für das Protokoll. Anträge müssen mündlich gestellt werden. Ausstandspflichten haben wir meiner Meinung nach keine zu beachten.

Als Stimmzähler amten Frau Antonella Bertschi, Frau Seraphina Kissling, Herr Alexander Senn sowie Frau Kathrin Zeller.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat hat sich entschieden, das Traktandum 4 (Umgebung Schulhaus) von der Traktandenliste abzusetzen. Das machen wir sehr ungern. Aber die spezielle Lage (negative Haltung der Finanzkommission und seitens von Parteien zu diesem Kredit) hat uns dazu bewogen. Wir haben keine Chance gesehen, dass heute eine Zustimmung möglich ist. Im Kredit zum Schulhaus VINCI ist die Umgebung zum Schulhaus mit Fr. 500'000.00 berücksichtigt. Diesen Betrag werden wir beanspruchen und die Umgebung zum neuen Schulhaus auch rechtzeitig fertigstellen. Für den restlichen Perimeter werden wir das Projekt nicht verabschieden. Wir werden diesen Teil zu einem späteren Zeitpunkt wieder vorlegen, vermutlich auf eine andere Art.

So dass ein Kreditantrag mehrheitsfähig wird. Das ist unsere Einschätzung. Deshalb ist Traktandum 4 abgesetzt.

Ich stelle die gegenüber der Einladung geänderte

Traktandenliste

wie folgt zur Diskussion:

1. Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 16. Juni 2016
2. Zukunftsraum Aarau:
 - Information Prüfung Fusion und verstärkte Zusammenarbeit in der Region (IKZ) im Rahmen "aarau regio"
 - Fusionsprojekt - Ausarbeitungsphase - Kostenbeteiligung 1. Phase Leitbild "Neue Aargauer Kantonshauptstadt" - Kreditbegehren Fr. 76'000.00 (Anteil Suhr) und gemeindeseitige Kosten Fr. 19'000.00
3. Verwaltungsumbau und -sanierung, Kreditbegehren Fr. 1'535'000.00
5. Budget 2017 mit einem Steuerfuss von 110 % (bisher 105 %)
6. Umfrage und Verschiedenes

Das Wort zur Traktandenliste wird nicht verlangt.

**Traktandum 1 Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung
vom 16. Juni 2016**

Es ist Aufgabe der Finanzkommission (Ausschuss), das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Antrag:

Es sei das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 16. Juni 2016 zu genehmigen.

Bericht der Finanzkommission:

Der Protokollprüfungsausschuss der Finanzkommission hat das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 16. Juni 2016 geprüft. Das Protokoll ist vollständig, sorgfältig und leicht verständlich abgefasst. Mängel wurden keine festgestellt.

Die Finanzkommission dankt dem Gemeindeschreiber Hans Huber für die sehr gute Arbeit in gewohnt hochstehender Qualität.

Antrag der Finanzkommission:

Der Protokollprüfungsausschuss der Finanzkommission empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und das Protokoll vom 16. Juni 2016 zu genehmigen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich bitte Herrn Stefano Bradanini, Mitglied der Finanzkommission, den Bericht zum Protokoll zu erstatten.

Stefano Bradanini, Mitglied der Finanzkommission: Der Protokollprüfungsausschuss der Finanzkommission hat das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 16. Juni 2016 geprüft. Dieses wurde für gut befunden. Die Arbeit ist genau, sorgfältig und ohne Mängel erstellt worden. Der Verwaltung und dem Gemeindeschreiber danken wir für die präzise, verständliche Protokollführung. Wir empfehlen das Protokoll zur Annahme.

Diskussion:

Keine.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung durch Gemeindepräsident Beat Rüetschi):

Mit grosser Mehrheit, ohne Gegenstimmen, wird das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung genehmigt.

Traktandum 2 Zukunftsraum Aarau:

- **Information Prüfung Fusion und verstärkte Zusammenarbeit in der Region (IKZ) im Rahmen "aarau regio"**
- **Fusionsprojekt - Ausarbeitungsphase - Kostenbeteiligung 1. Phase Leitbild "Neue Aargauer Kantonshauptstadt" - Kreditbegehren Fr. 76'000.00 (Anteil Suhr) und gemeinde-seitige Kosten Fr. 19'000.00**

I. Ausgangslage

Im Jahr 2012 haben elf Gemeinden der Region Aarau eine Absichtserklärung mit dem Titel "Zukunftsraum Aarau" unterzeichnet und sich damit die Stärkung der Region als Ziel gesetzt. Die Abklärungen erfolgen ergebnisoffen und es werden

- die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und
- die Fusion zwischen den Gemeinden

als mögliche Ziele untersucht.

Der Prozess gliedert sich in fünf Phasen:



In der Prüfungsphase wurden, mit fachlicher Begleitung durch die Universität Bern, die Auswirkungen der beiden Ausrichtungen beurteilt und durch umfangreiches Zahlenmaterial dokumentiert. Die Ergebnisse sind im Bericht "Entwicklungsoptionen für den Zukunftsraum Aarau" vom 1. August 2015 zusammengefasst worden.

Insgesamt wurden vier Vorgehensvorschläge zum Entscheid vorgelegt:

1. Zusammenarbeit der Gemeinden bei ausgewählten Projekten (relativ offen)
2. Umfassende und verbindliche Form der Zusammenarbeit im Rahmen des Planungsverbandes (heute "aarau regio")
3. Fusion einzelner Gemeinden
4. Fusion im gesamten Perimeter der zehn Aargauer Gemeinden

Alle Gemeinden waren eingeladen, bis April 2016 zu entscheiden, ob sie sich am weiteren Prozess beteiligen werden.

Nach Berichten im Suhr Plus im Jahr 2015 fand im Januar 2016 ein öffentlicher Workshop im Hinblick auf den genannten Entscheid statt. Suhr hat sich dazu entschieden, sich am Projekt weiter zu beteiligen. Der Gemeinderat hielt daran fest, dass - ergebnisoffen - weiterhin die beiden Richtungen "Fusion" und "verstärkte Zusammenarbeit" vertieft bearbeitet werden sollen.

Die Projektsteuerung schlug daraufhin vor, dass die verstärkte Zusammenarbeit im Kreis von "aarau regio" behandelt und die detaillierte Prüfung der Fusion zwischen einzelnen Gemeinden im Rahmen des Projektes "Zukunftsraum Aarau" vorangebracht wird. Der weiteren Prüfung der Fusionsidee haben Aarau, Densbüren, Ober- und Unterentfelden sowie Suhr zugestimmt. Es wurde vereinbart, dass die fünf Gemeinden in der **Ausarbeitungsphase** gemeinsam den Antrag an den Einwohnerrat und die Gemeindeversammlungen bearbeiten.

II. Konzept und Vorgehen für die Ausarbeitungsphase

Um die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in diesem wichtigen Projekt laufend informieren zu können und entscheiden zu lassen, ist die Idee gereift, die Ausarbeitungsphase in drei Teilphasen abzuwickeln, nämlich

1. Leitbild künftige Aargauer Kantonshauptstadt (als Fundament für die weiteren Schritte)
2. Fusionsanalyse (detaillierte Bearbeitung der vielschichtigen Auswirkungen)
3. Fusionsvorbereitung (Ausarbeitung der verbindlichen Fusionsverträge)

Beim Übergang von einer Teilphase zur nächsten beraten die Gemeindeversammlungen bzw. der Einwohnerrat Aarau die bisherigen Ergebnisse und entscheiden über die Teilnahme an der nächsten Teilphase.



Im Rahmen der Fusionsanalyse sollen die Projekte

- Aarau - Densbüren
- Aarau - Suhr
- Aarau - Oberentfelden - Unterentfelden

näher geprüft werden. Neben diesen drei getrennten Projekten zur Fusionsanalyse werden gemeinsam diejenigen Aufgaben, die für alle beteiligten Gemeinden relevant sind, sowie die übergeordneten Fragestellungen untersucht.

Der zeitliche Ablauf ist wie folgt geplant:

Teilphasen / Meilensteine	16	2017	2018	2019	2020
Eröffnung (GV/ER)					
Leitbild					
Zwischenbeschluss (GV/ER)					
Fusionsanalyse					
Vernehmlassung					
Zwischenbeschluss (GV/ER)					
Fusionsvorbereitung					
Beschluss Fusion (GV/ER, Volk)					

III. Gesamtkosten und Kantonsbeitrag

Das gesamte Projekt "Zukunftsraum Aarau" rechnet mit einem Aufwand von Fr. 1'130'000.00. Die Kosten werden nach Anzahl Einwohnern auf die beteiligten Gemeinden verteilt. Je Analyse erhält jede Gemeinde vom Kanton den Betrag von Fr. 25'000.00, sofern diese der Gemeindeversammlung zum Entscheid vorgelegt wird.

Der Aufwand verteilt sich wie folgt:

Teilphasen	Aarau	Suhr	Densbüren	Oberentfelden	Untereentfelden
Leitbild	158'000.00	76'000.00	5'000.00	59'000.00	32'000.00
Fusionsanalyse	340'000.00	131'000.00	32'000.00	101'000.00	66'000.00
Kantonsbeitrag	- 75'000.00	- 25'000.00	- 25'000.00	- 25'000.00	- 25'000.00
Fusionsvorbereitung	79'000.00	23'000.00	20'000.00	17'000.00	9'000.00
Total Netto	502'000.00	205'000.00	14'000.00	152'000.00	82'000.00
Total Brutto	577'000.00	230'000.00	39'000.00	177'000.00	107'000.00

Der Aufwand für die Bearbeitung der verstärkten Zusammenarbeit wird im Rahmen des Auftrages "aarau regio" abgewickelt und verursacht keine zusätzlichen Kosten. Suhr bezahlt ab 2017 pro Jahr einen Gemeindebeitrag von Fr. 26'000.00 an "aarau regio".

Nach einem allfälligen Beschluss über einen Gemeindegemeinschaftschluss fallen seitens des Kantons eine Zusammenschlusspauschale pro Gemeinde von Fr. 400'000.00, ein Zusammenschlussbeitrag für Gemeinden mit einer Pro-Kopf-Steuerkraft unter dem Kantonsmittel (Suhr) und eine Finanzausgleichsgarantie (nicht für Suhr) an.

IV. Projektkosten Leitbild

Der Gesamtaufwand für das Leitbild beläuft sich auf Fr. 330'000.00. Davon entfallen Fr. 140'000.00 auf das Projektleitungsteam, Fr. 150'000.00 auf die Grundlagenbeschaffung und die Ausformulierung sowie Fr. 40'000.00 auf die Kommunikation (Konzept und Sachaufwand).

V. Gemeindeseitige Kosten

Jede Gemeinde trägt die eigenen Kosten für die Begleitung des Teilauftrages wie z. B. Informationsveranstaltungen, Publikationen (Suhr Plus) etc.

Für den Teil "Leitbild" rechnet der Gemeinderat mit einem geringen eigenen Aufwand. Es sollen vorab die normalen Informationskanäle genutzt werden (z. B. Informationsforum). Für weitere Aktivitäten sollen dennoch Fr. 19'000.00 zusätzlich bewilligt werden.

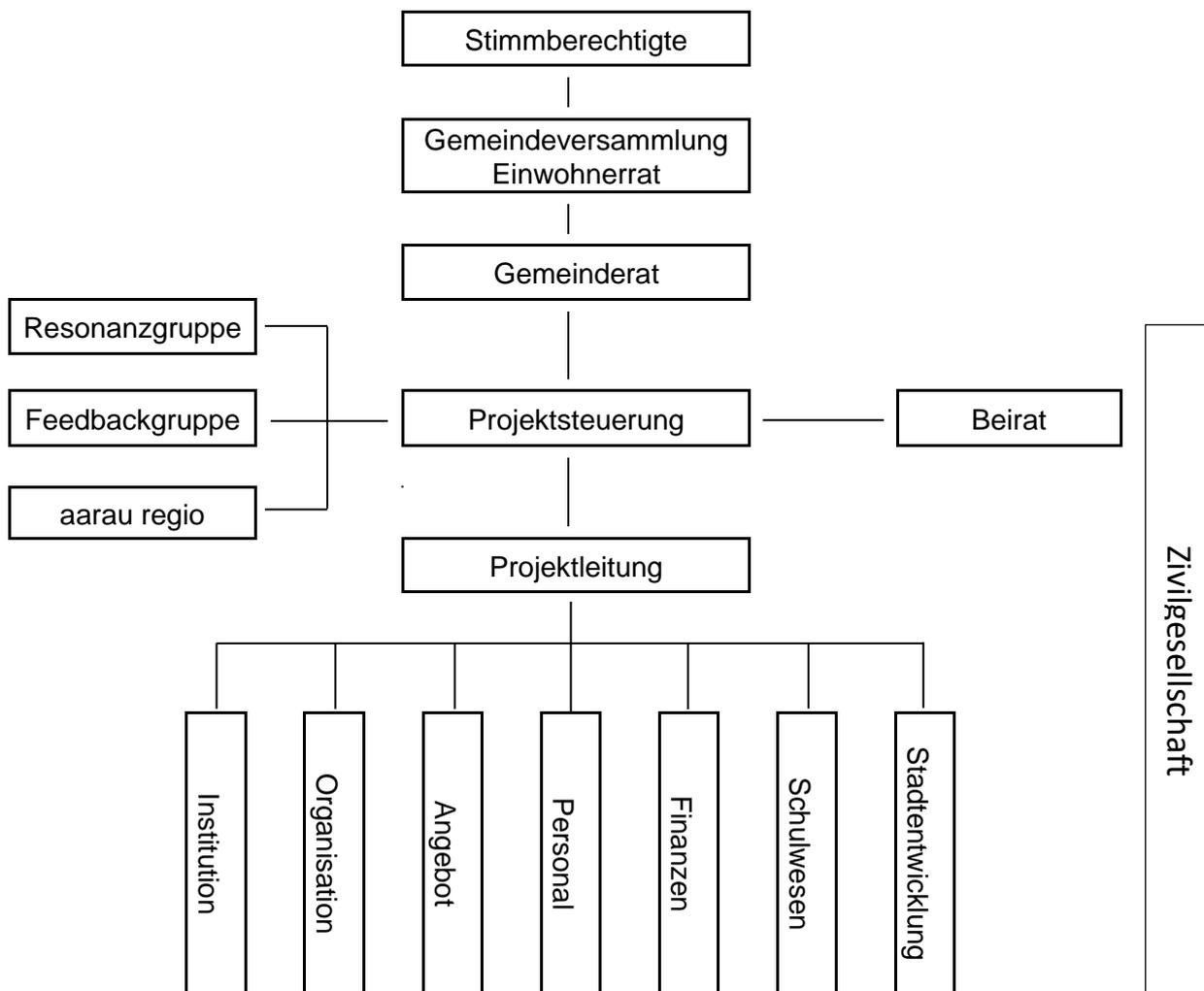
VI. Koordination mit der Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit

Es ist dem Gemeinderat wichtig, dass parallel zum Fusionsprojekt auch die verstärkte Zusammenarbeit (IKZ) vorgebracht wird, damit abschliessend ein Vergleich (Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile) vorliegt, wenn das Fusionsprojekt zu entscheiden ist. Die verstärkte Zusammenarbeit kann auch zwischen fusionierten Gemeinden und den anderen Gemeinden im Verband "aarau regio" angestrebt und umgesetzt werden.

VII. Projektorganisation Zukunftsraum

Die Projektorganisation setzt in jeder Phase auf eine gleichberechtigte Ausrichtung der Parteien und auf den Einbezug der Bevölkerung über die Gemeindeversammlung und den Einwohnerrat. Die Projektsteuerung, welche die Projektleitung führt, soll begleitet werden durch Beiräte (Exekutivmitglieder und Kader der Gemeinden). Durch eine Resonanzgruppe und eine Feedbackgruppe soll die Projektsteuerung den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung und beim Personal erhalten und konstruktive Kritik aufnehmen können.

Vereinfacht dargestellt sieht die Projektorganisation wie folgt aus:



VIII. Haltung Gemeinderat

Der Gemeinderat findet es richtig, dass die Fusion (mit Varianten) und die verstärkte Zusammenarbeit parallel geprüft werden. Die schrittweise Bearbeitung hat den Vorteil, dass der Prozess immer wieder durch Entscheide der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger überprüft werden kann und erst gestützt darauf der nächste Teil durch die Kreditbewilligung ausgelöst wird.

Je länger Suhr bei den Fusionsabklärungen dabei bleibt, desto mehr Einfluss hat die Gemeinde auf das Projekt, auch wenn sich Suhr am Schluss (noch) nicht zu einem Zusammenschluss entscheiden würde.

Als sehr wichtig empfindet der Gemeinderat die Leitbildbearbeitung. Darin werden wesentliche Eckpunkte verankert, welche sich in den weiteren Grundlagen festsetzen werden. Mit einem guten Fundament kann die Entstehung des Zukunftsraums positiv beeinflusst werden, ob nun auf der Basis von Fusionen und / oder der verstärkten Zusammenarbeit.

Antrag:

- a) Es sei das Konzept für die Ausarbeitungsphase zum Zukunftsraum Aarau und die Gesamtkosten für das Leitbild, die Fusionsanalyse und die Fusionsvorbereitung zur Kenntnis zu nehmen.**
- b) Es sei für die Ausarbeitung des Leitbildes zur "Neuen Aargauer Kantonshauptstadt" (erster Teilschritt) ein Kredit von Fr. 76'000.00 (Anteil Suhr) zu bewilligen.**
- c) Es sei für die gemeindeseitigen Projektbegleitungskosten bei der Leitbildbearbeitung ein Kredit von Fr. 19'000.00 zu bewilligen.**

Bericht der Finanzkommission

Die Gemeinden bilden in der Schweiz die erste und wichtigste der drei staatstragenden Ebenen der Demokratie. Im europäischen Vergleich gab es in der Schweiz verhältnismässig wenige Gemeindegemeinschaften. Der Gemeindebestand ging von 1953 bis 2003 lediglich um 7 % zurück, während er in Deutschland um 59 % und in Österreich um 42 % zurückging. Die Gründe werden in der grossen Autonomie der Schweizer Gemeinden und in der Zuständigkeit für einen grossen Teil von Aufgaben gesehen.

Die Aufgaben und Pflichten, welche an die Gemeinden und ihre Verwaltungen herangezogen werden, werden jedoch zunehmen anspruchsvoller und komplexer. Nur wenn die Gemeinde eine gewisse Mindestgrösse aufweist, können professionelle Leistungen zu tragbaren Kosten angeboten werden.

Im Kanton Aargau zeigt sich das folgende Bild: Mit einer Bevölkerungszahl von über 650'000 Personen ist der Kanton Aargau der viertgrösste Kanton der Schweiz, trotzdem überschreiten nur gerade die Gemeinden Aarau und Wettingen die 20'000-Einwohnermarke. Der Kanton Aargau besteht aktuell aus über 210 Gemeinden mit einer durchschnittlichen Einwohnerzahl von 3'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden ist heutzutage eine zunehmende Notwendigkeit. Es sind vor allem die kleineren Gemeinden, welche mit dem Thema Gemeindefusion auseinandersetzen müssen. Die Gemeinde Suhr mit einer Einwohnerzahl von über 10'000 Personen befindet sich hier in einer komfortablen Situation. Sie muss sich dieser Frage (noch) nicht stellen.

Die Möglichkeit, ohne Zeitdruck und Not erste Gespräche über eine neue Form der Gemeindezusammenarbeit zu führen, ist eine grosse Chance, die es zu packen gilt. Die FiKo empfiehlt, sich proaktiv bei der Diskussion verstärkte Gemeindezusammenarbeit/Gemeindefusion einzubringen. Dadurch kann sich die Gemeinde aktiv am Prozess beteiligen und einen grösstmöglichen Einfluss auf das Resultat ausüben.

Antrag der Finanzkommission

Die Finanzkommission empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung mehrheitlich, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und das Kreditbegehren von Fr. 76'000.00 als Kostenanteil der Gemeinde Suhr für die Ausarbeitung des Leitbildes zu genehmigen und damit auch dem gemeindeseitigen Kosten von Fr. 19'000.00 zuzustimmen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Bei diesem Traktandum geht es um den Zukunftsraum Aarau.



**Information Prüfung Fusion und verstärkte
Zusammenarbeit in der Region (IKZ) im
Rahmen «aarau regio»**

**Fusionsprojekt – Ausarbeitungsphase –
Kosten**

**1. Phase Leitbild «Neue Aargauer
Kantonshauptstadt»**

**Kreditbegehren Fr. 76'000.- (Anteil Suhr) und
gemeindeseitige Kosten Fr. 19'000.-**

ZUKUNFTSRAUM AARAU



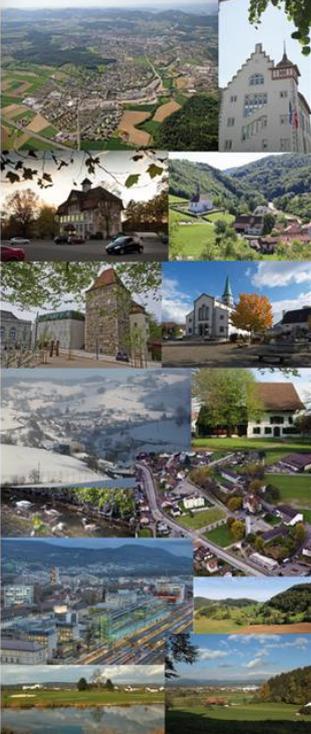




Eine neue Aargauer Hauptstadt

Zukunftsraum Aarau

Gemeindeversammlung vom 24. Nov. 2016



ZUKUNFTSRAUM AARAU



Zukunftsraum Aarau

Gesamtprozess

Startphase

◆

Vorbereitungsphase

◆

Prüfungsphase

◆

Ausarbeitungsphase

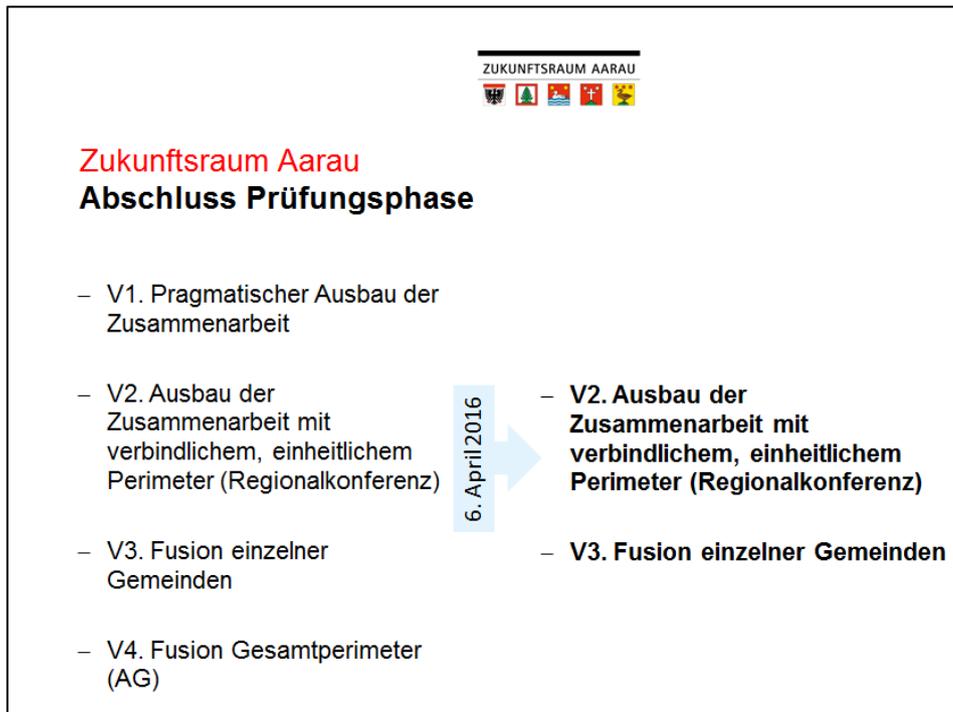
◆

Umsetzungsphase

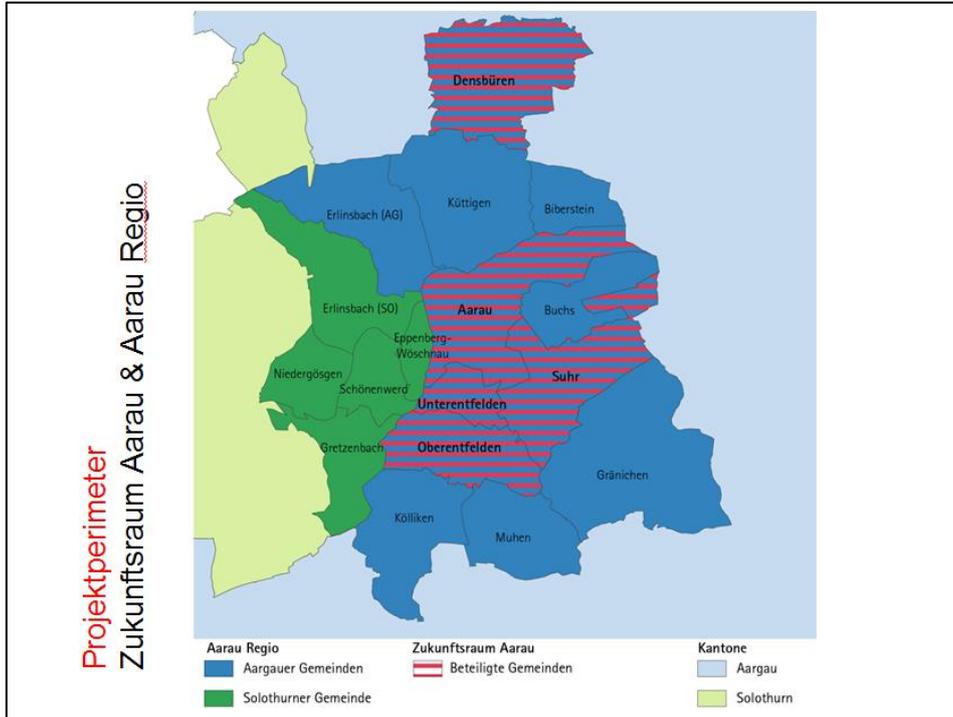
*"In der **Ausarbeitungsphase** werden die Vorgehensvorschläge detailliert ausgearbeitet und ein Beschluss zu deren Einführung getroffen."*
(Grundsatzvereinbarung vom 20. Februar 2013)

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Es geht vorerst um Informationen und zudem um einen Antrag, damit wir im Projekt weiterarbeiten können. Es geht um Hinweise zur verstärkten Zusammenarbeit (IKZ, interkommunale Zusammenarbeit) und auch um die erste Phase der Fusion. Wir haben versucht, über das Informationsforum und mit Beiträgen im Suhr Plus die gesamte Bevölkerung laufend zu orientieren. Der Gemeinderat hat im Jahr

2012 eine Absichtserklärung unterzeichnet. Damit wurde einem Gesamtprozess zugestimmt, in verschiedenen Phasen die Frage der Fusion zu prüfen.



Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Der Abschluss nach der Prüfungsphase mit der Universität Bern ergab 4 Strategien. Sie sehen diese auf dem Bild, ich möchte diese nicht wiederholen. Es geht vor allem um die verstärkte Zusammenarbeit (IKZ) und um die Fusion von einzelnen Gemeinden. Wie bei uns üblich haben wir diese Strategien am 16. Januar 2016 an einem Workshop mit der Bevölkerung ausgiebig diskutiert. Aus dieser Diskussion hat sich ergeben, und das haben wir im Suhr Plus auch wieder kommuniziert, dass wir gerne im Projekt weitermachen, auch im Fusionsprojekt. Das wurde der Projektleitung so vermittelt. Daraus sind die heutigen Anträge entstanden, die in allen Gemeinden gleich sind. Alle Gemeinden der Region haben sich bereit erklärt (s. nachstehendes Bild) die interkommunale Zusammenarbeit weiter zu verfolgen.



ZUKUNFTSRAUM AARAU

**Zukunftsraum Aarau
Detaillierte Prüfung
Fusionsprojekte**

- Erarbeiten eines Konzept
- Kreditantrag zu Handen der Gemeindeversammlungen und des Einwohnerrats.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: 5 Gemeinden (Aarau, Suhr, Ober- und Unterentfelden sowie Densbüren) machen zusätzlich im Zukunftsraum mit (Fusionsabklärungen). Diese 5 Gemeinden haben zusammen ein Konzept erarbeitet und einen Kreditantrag vorbereitet, der dem Einwohnerrat und den Gemeindeversammlungen zu unterbreiten ist. Es soll alles nach demokratischen Grundsätzen ablaufen.



ZUKUNFTSRAUM AARAU

Aarau Regio

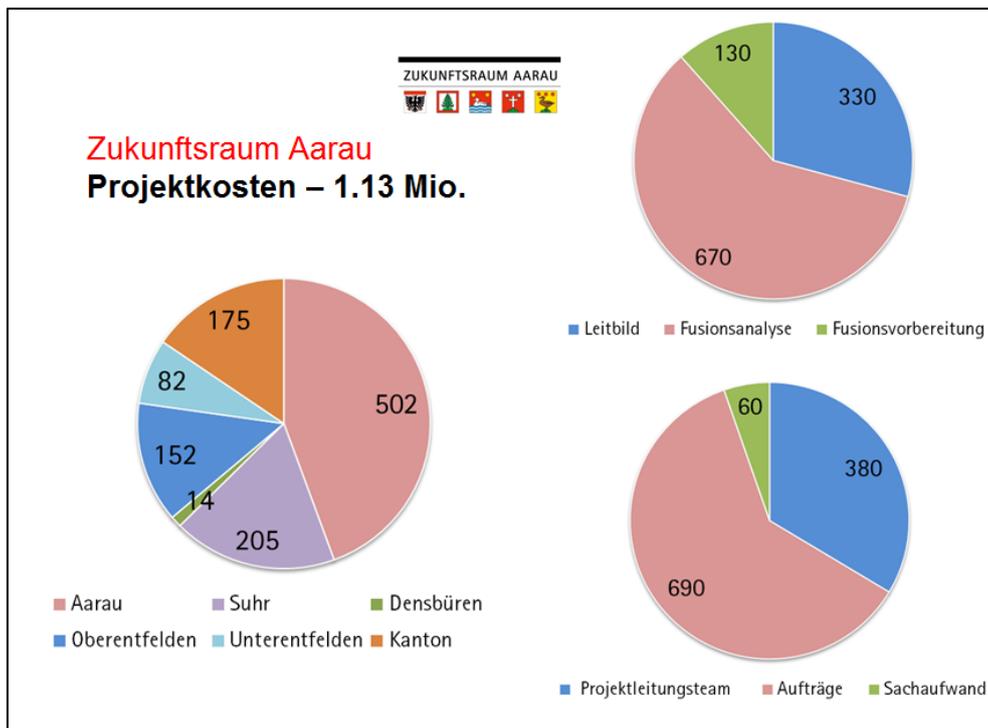
Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit

- Antrag zu Handen des Vorstandes von «aarau regio» (14. September 2016)
- Budgeteintrag «aarau regio» von Fr. 80'000.- für 2017



Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Die Weiterentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit passiert im Verband "aarau regio" (vormals Planungsverband Region Aarau). Dieser ist neu formiert. Der Vorstand hat am 14. September 2016 beschlossen, dass ein Budgetbetrag von Fr. 80'000.00 für das Jahr 2017 freigegeben wird, um die verstärkte Zusammenarbeit zu prüfen und zu formulieren. Es war vor allem auch ein Anliegen von Suhr, zuletzt die zwei Projekte "Fusion" und "verstärkte Zusammenarbeit" einander gegenüberstellen zu können. Der Stimmbürger soll bei seiner Entscheidung über Fakten verfügen, die ihm eine umfassende Beurteilung ermöglichen.

ckeln können. Das Leitild soll die Basis schaffen, damit das Konstrukt umsetzbar wird. Ich mache zwei bis drei Beispiele. Buchs verhandelt jetzt seit 5 Jahren wegen der Schulorganisation mit der Stadt Aarau. Das wurde damals bei den Fusionsverhandlungen Aarau-Rohr nicht geregelt (Buchs-Rohr gemeinsame Schulorganisation). Es wurde einfach fusioniert, ohne Klarheit zu diesem Punkt zu schaffen. Das wollen wir so nicht. Die Fragen müssen auf den Tisch und ausdiskutiert werden. Dann passiert das nicht wie in Buchs. Es stellt sich die Frage der interkommunalen Zusammenarbeit oder der Fusion. Was sind die Vor- und Nachteile. Es braucht Fakten. Wie wird das Personal bei einer Fusion behandelt. Was gibt es für Lösungsansätze? Ganz wesentlich sind die Wahlkreise. Es kann nicht sein, dass wie in Rohr der Wahlkreis nur für eine Amtsperiode garantiert wird. Wir legen Wert darauf, dass es dauernde Wahlkreise gibt.



Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Wir machen kein Geheimnis aus den Projektkosten. Sie können den Verteiler nachvollziehen. Suhr bezahlt gesamthaft Fr. 205'000.00. Heute geht es um Fr. 76'000.00 Kostenbeteiligung am Projekt. Das ist unser Anteil an den Kosten für das Leitbild. Die anderen zwei Kreise zeigen die Anteile für die einzelnen Schritte bzw. die Sachgebiete. Vor allem das Leitbild soll als partizipativer Prozess umgesetzt werden. Das heisst, wir gehen diesen Schritt mit der Bevölkerung.

Phase / Meilenstein	16	2017	2018	2019	2020
Eröffnung (GV/ER)	■				
Leitbild		■	■	■	■
Zwischenbeschluss (GV/ER)			■	■	■
Fusionsanalyse		■	■	■	■
Vernehmlassung				■	
Zwischenbeschluss (GV/ER)					■
Fusionsvorbereitung					■
Beschluss Fusion (GV/ER, Volk)				■	■

Additional annotations in the table:

- Partizipativer Prozess**: Indicated by a light blue arrow pointing from 2017 to 2018.
- Systematische Prüfung**: Indicated by a light blue arrow pointing from 2018 to 2019.
- 3 Berichte & 1**: Indicated by a light blue arrow pointing from 2018 to 2019.
- Juristische Umsetzung**: Indicated by a light blue arrow pointing from 2019 to 2020.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Der Leitbildprozess wird uns das ganze nächste Jahr beschäftigen. Diesen Zeitraum benötigen wir auch für die Bearbeitung der interkommunalen Zusammenarbeit im Verband "aarau regio". Nach diesem Jahr sollten wir soweit sein, dass die Fakten auf dem Tisch sind. Jeder Bürger muss wissen, worüber er dann abstimmt. Das geht nur, wenn sachlich die Grundlagen zusammengetragen werden. Die zweite Phase betrifft die systematische Prüfung. Danach folgen die Verträge und die Abstimmungen bis zur abschliessenden Volksabstimmung an der Urne. Der Antrag des Gemeinderates lautet wie folgt:

Antrag

- a) Es sei das Konzept für die Ausarbeitungsphase zum Zukunftsraum Aarau und die Gesamtkosten für das Leitbild, die Fusionsanalyse und die Fusionsvorbereitung zur Kenntnis zu nehmen.
- b) Es sei für die Ausarbeitung des Leitbildes zur «Neuen Aargauer Kantonshauptstadt (erster Teilschritt) ein Kredit von Fr. 76'000.- (Anteil Suhr) zu bewilligen.
- c) Es sei für die gemeindeseitigen Projektleitungskosten bei der Leitbildbearbeitung ein Kredit von Fr. 19'000.- zu bewilligen

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich strebe an, aus der materiellen Einheit heraus, dass wir über diese drei Punkte gesamthaft abstimmen. Beim Antrag c) geht es um die gemeindeseitigen Kosten, z.B. Workshops, Leitbildtische etc. Die Finanzkommission empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung mehrheitlich, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Diskussion:

Andreas Ort, Vizepräsident der Ortsbürgerkommission: Ich möchte vorab eine Stellungnahme der Ortsbürgerkommission vorlesen: "Es ist unüblich, dass sich die Ortsbürgerkommission in Geschäfte der Einwohnergemeinde einmischt. Im vorliegenden Fall ist das aber nötig, fast zwingend. Der spätere Entscheid für eine Fusion hat für die Ortsbürgergemeinde einschneidende Konsequenzen. Eine Fusion führt automatisch zur Auflösung der Ortsbürgergemeinde. Die Ortsbürgerkommission lehnt folglich die existenzbedrohenden Fusionsgespräche und die anvisierte Fusion mit Aarau ab. Die Anträge 2a bis 2c sind abzulehnen." Für diejenigen, die noch nie etwas gehört haben von einer Ortsbürgergemeinde, will ich die Bedeutung kurz erläutern. Warum soll die Ortsbürgergemeinde erhalten bleiben? Die Ortsbürgergemeinde hat Aufgaben und Hauptziele. Wir haben wertvolle Güter, die auch für die Einwohner einen grossen Wert darstellen. So haben wir 400 ha Wald. Wir haben eine Baulandreserve im Lärchenfeld von 2 ha. Die Ortsbürgergemeinde und die entsprechende beratende Kommission hat das Ziel, ihre Kulturgüter (Wald und Baulandreserve) für kommende Generationen zu erhalten. Wir wollen diese Werte nicht einfach schnell versilbern. Allein dieses Ziel widerspricht einer Fusion. Das ist die Bedeutung für die Einwohnergemeinde von diesen Kulturgütern und speziell vom Wald. Der Forstbetrieb sorgt im Auftrag der Ortsbürgergemeinde dafür, dass der Wald für die Einwohner zugänglich ist für Spaziergänger mit oder ohne Hund, Jogger, Orientierungsläufer, Reiter etc. - und zwar praktisch gratis. Ja, die Einwohnergemeinde bezahlt einen Betrag an den Forstbetrieb. Es sind Fr. 20'000.00, also Fr. 2.00 pro Einwohner im Jahr. Man kann gratis in den Wald. Allein aus Respekt vor dieser Leistung sollten die Einwohner vorsichtig sein und deshalb gar nicht über eine Fusion diskutieren. Bei einer Fusion wird die Ortsbürgergemeinde Suhr automatisch aufgelöst. Das Ortsbürgergut wird höchstwahrscheinlich an die Ortsbürgergemeinde Aarau übergehen. Diese ist dann Besitzerin des Lärchenfeldes, 2 ha Bauland. Und die Ortsbürgergemeinde Aarau scheut sich nicht, das Land sofort zu bebauen. Wir haben es eben gelesen. Sie haben den Scheibenschachen diese Woche an eine St. Galler Firma (Baurecht) vergeben. Diese Firma profitiert sehr stark davon. Wie glaubwürdig ist der Stadtrat von Aarau? Die Ortsbürgergemeinden von Suhr, Buchs und Rohr haben seit Jahren einen Zusammenarbeitsvertrag für die Waldbewirtschaftung. Dieser hat sehr gut funktioniert. Mit der Fusion Aarau-Rohr hat der Stadtrat Aarau die Vertretung der Vertragspartei. Und dieser hat, noch unter dem alten Stadtpräsidenten, den Vertrag ohne Not gekündigt, auch ohne Begründung. Man merkt: Der Stadtrat will keine Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern. Der Stadtrat will bestimmen, diktieren. Beat Rüetschi hat es vorhin gesagt. Er diktiert den Buchsern die Schulorganisation. Unter diesen Voraussetzungen können wir ausrechnen, wie es weitergeht. Konstruktive Fusionsgespräche sind eine Illusion. Zum Schluss auch noch Bemerkungen als Einwohner von Suhr. Was bekommen wir für die Fr. 76'000.00? Es wurde viel

erzählt, alles tönt plausibel. Aber ein Leitbild bleibt eine Vision. Ein Leitbild hat keine Verbindlichkeit. Es ist keine Verpflichtung. Man kann es an die Wand "nageln", anschauen und Freude daran haben. Vielleicht wird es benutzt, um andere Sachen zu begründen. Man kann z.B. sagen, dass Leute in der Verwaltung abgebaut werden müssen. Bei grossen Unternehmen passiert bei Fusionen das Gleiche. Es gibt neue Leitbilder und 1'000 Leute gehen in die Arbeitslosenversicherung. Wenn die Behörden sich nicht an das Leitbild halten, passiert gar nichts. Und dafür sollen wir Geld ausgeben? Wer bekommt die Fr. 76'000.00. Wer profitiert davon? Ich nehme nicht an, dass irgendwie ein Rücklauf erfolgt. Das Geld geht an Beratungsbüros und Moderatoren. Die haben hohe Stundenansätze. Darum verstehe ich den hohen Aufwand. All diese Überlegungen fordern ein klares "Nein" zu den Anträgen. Danke.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich bin selber auch Ortsbürger. Ich mache die Gemeinderatsarbeit seit gut 19 Jahren. Im Jahr 2001 hatten wir ein Projekt mit dem gleichen Thema. Dieses ist nicht zustande gekommen. Letztlich geht es um den Bürger, die Stärkung der Region. Wir müssen miteinander zusammenarbeiten. Es ist richtig, es wird ein Beratungsbüro eingesetzt. Es werden auch Moderatoren eingesetzt. Aber wir bestimmen, wie wir die Bevölkerung informieren und die Anliegen vermitteln. In Suhr haben wir im Jahr 2011 ein Entwicklungsleitbild mit der Bevölkerung erarbeitet. Wir als Gemeinderat halten uns daran. Wir berücksichtigen bei unseren Entscheiden die entsprechenden Aussagen. Ein Leitbild ist nicht für die Schublade. Das ist richtig. Es muss ein Dokument sein, woran man sich verbindlich halten kann. Grundsätzlich ist ein Leitbild nicht verbindlich, das stimmt. Aber es gibt die Richtung vor. Es ist vermutlich das erste Mal, dass man mit den Aarauern auf der gleichen Augenhöhe verhandeln kann. Sonst bin ich auch der Meinung von Andreas Ort. Wir sind aber jetzt auf der gleichen Ebene. Wir sind eine starke Gemeinde. Wir wollen möglichst lange mitreden. Wie sich der Bürger zuletzt entscheidet, das wird sich an einer Volksabstimmung zeigen. Uns geht es jetzt darum, die Fakten auf dem Tisch zu haben. Jeder Bürger soll die Vor- und Nachteile für sich aber auch für die Gemeinde abwägen können.

Martha Brem, Zukunft Suhr: Ich gebe ganz verschiedene Antworten, wenn man mich fragt, wo ich wohne. Werde ich in Suhr gefragt, sage ich, dass ich im Feld wohne. Werde ich aus der Region Aarau gefragt, so sage ich: Ich wohne in Suhr, nein nicht beim Pfister, sondern ganz nah beim Kantonsspital Aarau. Fragt mich jemand aus dem Kanton Zürich oder dem Kanton Bern, so gebe ich als Wohnort Aarau an, weil Suhr ja keiner kennt. Werde ich in den Ferien im Ausland gefragt, so antworte ich, dass ich im Schweizer Mittelland wohne, zwischen Zürich und Bern. Wir alle definieren unsere Zugehörigkeit sehr flexibel. Es kommt immer auf den Fragenden an. Viele von uns fühlen sich ganz sicher am ehesten daheim, wenn sie ganz nahe in ihrer Nachbarschaft leben. Das ist nämlich im Alltag am wichtigsten. So habe ich als Zuzügerin vor mehr als 10 Jahren gemerkt, dass Suhr offenbar vor allem aus zwei Teilen besteht, nämlich das Dorf und das Feld. Die unsichtbare Grenze, wenn sie denn noch besteht, hat sich mir nicht sofort erschlossen. Auch Vereine orientieren sich über die Gründungsgemeindegrenze hinaus. Ein gutes Beispiel ist der Handballclub Suhr-Aarau. Der Weg zum Erfolg, gerade im Team-Sport, führt über die Zusammenarbeit und nicht über Einzelgängertum. Zukunft Suhr ist ganz klar der Meinung, die Zusammenarbeit und zusammen Lösungen finden bringt uns weiter. Das gilt im Grossen, wie im Kleinen. Dazu ein aktuelles Beispiel aus Suhr. Es sieht danach aus, als

würde sich das Dorfzentrum in Richtung Bahnhof verlagern. Das hat verschiedene Gründe. Es hat aber auch den Grund darin, dass man sich im Bereich des heutigen Dorfzentrums an der Mittleren Dorfstrasse nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen einigen konnte. Jetzt wäre doch dort gelebter Dorfgeist dringend nötig, damit ein attraktives Dorfzentrum bestehen bleiben kann. Dass diese Zusammenarbeit offensichtlich nicht möglich ist, ist zu bedauern und für Suhr eine verpasste Chance. Diese Chance wollen wir uns für Suhr als gesamte Gemeinde nicht entgehen lassen. Mit dem Zukunftsraum Aarau haben wir jetzt die einmalige Gelegenheit, als starkes Suhr - Beat Rüetschi hat es erwähnt - auf Augenhöhe mit den anderen Gemeinden eine neue Hauptstadt mitzugestalten. Jetzt sind wir keine Bittsteller aus einer Notlage heraus. Wir sind ein wichtiger Player in dieser Region. Vorschläge und Ideen aus Suhr haben inzwischen ein starkes Gewicht. Dieses können wir jetzt in die Waagschale legen. Wir gelten etwas und das dürfen wir jetzt auch einbringen. Beim heutigen Projektkredit geht es darum, dass wir damit beginnen, eine gemeinsame Idee für den neuen Zukunftsraum zu entwickeln und gemeinsam mit den anderen Gemeinden zu diskutieren. Jetzt können wir mitreden. Seien wir doch Selbstbewusst. Jetzt können wir unsere Vorschläge einbringen. Das sind die wirklich guten Karten. Lassen Sie uns diese Karten ausspielen. Sagen Sie "Ja" zu diesem Projektkredit.

Flurin Bühlmann, Präsident SVP Suhr: Wollen Sie und ich Aarauer sein? Die SVP Suhr will das zum heutigen Zeitpunkt nicht. Die prinzipiellen Gründe dazu muss ich nicht weiter ausführen. Ich versuche, mich an Fakten zu halten. Diese Fakten habe ich der schon erwähnten Analyse des Kompetenzzentrums der Uni Bern entnommen. Ein zentraler Aspekt einer Fusion sei, dass das Dienstleistungsangebot einer Gemeinde auf ein höheres Niveau angehoben wird und dass das Kostenfolgen haben könnte. Ich habe die Anhänge mit 31 Produktgruppen, die untersucht worden sind, studiert und versuche, das Ergebnis darzulegen. Von den 31 Produktgruppen hat man pro Einwohner bei 8 fallende Kosten (z.B. Feuerwehr), bei 4 bleiben die Kosten gleich und bei 19 Produktgruppen gibt die Stadt Aarau mehr Geld aus pro Einwohner als Suhr. Um das in Zahlen auszudrücken: Aarau gibt Fr. 1'239.00 mehr aus pro Einwohner als die Gemeinde Suhr. Rechnet man das bei 10'000 Einwohnern aus, sind das Fr. 12'390'000.00. Das entspricht der Hälfte unserer Steuereinnahmen. Ich weiss nicht, ob die Stadt Aarau derartige Haushaltsüberschüsse hat, dass sie das so locker bezahlen kann. Eine Fusion hat immer auf Optimierungspotenzial, den sogenannten Skaleneffekt. Die Studie sagt, dass bei einer Fusion vieles professioneller wird. Aber was heisst das? Wenn ich professioneller höre, so denke ich primär an höhere Kosten. Ob das dann besser ist, das bleibt dahingestellt. Das zweite, was die Studie aussagt, betrifft die Standortentscheide. Solche Entscheide können ganz klar zu Lasten von einzelnen Gebieten gehen. Da möchte ich schnell den Schwenker nach Rohr machen. Ich weiss nicht, wieviel von der Stadtverwaltung sich in Rohr angesiedelt hat. Und ein Werkhof zählt für mich dabei nicht wirklich. So gibt es in Rohr momentan nicht mal mehr einen Schalter. Also zurück zur Frage, was es uns bringt. Gibt es mehr Unternehmungen in Suhr, nur weil wir ein Teil von Aarau sind? Ich weiss es nicht. Ich weiss auch nicht, ob wir dann ein besseres Steuersubstrat haben. Haben wir später mehr Mitsprachemöglichkeit? Angetönt wurden Wahlkreise. Rohr hat das nicht. Da gibt es ein grosses Fragezeichen. Wollen wir, nur damit wir uns Aarauer nennen können, in diese Richtung gehen? Wir sagen "Nein". Wir hoffen, dass Sie sich dieser Meinung anschliessen werden. Die Fr. 100'000.00 sollen nicht investiert werden, auch wenn es sich vergleichsweise um einen geringen Betrag handelt. Dort wo ich arbeite heisst es: Jeder Rap-

pen zählt. Diese Philosophie dürfte man sich ruhig auch mal beim Staat zu Herzen nehmen. Wir empfehlen sämtliche Anträge unter dem Traktandum 2 zur Ablehnung. Besten Dank.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Die erwähnte Studie ist ein Teil. Das kann man so vergleichen. Es gibt aber auch noch ganz andere Fakten und Überlegungen. Es gilt, das Projekt auch noch auf dieser anderen Ebene zu betrachten. Wir müssen diskutieren. Es geht heute nicht um einen Fusionsantrag. Es geht um Überlegungen, wie zusammengearbeitet werden kann. Dazu sollen zwei Projekte studiert werden. "Aarau-regio" befasst sich mit der interkommunalen Zusammenarbeit und das zweite Projekt soll den Zukunftsraum beleuchten. Schliesslich geht es darum, den Vergleich zu haben. Dem Bürger soll aufgezeigt werden, worüber er abstimmen muss. Ich fühle mich im Moment nicht in der Lage, diesen Entscheid zu fällen. Dazu brauche ich Fakten. Deshalb sollten wir ermöglichen, den beantragten Schritt zu tun.

Martin Saxer, alt Vizeammann, parteilos: Ich gehe davon aus, dass Sie mehrheitlich die Mitbestimmung an der Gemeindeversammlung von Suhr schätzen. Ich gehe auch davon aus, dass ihnen bekannt ist, dass jeder Einzelne von uns mitwirken und seine Meinung sagen kann. Das können wir nach einer Fusion nicht mehr. Ich denke, dass ihnen das klar ist, sonst wären sie ja vermutlich heute nicht hier. Jetzt und auch im nächsten Jahr haben wir die Möglichkeit noch. Aber wir müssen aufpassen und rechtzeitig dafür sorgen, dass das so bleibt. Eines ist sicher: Nach einer Fusion mit Aarau gibt es keine Gemeindeversammlung mehr, dann können Sie das vergessen, dass ihre Stimme zählt. Man kann noch einen Einwohnerrat wählen, einen Teil vom Einwohnerrat Aarau. Mehr ist nicht möglich. Die demokratische Mitbestimmung, wie wir sie jetzt haben, gehört dann der Vergangenheit an. Es ist daher ganz wichtig, dass wir bereits heute die richtigen Entscheide fällen. Ich habe die Vision Aarau, wie sie damals genannt wurde, auch gelesen. Ich habe die Vorgehensvorschläge zur Kenntnis genommen und das Konzept zum Zukunftsraum Aarau gemäss den zur Verfügung stehenden Unterlagen studiert. Das hat mich aber nicht überzeugt. Es braucht kein Leitbild. Dieses wäre ohnehin nicht verpflichtend. Das wurde bereits erwähnt. Die meisten Leitbilder, das ist auch in den Firmen so, landen in einer Schublade. Ich behaupte, das Leitbild, das jetzt erarbeitet werden soll, wird irgendwo in Aarau beim Stadtrat in einer Schublade verschwinden. Das interessiert die Aarauer nicht. Sie wollen einfach die Gemeinden schlucken. Das ist das Ziel. All die schönen Formulierungen und Visionen sind für nichts. Für mich kommen nur zwei der Vorgehensvorschläge in Frage. Die bisherige Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, wie wir sie jetzt schon haben. Ich denke an die Badi, den Forstbetrieb etc. Das sind Zusammenarbeiten, die sehr gut funktionieren. Oder in Einzelfällen im Rahmen von "aarau-regio". Rückblickend hat die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden gut funktioniert. Ich war selber 10 Jahre dabei im Gemeinderat, das hat bestens geklappt. Das ist für uns die Zukunft. Das ist die beste Lösung. Die Zusammenarbeit ist richtig, nicht die Fusion. Ausserdem haben wir in Suhr eine effiziente Verwaltung, die gute Dienstleistungen erbringt. Das darf man auch mal sagen. Herzlichen Dank. Wir werden bei einer Fusion nach Aarau pilgern müssen. Es wird unsere Verwaltung nicht mehr geben (siehe Rohr). Dort gibt es keinen Verwaltungsbereich mehr. Sie werden am Aarauer Schalter einen Zettel ziehen, wie bei der Post, und in die Schlange stehen. Sie warten dann, bis endlich jemand kommt und das Anliegen ernst nimmt, wenn überhaupt. Wenn man das so nicht will, dann müssen Sie heute klar

"Nein" sagen. Es ist klar. Heute geht es nicht um die Fusion. Aber weshalb sollen wir all die Schritte noch tun, wenn wir heute schon klar kundtun, dass wir gar nicht fusionieren wollen mit Aarau. Dann können wir das jetzt schon festhalten. Abwarten und erst im Jahr 2020 entscheiden, wäre nach meiner Meinung falsch. Es sind keine neuen Erkenntnisse zu erwarten. Es gibt höchstens die Erkenntnis, dass es Aarau nützt, wenn die Fusion zustande kommt. Aber für uns hat das keinen Nutzen. Nein, werte Mitbürgerinnen und Mitbürger, lassen Sie sich nicht überreden von solchen Fusionsturbos. Sagen Sie heute schon "Nein". Haben Sie gelesen, was das gesamte Projekt kosten wird? Es geht um Fr. 1'130'000.00. Unglaublich. Da sieht man, was in den Beratungsbüros für Löhne gezahlt werden. Wenn wir Suhrer alle Teilschritte mitmachen, was ich nicht hoffe, so bezahlt Suhr netto Fr. 205'000.00. Das möchte ich nicht ausgeben. Wir müssen sparen. Vergessen wir das. Die Fusion will vermutlich die Mehrheit von uns hier im Saal gar nicht. Ich finde, dass sich eine Fusion nicht lohnt. Mit einer Ablehnung, wenn wir jetzt Nein stimmen, sparen wir Fr. 95'000.00. Das sehen Sie aus den Anträgen b) und c) Darum ist heute und jetzt eindeutig ein "Nein" wichtig und richtig. Sagen Sie heute "Nein", warten Sie nicht ab. Stimmen Sie gegen die Anträge b) und c) Dankeschön.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich will mich nicht wiederholen. Wir reden nicht von einer Fusion. Wir reden von der Beschaffung von Fakten. Man muss diskutieren. Ein Leitbild kann auch zu einer Strategie umgewandelt werden. Damit entsteht Verbindlichkeit. Wir können uns einbringen. Ich sehe die Situation nicht derart negativ. Ich bin seit 19 Jahren dabei. Im Jahr 2001 hatten wir auch schon ein Projekt. Das haben die Aarauer beendet.

René Estermann, Waldhofweg 27b: Zwei Stichworte: Demokratie und zusätzlicher Wert, oder kostet eine allfällige Fusion nur? Meine Vorredner haben darauf hingewiesen, dass wir einen allfälligen Demokratieverlust haben. Hat je jemand schon abgestimmt über Anliegen in unserer Kantonshauptstadt? Anliegen, die relevant sind für uns. Ich denke an Sport und Kultur. Wenn wir Teil dieser Hauptstadt werden, haben wir nicht weniger sondern mehr demokratische Rechte. Wir können uns zu mehr Themen äussern, die uns betreffen. Es geht um unsere kulturellen und sportlichen Bedürfnisse, die Mobilität. Wir werden Teil von Aarau und können zu mehr Themen Stellung beziehen. Wir sind nicht einfach nur Suhrer, sondern wir werden Teil unseres Lebensraumes, in welchem wir arbeiten und mit unseren Eltern und Kindern leben. Wir verlieren nicht. Wir gewinnen an demokratischen Rechten. So wie das immer ist, wenn man zusammen etwas schafft. Partnerschaften sind immer mehr. Es gibt einen anderen Horizont. Zweitens: Wertverlust. Ich begreife, dass man als Ortsbürger Angst hat. Aber wenn man als zukunftsorientierter Ortsbürger denkt, mit grossem Landeigentum in Suhr, so kann ich zusichern, dass in einer Hauptstadtregion das Eigentum, z.B. die 2 ha Bauland, einiges mehr Wert erlangt in einer Hauptstadt als nur in Suhr. Rechnen Sie den höheren Bodenwert auf. 2 ha zu nur Fr. 100.00 je m². Wenn Sie in Suhr sind, verzichten Sie auf Fr. 2'000'000.00 Mehrwert. Jeder, der in Suhr Eigentum hat, muss interessiert sein, Eigentümer zu sein in einer Hauptstadt. Sein Eigentum hat deutlich mehr an Wert als in einem Provinzdorf wie Suhr. Mehr Demokratie und der Mehrwert - stimmen Sie dem Antrag des Gemeinderates zu.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Es stimmt natürlich nicht, dass das Land für die Ortsbürger mehr Wert hat. Wenn wir von Fusionen reden, dann ist klar, dann geht unsere

Ortsbürgergemeinde in Aarau auf. Da stimmt die Aussage unserer Ortsbürger. Das Land gehört dann den Ortsbürgern von Aarau. Wir müssen in diesem Punkt schon mit offenen Karten spielen. Und trotzdem sollten wir die Fakten erarbeiten. Ich hoffe, dass sich die Ortsbürger in die Diskussionen auch einbringen. Wir wollen Entscheidungsgrundlagen für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schaffen.

Kurt Bächinger, Chilematteweg 1: Meinen Vorredner möchte ich darauf hinweisen, dass bei einem Mehrwert auch mehr Steuern bezahlt werden müssen. Als kleinen Beitrag möchte ich noch erwähnen, dass Aarau aus Suhrer Boden entstanden ist. Ich hoffe, dass die Fusion frühestens im Jahr 2046 erfolgt. Dann kann Suhr nämlich im Jahr 2045 noch das Jubiläum 1'000 Jahre Suhr feiern. Dankeschön.

Hans Rufli, alt Vizeammann: Etwas aufgeben, das einem über Jahrzehnte Halt und Geborgenheit gegeben hat, ist immer eine Herausforderung. Die heute schnelllebige und sich verändernde Zeit kann leider auch nicht mehr aufgehalten werden. Trotz allem ist aber auch festzuhalten, dass auch nicht jeder "salopp" gesagt Modetrend mitgemacht werden muss. Wir sind eine Gemeinde in der Grössenordnung von rund 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Bald werden wir mit der intensiven Bautätigkeit 12'000 Personen zählen. Wir haben in Suhr alles, was man zum Leben benötigt. Es hat eine grosse Anzahl Arbeitsstellen, wir verfügen über eine vielseitige Schule, es gibt Kindertagesstätten, die öV-Anbindung ist gut, wir verfügen über zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten, können schöne Naherholungsgebiete nutzen und haben eine gute Verwaltung, was wir auch schon gehört haben. Es gibt selbstverständlich auch negative Punkte. Wir leiden unter einem grossen Verkehrsaufkommen, das auch in den nächsten Jahren bestehen bleibt, weil die Kantonsverantwortlichen anders "ticken". Sie lassen uns unser Problem ausharren. Wir haben Problemquartiere und eine grosse Anzahl an Ausländerinnen und Ausländern. Dann gibt es auch eine stattliche Anzahl Sozialfälle. Wenn wir aber eine Güterabwägung machen, kommen wir, sofern wir ehrlich sind, trotzdem zum Schluss, dass wir in Suhr noch recht gut dastehen. Trotzdem sind nun aber in jüngster Zeit wieder Bestrebungen im Gang, eine Fusionsmöglichkeit mit Aarau, Ober- und Unterentfelden sowie Densbüren zu prüfen. Parallel dazu geht es auch um eine sinnvolle Zusammenarbeitsabklärung innerhalb von 18 Gemeinden. Dass dieser Ausarbeitungsprozess für jede Gemeinde eine "Stange" Geldkostet, ist bekannt. Nun die Frage: Braucht es das überhaupt? Sind wir bereit, bei diesem Prozess mitzumachen und uns mit unseren Steuerfranken, mit welchen wir laut Gemeinderat nicht wünschenswert gesegnet sind, kostenmässig zu beteiligen. Ich selber bin mit Herzblut Ortsbürger. Ich habe mir deshalb vertieft Gedanken über den zur Diskussion gestellten Sachverhalt gemacht. Die beiden Nachbargemeinden Buchs und Gränichen machen bei diesen Fusionsabklärungen bekanntlich nicht mit. Diese beiden Gemeinden zusammen haben 15'000 Einwohner. Beide Gemeinden werden ihre persönlichen Gründe für das Desinteresse haben. Auch im Ostaargau haben bereits solche Übungen stattgefunden. Baden mit rund 20'000 Einwohnern - ca. wie Aarau-Rohr - und Neuenhof (7'000 Einwohner) haben auch über die Fusion verhandelt und sind kläglich gescheitert. Klar kann man es im Raum der Kantonshauptstadt erneut versuchen. Das ist legal. Es fragt sich einfach, was wir in Suhr für einen Nutzen davon haben. Die jüngste Fusion in Rohr hat bekanntlich nur in Aarau die gewünschten Absichten erfüllt. Mehr Bewohner und dadurch im Städteranking etwas Platz gutgemacht - aber vor allem die Baulandreserven in Rohr - waren für Aarau von Vorteil. In Rohr selber tönt es ganz anders.

Man kommt sich als Verlierer vor und nur noch als Bittsteller. Die Versprechungen wurden nur in der Anfangsphase durch Aarau eingehalten. Wie steht es nun für uns in Suhr? Der Gemeindeammann hat es heute Abend bereits gesagt. Schon vor 10 bis 15 Jahren, damals gehörte ich auch dem Gemeinderat an, sind schon Signale aus Aarau wegen einer Fusion ausgesendet worden. Der damalige Gemeinderat hat sich dazu aber negativ entschieden. Hat aber die Aussage gemacht, dass eine sinnvolle Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden geprüft werden kann. Aus dieser Haltung heraus sind gute Projekte entstanden. Ich nenne den Feuerwehrbereich mit Buchs und Gränichen oder das Polizeiwesen mit Buchs, Gränichen, Rapperswil und Hunzenschwil. Auch der Forstbetrieb wurde neu organisiert. Dies, um nur einige Bereiche zu nennen. Ich will damit aufzeigen, dass es nicht viel Geld braucht, um solche Projekte zu prüfen und umzusetzen. Das kann auch durch die Gemeinderäte bzw. unter den zuständigen Ressortvorstehern bearbeitet werden. Dafür sind die Gemeinderäte auch da. Sind wir doch ehrlich. Auch Aarau hat seine Probleme. Und diese sollen sie zuerst selber und nicht im Rahmen einer Fusion lösen. Ich komme zum Schluss. Ich beantrage aus den geschilderten Gründen die Ablehnung des gesamten Traktandums Zukunftsraum Aarau, verbunden mit dem Zusatzhinweis, dass die Fr. 95'000.00 für die erste Phase in Suhr nutzbringender eingesetzt werden können. Ich hoffe, dass möglichst viele der Anwesenden meinem Antrag zustimmen werden. Danke vielmal.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich danke für das Lob, dass wir gut arbeiten. Wir verhandeln aus einer Position der Stärke. Wir sind keine Bittsteller. Ich beschäftige mich bald seit 30 Jahren mit auch wirtschaftlichen Zusammenarbeiten, Standortmarketing usw. Es ist eine Tatsache, dass wir einiges erreicht haben. Aber es ist noch mehr möglich, ob nun mit der Fusion oder interkommunaler Zusammenarbeit. Es sind beide Projekte zukunftsweisend. Auch mit der interkommunalen Zusammenarbeit will man intensivieren und vereinheitlichen. Projekte sollen zusammengefasst werden. Wir versuchen, besser zusammen zu handeln und damit die Kosten zu senken. Nur noch zur Ergänzung: Baden hat abgelehnt mit Neuenhof zu fusionieren. Neuenhof wollte aus einer Schwäche heraus die Fusion. Das wollte Baden nicht.

Leonhard Schulz, Augustinergasse 3: Ich beantrage der Gemeindeversammlung, das Traktandum abzulehnen. Ich bin klar der Meinung, weil Suhr eine starke Gemeinde ist, dass sie diese Stärke nicht aus der Hand geben sollte. Das Traktandum 4, das bereits nicht mehr behandelt wird, zeigt auf, was das Gemeindeleben in Suhr bewirken kann. Man redet miteinander und regelt intern, was wichtig ist. Man hat Fr. 2'600'000.00 eingespart, weil man miteinander gesprochen hat. Das sind Sachen, die im Rahmen eines grösseren Projektes sicher nicht passieren werden. Egal, ob man fusioniert oder in grösseren Gemeindeagglomerationen arbeitet, wenn Projekte im grösseren Ausmass ausgearbeitet werden, entzieht sich das immer dem einzelnen Stimmbürger. Es wird an irgendwelche Gremien delegiert, dann hat der einzelne Stimmbürger nichts mehr zu melden, ausser beim Bezahlen am Schluss. Aus diesem Grund empfehle ich, das Traktandum abzulehnen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Wir sparen die Umgebung nicht ein. Das Projekt wird überarbeitet und allenfalls neu unterbreitet. Wir möchten das Vorhaben auch zum Ab-

schluss bringen. Fr. 500'000.00 brauchen wir in jedem Fall für die Umgebung beim Schulhaus VINCI.

Heidi Stutz, Bachstrasse 95j: Ich habe das Gefühl, dass sehr viel spekuliert wird. Wir spekulieren, was es uns bringt, ob wir Lösungen finden für die Ortsbürger, die gut sind. Haben wir noch einen Schalter im Dorf? Ich möchte auch gute Lösungen für die Ortsbürger, ich möchte einen Schalter im Dorf. Ich möchte ein lebendiges Zentrum. Ich möchte Suhr als Gemeinde nicht aufgeben. Aber ich finde, dass es eine Chance sein könnte mit Aarau. Nicht nur, weil Aarau einen viel tieferen Steuerfuss hat. Der Steuersatz gleicht sich ja auch nicht aus über die gesamte Region. Wir werden darüber auch noch sprechen. Ich möchte herausfinden, was wir in den anstehenden Verhandlungen als Ergebnis erreichen können. Ich möchte, und da unterstütze ich Beat Rüetschi, dass wir über Fakten reden und entscheiden können. Es soll nicht einfach jetzt über Befürchtungen oder über Vorstellungen diskutiert und entschieden werden. Man muss sich bewusst sein, dass die Zusammenarbeit auch kosten wird. Da müssen wir uns keine Illusionen machen. Es ist nicht so, dass nur die Fusion kostet und die regionale Zusammenarbeit nicht. Aber der jetzt beantragte Kostenaufwand hat viel damit zu tun, dass ein Prozess mit der Bevölkerung ausgelöst werden soll. Wir können mitreden. Das wurde bereits genannt. Es geht um einen Workshop und Gespräche. Worum geht es, was wollen wir? Was gibt es für Lösungen? Das ist im Zusammenarbeitsprojekt nicht geplant. Da haben wir keinen Einfluss und nichts zu sagen. Da entscheiden der Gemeinderat oder einzelne Mitglieder des Gemeinderates ganz allein. Da bezahlen wir dann hier zwei Millionen oder dort einen Beitrag, wie z.B. bei der Kehrrechtverbrennung etc. Daher plädiere ich dafür, dass wir diesen Prozess auslösen. Dieser ist eine Chance Klarheit zu schaffen darüber, was wir in Suhr effektiv wollen. Wir müssen das miteinander "auschäsen". Es gibt unterschiedliche Vorstellungen. Da ist es doch gut, über das ganze politische Spektrum hinweg zu diskutieren. Ich habe das Gefühl, das wir die Chance haben, einen solchen Prozess zu durchlaufen. Wir haben dann alle Fakten auf dem Tisch (Zusammenarbeit versus andere Formen). Ich kann mir gut vorstellen, wenn das wirklich so ist, dass sich die Aarauer arrogant verhalten, dass ich die erste Person bin, die "Nein" stimmt. Aber ich finde, dass man wirklich zuerst für Informationen mit "Hand und Fuss" schaut. Dann kann man entscheiden. Und das geht nur, wenn wir heute Abend "Ja" sagen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Korrekt ist, dass auch bei der interkommunalen Zusammenarbeit als Gemeindeversammlung mitbestimmt werden kann. Verträge und Verbände müssen an der Gemeindeversammlung abgestimmt werden.

Heiner Kilchsperger, Hintere Dorfstrasse 9: Ich möchte den Ball von Frau Stutz aufnehmen. Wir müssen auch etwas Fantasie entwickeln, wie ein Zukunftsraum Aarau aussehen und wie er strukturiert sein könnte. Ich habe selber einige Jahre in einem Quartier von Zürich gewohnt. Ich war keineswegs politisch entmündigt. Ich konnte mitwirken. Das Quartier hatte ein eigenes Zentrum. Es gab ein Quartierbüro und es war ein eigener Markt vorhanden. Ebenfalls war die Kirchengemeinde selbständig organisiert. Es war ein lebendiges Zentrum, eine lebendige Gemeinschaft, die innerhalb der gesamten Stadt Zürich gelebt hat. Und mit diesem Selbstbewusstsein dürfen wir auch in die Leitbilddiskussion einsteigen. Wir können Ideen entwickeln. Wir geben nicht die gesamte Verantwortung ab an eine anonyme Stelle. Wir sind und behalten unsere Verantwortung. Wir können einigen

Gestaltungsraum gewinnen. Die Verkehrspolitik wurde angesprochen. Die Wohnbaupolitik wurde erwähnt. Ebenso die Kultur- und Sozialpolitik. Das sind alles Themen, wo wir in unseren Grenzen, in unseren jetzigen Gemeindegrenzen, an Grenzen stossen. Der Gestaltungsraum wird offener und vielfältiger, wo wir möglicherweise mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten haben, als in den jetzigen Strukturen. Es lohnt sich, mit Fantasie und Selbstbewusstsein in die Leitbild Diskussionen einzusteigen. Ich empfehle, dem Kredit zuzustimmen.

Jérôme Schwyzer, Niedermattweg 3: Ich möchte die Diskussion nicht unnötig in die Länge ziehen. Ich habe auch lange in Zürich gelebt. Man hatte zwar dort einen Markt, man konnte abstimmen, ob das Schulhaus eine blaue oder rote Wand bekommt - aber die grossen Themen wurden über die ganze Stadt hinweg entschieden, leider mit wenig Möglichkeiten als Quartierbewohner. Man hatte nicht viel zu sagen. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Name des Projektes nicht Zukunftsraum ist. Es heisst: "Neue Kantonshauptstadt Aarau". Das zeigt deutlich, dass es nur darum geht, Aarau grösser zu machen. Die anderen Gemeinden werden in einem Konglomerat verschwinden. Man kann sich dafür als Stadtbürger fühlen. Die Entscheide sollen dort gefällt werden, wo es die Leute betrifft. Umso lokaler, desto besser. Man sieht es auf der ganzen Welt. Es kommt nicht gut, wenn man immer grössere Räume schafft. Lokal entscheiden und lokal handeln - und gleichzeitig offen sein. Man muss sich deswegen nicht in einem Schneckenhaus verkriechen. Ich bitte Sie, den Kredit abzulehnen. Ein Ende mit Schrecken. Wir kennen das von anderen Projekten. Ich erinnere an das Bildungskleeblatt. Man hat jahrelang vorbereitet - Millionen wurden ausgegeben - am Schluss hat man festgestellt, dass es doch nicht so gut war. Das Geld war ausgegeben. Heute geht es nur um Fr. 100'000.00. Das tönt nach wenig. Man muss sich bewusst sein, dass es rund 20 normalverdienende Familien braucht in Suhre, um diesen Betrag im kommenden Jahr zu finanzieren, nur dass das Projekt dann irgendwo in einer Schublade verschwindet. Ich bitte Sie jetzt, den Abbruch zu vollziehen und damit eine deutliche Botschaft zu versenden, dass wir nicht mitmachen wollen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Mit der "Neuen Aargauer Kantonshauptstadt" geht es nicht darum, dass die Aarauener führend sind. Wir wollen das Projekt gemeinsam angehen. Das tönt etwas einfach. Mir ist auch bewusst, dass die Aarauener etwas von ihrem "hohen Ross" herunterkommen müssen. Sie müssen mit uns diskutieren.

Felix Egger, Neue Aarauenerstrasse 16: Sie müssen den Antrag unterstützen. Wehalb? Es geht ja nur darum herauszufinden, was spricht dafür und was dagegen in dieser ganzen Geschichte. Es geht um die Vor- und Nachteile und um nichts anderes. Es geht auch nicht um Spekulationen. Seien Sie doch neugierig und schauen Sie, was dann herauskommt. Stimmen Sie dem Antrag zu.

Rosa Gautschi-Kuhn, Bachstrasse 24: Wenn wir hier Ja sagen, dann haben wir keinen Wald mehr. Früher war der gesamte Suhrerchopf Suhrer Wald. Dieser wurde einst mit den Aarauern gegen ein Nachtessen eingetauscht. Ich habe geschlossen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich denke, die Meinungen sind gemacht. Wenn Sie einverstanden sind, würde ich aufgrund der Einheit der Materie über alle drei An-

tragspunkte gemeinsam abstimmen. (Zu diesem Vorgehensvorschlag werden keine Wortmeldungen gemacht.)

Abstimmungsergebnis (Abstimmung durch Gemeindepräsident Beat Rüetschi):

Der gemeinderätliche Antrag zum Zukunftsraum Aarau (Kenntnisnahme Projektvorgehen, Kreditanteil für die Leitbildbearbeitung "Neue Aargauer Kantonshauptstadt" Fr. 76'000.00 und gemeindeseitige Projektbegleitungskosten Fr. 19'000.00) wird mit 182 zu 199 Stimmen abgelehnt.

Traktandum 3 Verwaltungsumbau und -sanierung, Kreditbegehren Fr. 1'535'000.00

I. Ausgangslage

In den Jahren 1992 - 1994 konnten das "Alte Schulhaus" und das Gemeindehaus zur Gemeindeverwaltung umgebaut werden. Damals wurde das seit mehr als 30 Jahren bestehende Provisorium (Pavillon) aufgehoben und die Bibliothek fand im Dachgeschoss des Gemeindehauses ihren Platz. Die Abteilung Soziales behielt ihren Standort im Einfamilienhaus ("Böse-Huus") an der Tramstrasse (Schulzentrum). Mit dessen Abbruch wurde die Abteilung Soziales im Parterre des "Alten Schulhauses" einquartiert, die Polizei wurde im Hallauerhaus am Mühleweg 1 untergebracht und der Einwohner- und Kundendienst ins Gemeindehaus zur Abteilung Steuern verlegt.

Eigentlich bestand die Idee - weil die Platzverhältnisse innerhalb der Verwaltung immer enger wurden (Bevölkerungswachstum, zusätzliche Aufgaben) - mit einem Ergänzungsbau zwischen dem Gemeindehaus und dem "Alten Schulhaus" für alle Verwaltungsbereiche zusätzlichen Raum zu schaffen und in einem Vorbau an der Tramstrasse ein "Gemeindebüro" als erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger zu bauen. Die Kosten dafür waren auf Fr. 6'600'000.00 geschätzt.

Der Bau des Schulhauses "VINCI" mit Tiefgarage und Langzeitarchiv machte deutlich, dass sich die Gemeinde die Erweiterung der Verwaltung und die Sanierung im geplanten Umfang nicht leisten kann. Daraus entstand der Vorschlag, die Bibliothek ins Parterre des Schulhauses "VINCI" zu verlegen und damit im Gemeindehaus Raum für die Verwaltung zu schaffen, ohne dort Ergänzungsbauten realisieren zu müssen. Die Gemeindeversammlung hat mit dem Baukredit für das Schulhaus auch die Verlegung der Bibliothek gutgeheissen.

II. Lösungsansatz für die Anpassung der Verwaltungsstruktur

Bei der näheren Prüfung zeigte sich, dass der Umzug der Bauverwaltung in den Bereich der heutigen Bibliothek (Dachgeschoss Gemeindehaus) mit verschiedenen baulichen Anpassungen umsetzbar ist (Grossraumbüro) und mit weiteren Umzügen die bisherigen Verwaltungsabteilungen im Gemeindehaus und im "Alten Schulhaus" untergebracht werden können. Die Regionalpolizei verbleibt dabei am bisherigen Standort. Alle Bereiche der Abteilung Soziales werden im "Alten Schulhaus" im 1. und 2. Stock zusammengelegt. Die Gemeindegkanzlei zieht ins Parterre des "Alten Schulhauses" und wird einen Empfangschalter anbieten. Auf dem Boden der Abteilung Finanzen im Gemeindehaus werden vor allem für den Schalterbereich diskretere Voraussetzungen geschaffen. Keine Veränderungen sind beim Einwohner- und Kundendienst und bei der Abteilung Steuern notwendig. Sie verbleiben im 1. Stock des Gemeindehauses.

Im Dachgeschoss des "Alten Schulhauses" wird das Büro für den neuen Verwaltungsleiter eingerichtet (bisheriges Sitzungszimmer 1).

Die Arbeiten werden etappiert ausgeführt, damit keine Provisorien bezogen werden müssen.

Nach über 20 Jahren und bedingt durch die verschiedenen baulichen Anpassungen drängen sich auch mehrere Unterhaltsarbeiten auf, vor allem im Aussenbereich. Es werden aber auch Malerarbeiten ausgeführt, wodurch auch optisch eine Erneuerung wahrgenommen werden kann.

III. Kosten

Anpassungsarbeiten	Kosten in Fr.
Gemeindehaus und "Altes Schulhaus"	965'000.00
<ul style="list-style-type: none"> • Gipser- und Malerarbeiten • Elektro- und Heizungsinstallationen • Schreinerarbeiten • Bodenbeläge • Signaletik / Umzüge / Honorare 	
Sanierungsarbeiten	
Innere Sanierungsarbeiten	40'000.00
<ul style="list-style-type: none"> • Malerarbeiten Treppenhaus • Wartung Beleuchtungskörper 	
Äussere Sanierungsarbeiten	530'000.00
<ul style="list-style-type: none"> • Plattenbeläge Vorplätze und Treppen • Sanierung Fassaden und Malerarbeiten • Neueindeckung Verbindungsgänge 	
Total Anpassungs- und Sanierungsarbeiten	1'535'000.00

(inkl. Mehrwertsteuer)

Die Kapitalfolgekosten für Verzinsung und Amortisation (35 Jahre) betragen ca. Fr. 65'000.00 pro Jahr. Da es sich bei den geplanten Massnahmen um Umbauten und Sanierungen der bestehenden Gebäude handelt, werden keine zusätzlichen Betriebsfolgekosten erwartet. Zum Vergleich: 1 % Gemeindesteuerertrag entspricht einem Betrag von rund Fr. 175'000.00.

IV. Haltung Gemeinderat

Mit einigen baulichen Anpassungen kann die Gemeindeverwaltung innerhalb des bestehenden Raumangebotes des Gemeindehauses und des "Alten Schulhauses" untergebracht werden. Zusammen mit ohnehin nötigen Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten kann mit einem relativ geringen Aufwand zusätzlich Verwaltungsraum beschafft werden, ohne Neubauten realisieren zu müssen. Den Gesamtaufwand erachtet der Gemeinderat als vertretbar.

Antrag:

Es sei für den Verwaltungsumbau und die Sanierung (Gemeindehaus und "Altes Schulhaus") ein Kredit von Fr. 1'535'000.00 (inkl. Mehrwertsteuer) zu bewilligen.

Bericht der Finanzkommission

Bereits seit Jahren besteht das Bedürfnis und zunehmend auch die Notwendigkeit von Unterhaltsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden Gemeindehaus und Altes Schulhaus. Auch wurde in den damaligen Finanzplänen die Kosten für Ausbau und Sanierung mit Fr. 6'600'000.00 angeschlagen. Anstehende nötige, teils zwingende Unterhaltsarbeiten wurden im Hinblick auch den "grossen" Ausbau zurückgestellt.

Mit der sich im Rahmen des Projektes VINCI gestellten Möglichkeit die Bibliothek aus dem Verwaltungsgebäude in das Schulhaus zu integrieren, wurde Raum frei um die latenten Raumbedürfnisse zu decken. Die einst formulierten Vorstellungen und Wünsche konnten zwar mit der neuen Lösung nicht gänzlich erfüllt werden, dies aber erforderte eine neue kritische Prüfung der Notwendigkeit und Dringlichkeit von Massnahmen und Wünschen.

Die Aufwände gliedern sich in Anpassungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Umbau "alte Bibliothek" und Umzüge und den eigentlichen Sanierungsarbeiten innen und aussen. Die vorgesehenen Arbeiten erscheinen zweckmässig, die zugehörigen Kostenvoranschläge erscheinen plausibel.

Der Zeitpunkt der Vorlage ist etwas ungünstig. Eine Sanierung von Verwaltungsräumen könnte oberflächlich gesehen als Luxus erscheinen, besonders in den aktuellen Zeiten von knappen Budgets und Sparmassnahmen.

Aus dem ursprünglichen "Ausbau mit Sanierungsarbeiten" wurde nun eine "Sanierung mit neuer Raumnutzung". Dieses Vorgehen entspricht einem pflichtbewussten Umgang mit finanziellen Mitteln. Auch wenn über die Dringlichkeit und Höhe einzelner Detailpositionen durchaus diskutiert werden könnte, machen die vorgesehenen Arbeiten Sinn und ergeben ein zweckmässiges und den Anforderungen gerechtes Gesamtprojekt. Nachdem das Pro-

jekt VINCI die Eingliederung der Bibliothek ermöglicht hat, konnte die Einwohnergemeinde Suhr mehrere Millionen *ohne* Leistungsreduktion einsparen.

Antrag der Finanzkommission:

Die Finanzkommission empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates stattzugeben und das Kreditbegehren von Fr. 1'535'000.00 für den Umbau und die Sanierung der Verwaltung zu bewilligen.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Heute Abend sind fast alle Traktanden irgendwie miteinander verknüpft. Beim soeben abgelehnten Traktandum hatte es auch sehr viele Ja-Stimmen. Zum Thema Verwaltungsumbau ist zu sagen, dass der Gemeinderat in jedem Fall die Gemeinde so positionieren will, um die Stärken ausspielen zu können. Das galt für den Gemeinderat bei der Vorbereitung für beide Projekte (Zusammenarbeit oder beim nun abgelehnten Zukunftsraum).



Ausgangslage

Raumbedarf Verwaltung ist durch Entwicklung Bevölkerung gewachsen:

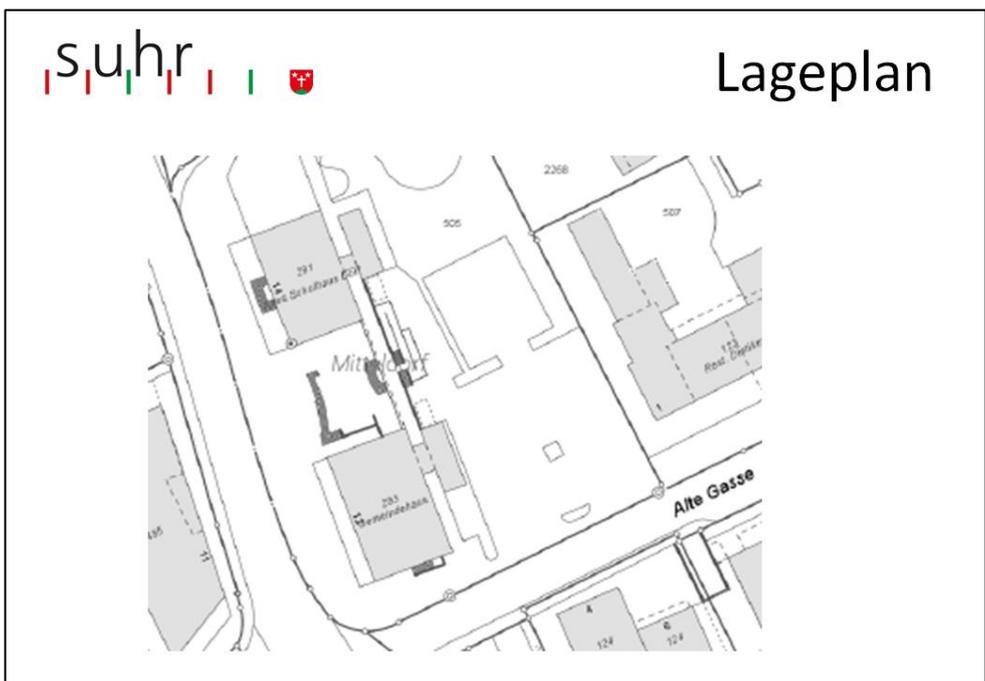
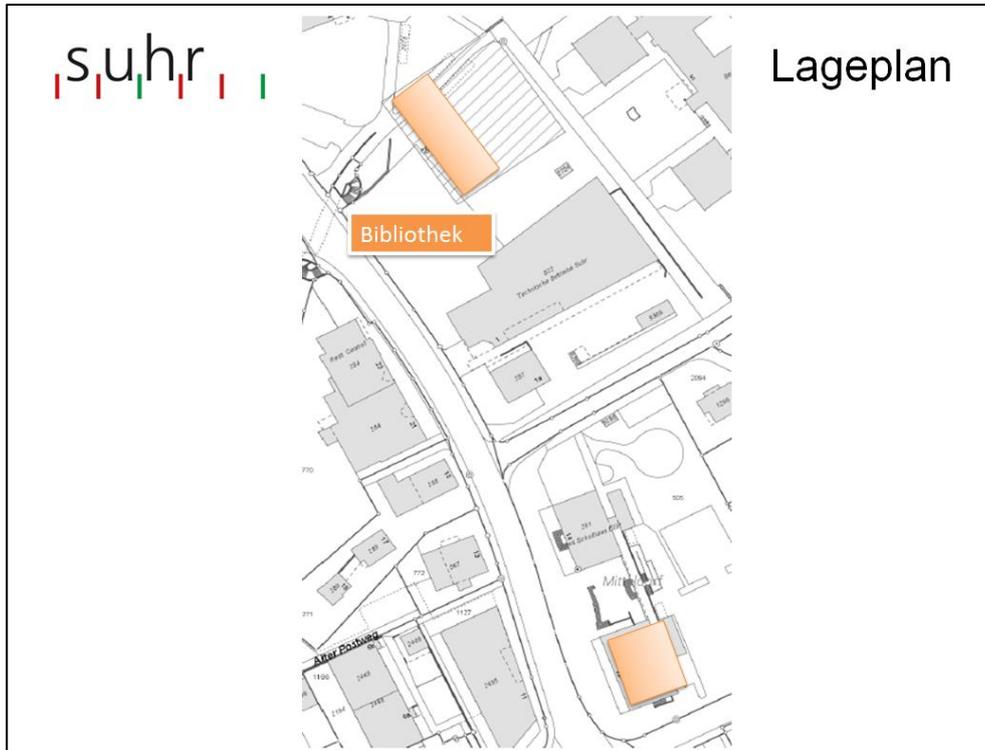
- Daher war 2014 ein Anbau für über **6 Mio. Fr.** geplant
- Durch Integration Bibliothek in Vinci verringert sich der Investitionsbedarf auf rund **1.5 Mio. Fr.**

Lösung:

- Bauverwaltung anstelle Bibliothek
- Empfangsbüro Parterre (Kanzlei)
- Sozialdienst inkl. Fachbereich Gesellschaft auf zwei Etagen
- Geschäftsführer/-in
- Zwei Schalter (geschützter Bereich, Diskretion) Finanzverwaltung
- Pausenraum
- Grosser Bedarf an Unterhaltsarbeiten (Fassaden, Mauerkrone, Zwischengang, Fenstergläser, Malarbeiten, ...)

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Unsere Verwaltung ist stark gewachsen. Wir hatten in den letzten Jahren auch rund einen Drittel Wachstum bei der Bevölkerung. Es war uns wichtig, das Traktandum Sanierung der Verwaltungsgebäude in der nun vorliegenden Art vorzubereiten. Es war schon länger klar, dass die Verwaltung aus allen Nähten platzt. Deshalb hat man schon vor Jahren und speziell im Jahr 2014 mit über Fr. 6'000'000.00 für einen grösseren Anbau geplant und im Finanzplan diesen Betrag auch eingestellt. Dieser wäre eigentlich in diesen Jahren zur Ausführung fällig geworden. Im politischen Prozess

für das Schulhaus VINCI sah man, dass es dort eine gute Lösung gibt, um die Gemeindebibliothek zu integrieren.



Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Sie sehen den neuen Standort der Bibliothek. Sie ist im Parterre, auf der Seite zur Tramstrasse, im Primarschulhaus VINCI untergebracht. Sie sehen auch das Gemeindehaus, aus dem Jahr 1898, das Verbindungstück und das Alte Schulhaus, das heute durch die Verwaltung genutzt wird. Die Bibliothek ist heute im Dachgeschoss des Gemeindehauses untergebracht. Die Bibliothek kann mit dem Bezug des Schulhauses VINCI (für alle Primarschüler aus dem Dorf) auf Beginn des Schuljahres 2017/2018 im August 2017 ebenfalls umziehen. Damit wird das Dachgeschoss im Gemeindehaus für die Verwaltung frei. Zusammen mit dem Museum ergibt sich für die Umgebung zum Schulhaus VINCI eine interessante Einheit. Ich möchte den Umbau der Verwaltung nicht in jedem Detail aufzeigen. Nur ein paar Stichworte. Die Bauverwaltung wird in die Räume der heutigen Bibliothek umziehen. Nach und nach wird die Auslastung der beiden Gebäude optimiert. Für Sie wichtig ist zu wissen, dass am Schluss im Parterre des Alten Schulhauses, wo heute der Sozialdienst untergebracht ist, die Kanzlei eingerichtet sein wird. Die Kanzlei wird die Funktion als Empfangsbüro haben. Dort können sich die Bürgerinnen und Bürger melden, um dann je nach Bedarf weiter vermittelt werden zu können. Der Sozialdienst, der heute überall verteilt ist, vor allem der Fachbereich Gesellschaft, wird im ersten und zweiten Stock des Alten Schulhauses zusammengefasst. Wir können auch gut ab dem Jahr 2018 die Platzierung des geplanten Geschäftsführers lösen. Wir können in der Finanzverwaltung die Diskretion besser gewährleisten, indem zwei Schalter in einem geschützten Bereich eingebaut werden. Auch der Pausenraum wird verbessert. Gut ein Drittel der Kosten wird für die Aussenrenovation eingesetzt. Sie sehen: Fassaden, Mauerkrone, Zwischengang, Fenstergläser und Malerarbeiten. Vielleicht ist ihnen aufgefallen, dass wir vor rund anderthalb Jahren, im Jahr 2015, die Fassade auf der Nordseite des Gemeindehauses sanieren mussten, weil sich die Mauerkrone und ein Teil der Steine verschoben hatten. Deshalb musste sofort interveniert werden. Es ist wichtig, dass wir die zwei markanten Gebäude mitten im Dorf in ihrem Zustand gut erhalten. Darum haben wir jetzt ein Gesamtpaket geschnürt (Umbau und Sanierung). Der Antrag des Gemeinderates lautet wie folgt:

Es sei für den Verwaltungsumbau und die Sanierung des Gemeindehauses und des «alten Schulhauses» ein Kredit von Fr. 1 535 000 zu bewilligen.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Die Finanzkommission stimmt diesem Kreditantrag einstimmig zu.

Diskussion:

Max Weiersmüller, Zukunft Suhr: Das Gemeindehaus und das Alte Schulhaus sind wirklich in die Jahre gekommen. Abnutzungserscheinungen und Baufehler (ich denke da vor allem an das Dach beim Zwischengang) - man wird recht nass, wenn es richtig regnet, zudem ist es im Winter dort sehr gefährlich wegen der Eisbildung, diese Überdachung muss sicher saniert werden - machen die Sanierung nötig. Zudem hat die Bevölkerung stark zugenommen. Die Platzverhältnisse sind eng geworden. Das haben wir gehört. Zukunft Suhr empfiehlt ihnen, der Sanierung und dem Umbau der beiden Gebäude zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis (Abstimmung durch Gemeindepräsident Beat Rüetschi):

Mit grosser Mehrheit, bei wenigen Gegenstimmen, wird der Kredit von Fr. 1'535'000.00 für den Umbau und die Sanierung der Verwaltungsbauten gemäss gemeinderätlichem Antrag gutgeheissen.

Traktandum 4 Ausführungskredit Umgebung Schulzentrum Dorf - Kreditbegehren Fr. 2'600'000.00

I. Ausgangslage

Mit der Bewilligung des Baukredites für das Schulhaus "VINCI" im Schulzentrum Dorf wurde auch ein Betrag von Fr. 500'000.00 für die Umgebungsgestaltung im Umfeld dieser neuen Schulbaute gutgeheissen. Im Rahmen der damaligen Projektierung für das neue Primarschulhaus hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, die Umgebung für das gesamte Schulareal (mit Blick auf die künftige Nutzung aller Schulbauten und Sportanlagen) zu planen, unter Berücksichtigung der übergeordneten Interessen (Durchwegung, Schulweg-sicherheit, Veloabstellplätze, Pausenräume, Naturerlebnisse, Unterrichtsbereiche im Freien, Vereinsnutzung, Jugend- und Dorffestareal etc.). In diesem Sinne hat die Gemeindeversammlung am 27. November 2014 einen Kredit von Fr. 65'000.00 (grosse Mehrheit, wenige Gegenstimmen) für eine Gesamtstudie "Umgebungsgestaltung Schulzentrum Dorf" bewilligt. Durch den Präsidenten des Natur- und Vogelschutzvereines wurde an der Gemeindeversammlung ein Beitrag von Fr. 5'000.00 an die Planung zugesichert (Spende eines Gönners). Dieser Betrag ist in der Zwischenzeit überwiesen worden.

Eine Arbeitsgruppe (mit Vertretern der Schulpflege, des Gemeinderates, der Lehrerschaft und der Verwaltung) mit fachlicher Begleitung durch die Firma Haag Landschaftsarchitekten GmbH, Zürich, machte sich daran, die verschiedenen Bedürfnisse, Anliegen und Rahmenbedingungen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Daraus entstand der ausgereifte und umfassende Projektplan.

Die Gesamtkosten für dieses optimale Projekt betragen Fr. 4'275'000.00. Diesen Betrag kann sich die Gemeinde wegen der angespannten Finanzlage auch mittelfristig nicht leisten. Es wurde deshalb eine Etappierung besprochen, was sich aber nicht als zielführend erwiesen hat. Viele Teilmassnahmen sind nur sinnvoll, wenn sie gesamthaft umgesetzt werden können.

II. Projektüberarbeitung

Der Fachplaner konnte mit der Fachgruppe das Projekt inhaltlich und kostenmässig reduzieren, ohne die diversen Anliegen und vor allem das zusammenhängende Erscheinungsbild zu opfern. Die bestehenden Beläge und Foundationen sollen erhalten und mit neuen Elementen ergänzt, vorhandenes Material wieder verwendet und in die neu gestaltete Anlage integriert werden. Alle Beteiligten haben sich mit diesem überarbeiteten Projekt einverstanden erklärt.

III. Projektbeschreibung

Das nun zur Ausführung beantragte Projekt kann wie folgt beschrieben werden:

Die Pausenplätze des Primarschulhauses "VINCI" und des Bezirksschulhauses erhalten jeweils akzentuierte Abschlüsse mit niedrigen Mauern, die auch als Sitzgelegenheit dienen. Ebenfalls wird ein niedriger Mauerabschluss zur Promenade hin erstellt. Bei den Geh- und Zufahrtswegen werden die Mäuerchen bodeneben abgesenkt. Der Pausenplatz des Schulhauses Ost wird mit Sitzelementen als bandartige Abschlüsse eingefasst.

Der Fussweg und Zufahrtsweg (Feuerwehr, Notfall, Fensterreinigung etc.) zwischen Schulhaus "VINCI"/TBS und Bezirksschulhaus wird neu erstellt. Die Verbindung Ost-West im Bereich Pausenplatz Bezirksschulhaus wird aus dem bestehenden Belag geschnitten. Seitlich davon wird das bestehende Belagsfundament belassen und mit Schotterrasen ergänzt. Dieser Platz kann für die Beizli am Jugendfest als Standort verwendet werden.

Die Zufahrt zur Spielwiese (z. B. für die Schausteller am Jugendfest) ist gesichert. Bei der Neubepflanzung wird darauf Rücksicht genommen.

Dieses neu gestaltete Fusswegnetz verbindet das Schulhausareal mit dem angrenzenden Gemeindegebiet, schafft eine klare Raumaufteilung zu den verschiedenen Schul- und Sportanlagen, lässt naturnahe Bereiche entstehen und bietet Rückzugsmöglichkeiten für Unterrichtseinheiten. Die Ausführung soll in drei direkt aufeinanderfolgenden Bauphasen erfolgen.

- Bauphase 1

Die Umgebung des Schulhauses "VINCI", der westseitige Vorhof des Bezirksschulhauses, der Rundweg und die Bepflanzung der Schulwiese werden bis zu den Sommerferien 2017 fertig erstellt.

- Bauphase 2

Die Ausführung des Pausenplatzes des Bezirksschulhauses und des Durchganges zwischen Bezirksschulhaus und Schulhaus Ost beginnt ab den Sommerferien 2017.

- Bauphase 3

Nach Beendigung der 2. Bauphase wird beim Schulhaus Ost der Pausenplatz und der Vorplatz Südeingang erstellt.

Die Promenade wird zusammen mit der Sanierung der Tramstrasse (Projekt Kanton) ausgeführt.

IV. Umgebungsplan



Etappe 1

Etappe 2

Etappe 3



V. Kosten/Finanzierung

Das redimensionierte Projekt mit dem Gesamtperimeter von 19'000 m² ist mit folgenden Kosten verbunden:

BKP	Bezeichnung	Betrag in Fr.
1	Vorbereitungsarbeiten	100'000.00
4	Umgebung <ul style="list-style-type: none"> • Roh- und Umbauarbeiten • Gartenanlage • Elektro- und Sanitärinstallationen • Trassenbauten / Entwässerung 	2'250'000.00
5	Baunebenkosten	250'000.00
	Total Anlagekosten	2'600'000.00

(inkl. Mehrwertsteuer)

An diese Kosten hat die Gemeindeversammlung mit der Bewilligung des Baukredites für das Schulhaus "VINCI" bereits einen Betrag von Fr. 500'000.00 gutgeheissen.

Der Gemeinderat erachtet es als sinnvoll, die Baukosten des Schulhauses "VINCI" und den Aufwand für die gesamte Umgebungsgestaltung des Schulzentrums Dorf bei der Abrechnung für beide Projekte je separat auszuweisen und keine Kostenvermischung vorzunehmen. Aus diesem Grund soll der Baukredit "VINCI" um den Betrag der damals geplanten Umgebung von Fr. 500'000.00 reduziert und der Ausführungskredit für die Umgebung als Gesamtkredit (Fr. 2'600'000.00) bewilligt werden.

Sollte die Gemeindeversammlung den Gesamtumgebungskredit ablehnen, würde der Umgebungskreditanteil für das Schulhaus "VINCI", wie bereits bewilligt, wieder im Rahmen des Schulhausbaukredites beansprucht.

Dieses Vorgehen garantiert eine transparente Kostenabrechnung.

Die Kapitalfolgekosten für Verzinsung und Amortisation (40 Jahre) betragen ca. Fr. 100'000.00 pro Jahr. Für die Betriebsfolgekosten wird mit einem wiederkehrenden Aufwand von ca. Fr. 26'000.00 gerechnet. Zum Vergleich: 1 % Gemeindesteuerertrag entspricht einem Betrag von rund Fr. 175'000.00.

VI. Haltung Gemeinderat

Es geht um einen hohen Betrag, das ist klar. Es geht aber auch um ein langfristig wirkendes Projekt und darum, dass das der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehende und vielfältig genutzte öffentliche Areal auf besondere Weise neu geschaffen wird und nicht nur monotone, pflegeaufwändige Rasenflächen entstehen. Das Areal soll wohnlich werden. Schulpflege und Gemeinderat sind sich einig, dass die drei Phasen "Zug um Zug" umgesetzt werden sollen. Mit dem redimensionierten Umgebungsprojekt kann das Schulzentrum Dorf sachgerecht für die verschiedenen Bedürfnisse gestaltet werden.

Antrag:

Es sei ein Ausführungskredit von Fr. 2'600'000.00 (inkl. Mehrwertsteuer) für die Neugestaltung der Umgebung des Schulzentrums Dorf (redimensioniertes Projekt) zu bewilligen.

Bericht der Finanzkommission

Die Finanzkommission anerkennt, dass der Gemeinderat nach dem Bau der neuen und auch repräsentativen Schulanlage Vinci eine Einheit mit den bestehenden Schulhäusern bilden und trotzdem eine bessere Trennung der bestehenden Pausenplätze erreichen will. Darum wurde ein Konzept für die Umgebungsgestaltung ausgearbeitet und nach einem ersten Kostenvoranschlag angepasst. Mit dem neuen Konzept soll vor allem eine räumliche Trennung der Pausenanlagen innerhalb der Schulanlage realisiert werden. Weiter sollen Verbindungswege und Zufahrten optimiert werden. Trotz der Redimensionierung des Projektes zur Gestaltung der Umgebung verbleiben Investitionen von stolzen Fr. 2'600'000.00 inkl. der Umgebung des Schulhauses VINCI.

Auch wenn die Finanzkommission grosses Verständnis für die Anliegen des Begleitgremiums, der Schule und der Bevölkerung bezüglich der Umgebungsgestaltung beim Schulhaus Dorf hat, muss sie diese geplante, hohe Investition kritisch hinterfragen. Die finanzielle Situation der Gemeinde ist bereits stark belastet und für die geplante Realisierung muss sich die Gemeinde weiter verschulden. Die anfallenden Abschreibungen werden die Gemeinderechnung künftig zusätzlich belasten. In Anbetracht der finanziellen Lage, ist es an der Zeit, bescheidener vorzugehen.

Eine Umgebungsgestaltung im Bereich des neuen Schulhauses VINCI mit den bereits bewilligten Fr. 500'000.00 ist ein erster Schritt, der im kommenden Jahr realisiert werden kann. Die bestehende Planung für die weitere Umgebungsgestaltung soll erhalten bleiben, deren Realisierung jedoch stärker, über einen längeren Zeitraum etappiert und mit den weiteren geplanten Sanierungen im Schulzentrum Dorf koordiniert werden.

Antrag der Finanzkommission

Die Finanzkommission empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung einstimmig, den Antrag des Gemeinderates *abzulehnen* und das Kreditbegehren von Fr. 2'600'000.00 für die Ausführung der Umgebung des Schulzentrums Dorf *nicht zu genehmigen*.

Wie einleitend durch den Gemeindepräsidenten erwähnt worden ist, hat sich der Gemeinderat aufgrund der ablehnenden Haltung der Finanzkommission und seitens von Parteien zu diesem Kreditantrag entschieden, dieses Geschäft von der Traktandenliste abzusetzen. Dieses wurde somit materiell nicht behandelt und untersteht damit auch nicht dem fakultativen Referendum (kein Entscheid gefällt).

Mit dem Kredit für das Schulhaus VINCI wurde auch ein Betrag bewilligt von Fr. 500'000.00 für die Umgebungsgestaltung zu dieser neuen Schulanlage. Somit wird der Gemeinderat diesen Kreditanteil beanspruchen. In jedem Fall werden aber auch die Notzufahrt und die nötigen Weganlagen den neuen Gegebenheiten angepasst und später mit dem Baukredit Schulhaus VINCI abgerechnet.

Traktandum 5 Budget 2017 mit einem Steuerfuss von 110 % (bisher 105 %)

Vor Jahresfrist beantragte der Gemeinderat mit dem Budget 2016 eine Steuerfusserhöhung um 8 %, welche von der Gemeindeversammlung jedoch abgelehnt wurde. Das Budget wurde hingegen mit einem unveränderten Steuerfuss genehmigt. Hauptargumente für die Beibehaltung des Steuerfusses in der damaligen Diskussion waren, dass die Schulden für Jahrhundertinvestitionen nicht so schnell abzutragen sind, Fremdmittel zu sehr attraktiven Bedingungen beschafft werden können sowie die Optimierung der Aufgabenteilung Kanton - Gemeinden und die Neuregelung des Finanz- und Lastenausgleichs zwischen den Gemeinden ab 2017 zu einer wesentlichen Verbesserung für Suhr führen. Mit dieser Entscheidung verschlechterten sich der Steuerertrag, das Ergebnis der Erfolgsrechnung sowie die Selbstfinanzierung der Investitionen im Budget um jeweils Fr. 1'350'000.00.

Inzwischen hat sich die Ausgangslage nicht verändert. Dank einzelnen ausserordentlichen Mehrerträgen bei den Aktiensteuern resultierte zwar ein leicht besseres Rechnungsergebnis 2015. Aber die Hochrechnungen für das Jahr 2016 lassen bereits jetzt auf einen schlechteren Abschluss schliessen. Das budgetierte Steuersoll bei den natürlichen Personen wird aufgrund der tariflichen Entlastungen und der höheren Abzüge wieder nicht erreicht. Zudem verschiebt sich mit dem zustande gekommenen Referendum zur Aufgabenteilung und dem neuen Finanzausgleich die erwartete Verbesserung um mindestens ein weiteres Jahr.

Der Budgetprozess auf der Basis eines Steuerfusses von 105 % gestaltete sich wiederum sehr intensiv. Obwohl die Behörde bei den Budgetvorgaben bewusst Zurückhaltung beim laufenden Aufwand gefordert hatte und die Erträge realistisch/optimistisch eingesetzt wurden, ergab sich vorerst ein Aufwandüberschuss von Fr. 3'600'000.00. Zwischen der ersten und zweiten Budgetlesung wurden über Fr. 1'000'000.00 aus dem Budget gestrichen. Dabei handelte es sich aber vorwiegend nicht um nachhaltige Einsparungen sondern um Verschiebungen von Unterhalt und Anschaffungen in spätere Jahre. Teilweise zum wiederholten Mal. Trotz aller Bemühungen konnte die Selbstfinanzierung nur auf knapp 6 % der Nettoinvestitionen erhöht werden.

Wie jedes Jahr wurde während des Budgetprozesses auch die Aufgaben- und Finanzplanung nach bestem Wissen überarbeitet. Diese zeigt auf, dass die Vorgabe eines mittelfristig ausgeglichenen kumulierten Ergebnisses der Erfolgsrechnung gemäss Gemeindegesetz bei einem Steuerfuss von 105 % auch langfristig nicht erreicht werden kann, weil jedes einzelne Jahr negativ ausfällt. Die Selbstfinanzierung bleibt ebenfalls ungenügend. Die Fremdverschuldung steigt auf Fr. 44'000'000.00. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinde erst im Juni 2015 das erste Darlehen in der Höhe von Fr. 6'000'000.00 aufnehmen musste.

Obwohl die Gemeindeversammlung letztes Jahr eine Steuerfusserhöhung abgelehnt hatte, ist der Gemeinderat der Ansicht, dass ein weiteres Abwarten aufgrund dieser Aussichten nicht verantwortet werden kann.

Er beantragt deshalb eine Steuerfusserhöhung um 5 % auf 110 %. Dadurch verbessern sich das Ergebnis der Erfolgsrechnung und die Selbstfinanzierung um jeweils Fr. 850'000.00.

Die in der Finanzstrategie 2014 definierte, langfristig nötige Selbstfinanzierung von Fr. 4'000'000.00 kann allerdings erst und nur mit der Einführung von Aufgabenteilung und neuem Finanzausgleich erreicht werden.

Für den Gemeinderat ist es keine angenehme Aufgabe, die Steuerfusserhöhung wiederum zu beantragen. Er trägt jedoch die Verantwortung für den Finanzhaushalt. Auf einen grossen Teil der Verpflichtungen (gebundene Ausgaben nach Gesetz, Dekret oder Verträgen) hat die Gemeinde keinen Einfluss. Die Wirtschaft läuft nicht mehr so gut, weshalb die Steuererträge stagnieren. Ein weiteres Abwarten mit den nötigen Korrekturen auf der Ertragsseite könnte schwerwiegende Folgen für kommende Generationen haben. Eine Gemeinde muss laufend investieren, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Aber nur ein gesunder Haushalt ermöglicht das eigenständige Handeln.

Auch ein Blick auf die letzten Jahrzehnte bestätigt, dass die Behörde eine überlegte Finanz- und Steuerpolitik betreibt. Es gab wiederholt Phasen mit hohen Investitionen, welche eine vorübergehende Steuerfusserhöhung nötig machten. Ebenso zeigt sich, dass Anpassungen nach unten vorgenommen wurden, sobald es die Finanzlage wieder erlaubte.

Jahre	Steuerfuss
1988 - 1990	105 %
1991 - 1995	115 %
1996 - 1998	108 %
1999 - 2007	105 %
2008 - 2011	110 %
2012	108 %
2013 - 2016	105 %

Um die Selbstfinanzierung von Fr. 4'000'000.00 kurzfristig erreichen zu können, müsste die Steuerfusserhöhung 20 % betragen. Die beantragten 5 % werden es laut Aufgaben- und Finanzplanung erlauben, mittelfristig mit der Schuldentilgung zu beginnen, wenn die grossen Investitionen umgesetzt sind. Dabei vertraut der Gemeinderat darauf, dass sich die positiven Zeichen beim Steuerertrag bewahrheiten und weiterhin Verständnis dafür besteht, dass beim Aufwand Mass gehalten wird. Selbstverständlich wird die Entwicklung weiterhin laufend überprüft.

Weiter geht der Gemeinderat davon aus, dass die verschiedenen Planungen und Standortmarketingmassnahmen Finanzerfolg bringen und sich die Integrationsbemühungen im Sozialbereich kostensenkend auswirken werden.

Eine Steuerfusserhöhung bei den **Gemeindesteuern** bedeutet in Franken pro Jahr:

Tarif A (ledig)

Steuerbares Einkommen in Franken	Steuer 105 % in Franken	Steuer 110 % in Franken	Mehrbetrag in Franken
50'100	2'631	2'757	126
75'100	4'974	5'211	237
100'100	7'468	7'823	355
150'100	12'703	13'308	605

Tarif B (verheiratet)

Steuerbares Einkommen in Franken	Steuer 105 % in Franken	Steuer 110 % in Franken	Mehrbetrag in Franken
50'100	1'451	1'520	69
75'100	3'164	3'314	150
100'100	5'254	5'504	250
150'100	9'938	10'412	474

Auf die Staats- und Kirchensteuern hat die Gemeindesteuerfusserhöhung keine Auswirkung.

Selbstverständlich fällt dem Gemeinderat die Steuerfusserhöhung nicht leicht. Die Analyse der Vergangenheit und die Prognosen der Zukunft machen diesen Schritt aber leider nötig. Nur so kann sich Suhr die Leistungs- und Handlungsfähigkeit erhalten. Der Gemeinderat bittet darum, die nötige Korrektur um 5 % auf 110 % Gemeindesteuern zu bewilligen.

Die ausführlichen Unterlagen zum Budget 2017 können im Internet unter www.suhr.ch/de/verwaltung/online-schalter/ heruntergeladen oder bei der Abteilung Finanzen bezogen werden.

Die Tabellen mit den Zahlen finden Sie anschliessend an die folgenden textlichen Ausführungen.

Erläuterungen zu den Ergebnissen

- Bei einer Selbstfinanzierung von knapp Fr. 1'500'000.00 können die Investitionen von rund Fr. 11'100'000.00 trotz Steuererhöhung nur zu 13.3 % aus eigenen Mitteln bestritten werden.
- Auf eine Entnahme aus der Aufwertungsreserve (siehe ausserordentliches Ergebnis) für die historischen Abschreibungen auf den in HRM2 wieder aktivierten Anlagen wird

in Zukunft verzichtet. Diese Reserve wird mit dem Rechnungsabschluss 2016 in das Eigenkapital umgebucht. Der Abschreibungsbedarf erhöht sich auf Fr. 2'798'200.00.

- Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung beträgt Fr. 1'322'900.00.
- Da die Aufwertungsreserven der Spezialfinanzierungen gemäss Weisung des Departementes des Innern bereits mit dem Rechnungsabschluss 2015 umgebucht werden mussten, entsteht im Budget des Zentrums Bärenmatte ein Aufwandüberschuss von Fr. 247'700.00. Die Investitionen im Mehrjahresprogramm des Verpflichtungskredits betragen Fr. 690'000.00.
- Im Bereich Abwasserbeseitigung bleibt der Aufwandüberschuss mit Fr. 32'900.00 etwa auf Vorjahreshöhe. Zur Abdeckung zusätzlicher Kosten des Abwasserverbandes für höhere Rückstellungen müssen allerdings die Gebühren ein weiteres Mal angehoben werden. Der grösste Teil der Investitionen von netto Fr. 3'560'000.00 sind "gebundene Ausgaben" (vom Regierungsrat verfügte Bauten von Mischwasserbehandlungsanlagen).
- Mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'900.00 präsentiert sich das Ergebnis der Abfallwirtschaft ungefähr ausgeglichen. Die Gebühren bleiben unverändert. Investitionen sind keine vorgesehen.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Allgemeine Verwaltung

- Es werden Mehrerträge aus Baubewilligungsgebühren, Steuerbussen und Mietzinsen erwartet.

Kultur, Sport und Freizeit

- Als Ersatz ist für den Sportplatz die Anschaffung eines Rasenmähtraktors mit Aufnahme- und Mulchgerät vorgesehen.
- Weiterer Mehraufwand entsteht für die Umzugsarbeiten der Bibliothek, eine Neuauflage der Begrüssungsschrift sowie ein Kulturfest.

Gesundheit

- Laut Mitteilung des Kantons wird der Tarif für die durch die Gemeinden zu tragenden Restkosten der Pflegefinanzierung erhöht.

Soziale Sicherheit

- Mehraufwand entsteht für steigende Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung sowie erstmals für die von der Gemeindeversammlung bewilligte Pilotphase Quartierentwicklung.
- Bei der Sozialhilfe wird eine spürbare Abnahme des Nettoaufwandes aufgrund höherer Rückerstattungen und Beiträge des Kantons erwartet.

Finanzen und Steuern

- Bei den Steuern der natürlichen Personen kann trotz einer Steigerung bei den provisorischen Beträgen für das Jahr 2017 gemäss Prognose des kant. Steueramtes insgesamt kein Mehrertrag erwartet werden, weil die Nachträge aus den definitiven Veranlagungen aufgrund der tariflichen Entlastungen und der höheren Abzüge in den vergangenen Jahren stetig rückläufig sind. Der budgetierte zusätzliche Ertrag von Fr. 850'000.00 ergibt sich einzig durch die beantragte Steuerfusserhöhung.
- Aufgrund der Nachträge im Jahr 2015 und den Teilablieferungen im laufenden Jahr wird der Ertrag aus Quellensteuern um Fr. 50'000.00 erhöht.
- Einzelne Anpassungen bei wichtigen Unternehmen lassen auf einen leichten Rückgang bei den Aktiensteuern schliessen. Auswirkungen der Übernahme der Mittelland Molkerei AG durch die Emmi AG werden nicht vor dem Jahr 2018 erwartet, weil mit Nachträgen aus ausstehenden Veranlagungen gerechnet wird. Der Budgetbetrag wird gegenüber dem Vorjahr um Fr. 200'000.00 reduziert.

Erläuterungen zur Investitionsrechnung

Für die meisten Vorhaben bestehen Verpflichtungskredite, die von der Gemeindeversammlung bewilligt wurden. Die folgenden Bemerkungen beschränken sich daher auf die übrigen Projekte (Budgetkredite).

Allgemeine Verwaltung

- Nach den Bauarbeiten am neuen Schulhaus bietet das Gebäude von Bauamt / TBS keinen schönen Anblick. Daher ist eine sanfte Pinselrenovation der Aussenhülle sowie gleichzeitig ein Umbau des Sandsilos für Salz beabsichtigt.

Bildung

- Für die Planung eines Kindergartenneubaus mit vier Schulräumen am Schützenweg wird ein Budgetkredit vorgesehen.

Verkehr

- Bei den Kantonsstrassen entstehen Dekretsbeiträge an die Lärmsanierungsmassnahmen.
- An die Erschliessung des Baugebietes Bahnhof Nord inkl. Bahnhofplatz muss der restliche Beitrag geleistet werden.
- Die Investitionen für die Strassenbeleuchtung werden vorwiegend durch andere Projekte (Erschliessung Bauareale, Strassensanierungen) sowie die schrittweise Umrüstung auf LED-Technik ausgelöst.

Volkswirtschaft

- Vereinbarungsgemäss werden Fr. 1'000'000.00 vom Darlehen an die Technischen Betriebe zur Rückzahlung fällig.

Abwasserbeseitigung [Gemeindebetrieb]

- Mit Verfügung des Regierungsrates wurde die Gemeinde zur Realisierung der beiden Mischwasserbehandlungsanlagen beim Badiparkplatz (Nr. 965) und bei der Pfister AG (Nr. 746) verpflichtet.

ERGEBNIS EINWOHNERGEMEINDE OHNE SPEZIALFINANZIERUNGEN

DREISTUFIGER ERFOLGSAUSWEIS

Erfolgsrechnung

Betrieblicher Aufwand ohne Abschreibungen			
+ Abschreibungen			
./. Betrieblicher Ertrag			
= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit			
+ Ergebnis aus Finanzierung			
= Operatives Ergebnis			
+ Ausserordentliches Ergebnis			
= Gesamtergebnis Erfolgsrechnung			
(+ = Ertrags- / - = Aufwandüberschuss)			

FINANZIERUNGS AUSWEIS

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben			
./. Investitionseinnahmen			
Ergebnis Investitionsrechnung			
+ Selbstfinanzierung			
= Finanzierungsergebnis			
(+ = Überschuss / - = Fehlbetrag)			

Budget 2017

-35'656'300.00
-2'798'200.00
36'179'700.00
-2'274'800.00
951'900.00
-1'322'900.00
0.00
-1'322'900.00

Budget 2016

-35'303'900.00
-2'629'000.00
34'913'500.00
-3'019'400.00
918'200.00
-2'101'200.00
1'703'500.00
-397'700.00

Rechnung 2015

-34'742'425.72
-2'383'253.56
35'635'842.15
-1'489'837.13
829'231.72
-660'605.41
1'945'252.25
1'284'646.84

-12'432'000.00
1'003'000.00
-11'429'000.00
483'500.00
-10'945'500.00

-9'243'234.25
1'166'741.85
-8'076'492.40
1'984'627.51
-6'091'864.89

ERGEBNIS ZENTRUM BÄRENMATTE

DREISTUFIGER ERFOLGSAUSWEIS

Erfolgsrechnung

Betrieblicher Aufwand ohne Abschreibungen

+ Abschreibungen

./. Betrieblicher Ertrag

= **Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit**

+ **Ergebnis aus Finanzierung**

= **Operatives Ergebnis**

+ **Ausserordentliches Ergebnis**

= **Gesamtergebnis Erfolgsrechnung**

(+ = Ertrags- / - = Aufwandüberschuss)

FINANZIERUNGS AUSWEIS

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben

./. Investitionseinnahmen

= **Ergebnis Investitionsrechnung**

+ Selbstfinanzierung

= **Finanzierungsergebnis**

(+ = Überschuss / - = Fehlbetrag)

	Budget 2017	Budget 2016	Rechnung 2015
	-518'000.00	-514'400.00	-628'971.85
	-350'700.00	-350'700.00	-350'707.50
	582'500.00	594'000.00	649'830.09
	-286'200.00	-271'100.00	-329'849.26
	38'500.00	38'900.00	34'560.85
	-247'700.00	-232'200.00	-295'288.41
	0.00	350'700.00	350'707.50
	-247'700.00	118'500.00	55'419.09
	-690'000.00	0.00	0.00
	0.00	0.00	0.00
	-690'000.00	0.00	0.00
	103'000.00	118'500.00	55'419.09
	-587'000.00	118'500.00	55'419.09

ERGEBNIS ABWASSERBESEITIGUNG

DREISTUFIGER ERFOLGSAUSWEIS

Erfolgsrechnung

Betrieblicher Aufwand ohne Abschreibungen			
+ Abschreibungen			
./. Betrieblicher Ertrag			
= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit			
+ Ergebnis aus Finanzierung			
= Operatives Ergebnis			
+ Ausserordentliches Ergebnis			
= Gesamtergebnis Erfolgsrechnung			
(+ = Ertrags- / - = Aufwandüberschuss)			

FINANZIERUNGS AUSWEIS

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben			
./. Investitionseinnahmen			
Ergebnis Investitionsrechnung			
+ Selbstfinanzierung			
= Finanzierungsergebnis			
(+ = Überschuss / - = Fehlbetrag)			

	Budget 2017	Budget 2016	Rechnung 2015
Budget 2017			
	-1'520'200.00	-1'436'900.00	-1'337'161.65
	-72'500.00	-82'600.00	-65'217.85
	1'552'500.00	1'380'000.00	1'331'874.50
	-40'200.00	-139'500.00	-70'505.00
	7'300.00	19'700.00	14'207.00
	-32'900.00	-119'800.00	-56'298.00
	0.00	88'200.00	78'708.20
	-32'900.00	-31'600.00	22'410.20
	-3'810'000.00	-2'980'000.00	-804'855.55
	250'000.00	350'000.00	287'203.85
	-3'560'000.00	-2'630'000.00	-517'651.70
	171'400.00	170'100.00	213'249.20
	-3'388'600.00	-2'459'900.00	-304'402.50

ERGEBNIS ABFALLWIRTSCHAFT

DREISTUFIGER ERFOLGSAUSWEIS

Erfolgsrechnung

Betrieblicher Aufwand ohne Abschreibungen			
+ Abschreibungen			
./. Betrieblicher Ertrag			
= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit			
+ Ergebnis aus Finanzierung			
= Operatives Ergebnis			
+ Ausserordentliches Ergebnis			
= Gesamtergebnis Erfolgsrechnung			
(+ = Ertrags- / - = Aufwandüberschuss)			

FINANZIERUNGS AUSWEIS

Investitionsrechnung

Investitionsausgaben			
./. Investitionseinnahmen			
Ergebnis Investitionsrechnung			
+ Selbstfinanzierung			
= Finanzierungsergebnis			
(+ = Überschuss / - = Fehlbetrag)			

Budget 2017

-747'400.00
-13'700.00
766'000.00
4'900.00
0.00
4'900.00
0.00
4'900.00

Budget 2016

-757'400.00
-8'200.00
763'000.00
-2'600.00
100.00
-2'500.00
4'400.00
1'900.00

Rechnung 2015

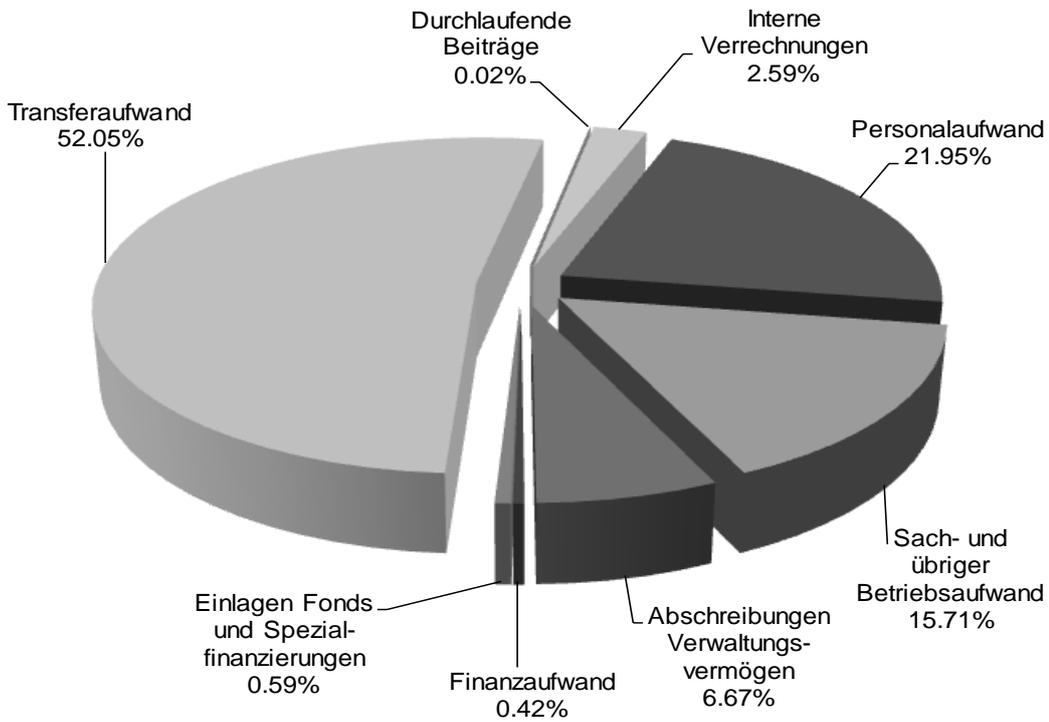
-804'368.75
-8'226.00
762'373.15
-50'221.60
213.30
-50'008.30
4'376.60
-45'631.70

-118'320.70
0.00
-118'320.70
-41'782.30
-160'103.00

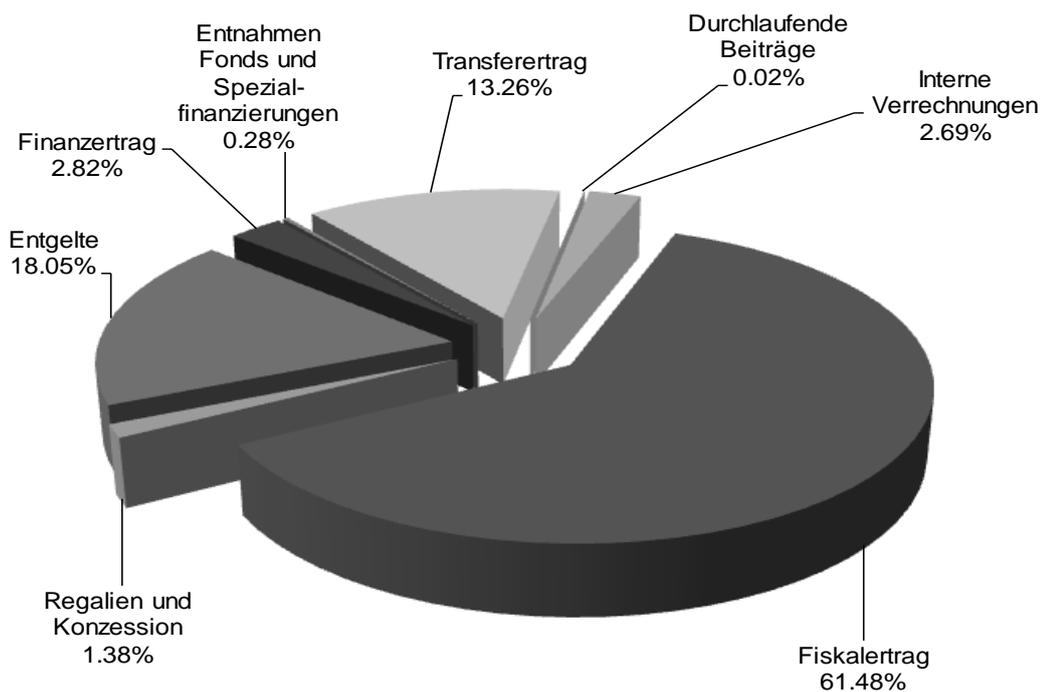
ERFOLGSRECHNUNG ZUSAMMENZUG	Budget 2017		Budget 2016		Rechnung 2015	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
TOTAL ERFOLGSRECHNUNG	43'038'100.00	43'038'100.00	42'563'500.00	42'563'500.00	42'875'028.92	42'875'028.92
ALLGEMEINE VERWALTUNG Nettoaufwand	5'005'100.00	1'125'700.00	4'993'300.00	1'035'000.00	4'994'661.97	1'125'203.25
		3'879'400.00		3'958'300.00		3'869'458.72
ÖFFENTL. ORDNUNG UND SICHERHEIT Nettoaufwand	1'997'700.00	1'311'500.00	2'054'900.00	1'356'700.00	2'247'637.10	1'173'027.34
		686'200.00		698'200.00		1'074'609.76
BILDUNG Nettoaufwand	12'979'000.00	1'661'600.00	12'929'500.00	1'600'800.00	12'381'891.76	1'539'344.65
		11'317'400.00		11'328'700.00		10'842'547.11
KULTUR, SPORT UND FREIZEIT Nettoaufwand	2'889'800.00	1'471'000.00	2'885'500.00	1'575'700.00	2'852'156.64	1'639'363.84
		1'418'800.00		1'309'800.00		1'212'792.80
GESUNDHEIT Nettoaufwand	1'564'100.00		1'492'900.00		1'474'698.90	
		1'564'100.00		1'492'900.00		1'474'698.90
SOZIALE SICHERHEIT Nettoaufwand	11'723'800.00	5'342'800.00	11'345'400.00	4'848'200.00	11'114'066.16	4'983'131.57
		6'381'000.00		6'497'200.00		6'130'934.59
VERKEHR Nettoaufwand	2'722'600.00	188'000.00	2'771'900.00	192'000.00	2'575'813.25	203'980.39
		2'534'600.00		2'579'900.00		2'371'832.86
UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG Nettoaufwand	2'966'000.00	2'482'300.00	2'837'200.00	2'379'000.00	2'774'968.85	2'335'695.65
		483'700.00		458'200.00		439'273.20
VOLKSWIRTSCHAFT Nettoertrag	40'700.00	521'000.00	43'400.00	521'500.00	52'138.35	521'116.10
	480'300.00		478'100.00		468'977.75	
FINANZEN UND STEUERN Nettoertrag	1'149'300.00	28'934'200.00	1'209'500.00	29'054'600.00	2'406'995.94	29'354'166.13
	27'784'900.00		27'845'100.00		26'947'170.19	

Artengliederung

Aufwand



Ertrag



INVESTITIONSRECHNUNG KREDITKONTROLLE	Kredit	bis 2016		Budget 2017		ab 2018	
		Ausgaben	Ausgaben	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Ausgaben
<u>EINWOHNERGEMEINDE [allg. Haushalt]</u>							
ALLGEMEINE VERWALTUNG		291'000.00		646'000.00	0.00	1'270'000.00	
Zukunftstraum Aarau; Phase I	95'000.00	0.00		60'000.00		35'000.00	
Bauliche Investitionen (Budgetkredit)				125'000.00			
Langzeitarchiv Gemeinde	452'000.00	291'000.00		161'000.00		0.00	
Umbau und Sanierung Gemeindeverwaltung	1'535'000.00	0.00		300'000.00		1'235'000.00	
BILDUNG		11'950'000.00		10'165'000.00	0.00	1'900'000.00	
Umgebungsgestaltung; Projektkredit	65'000.00	65'000.00				0.00	
Umgebungsgestaltung; Ausführungskredit	2'600'000.00	130'000.00		1'070'000.00		1'400'000.00	
Neubau Primarschulhaus	21'200'000.00	11'755'000.00		8'945'000.00		500'000.00	
Bauliche Investitionen (Budgetkredit)				150'000.00			
VERKEHR		6'377'000.00		1'650'000.00	524'000.00	2'418'000.00	
Investitionsbeiträge an den Kanton				500'000.00			
Bauliche Investitionen Gemeindestrassen (Budgetkredit)				150'000.00			
Bauliche Investitionen Strassenbeleuchtung (Budgetkredit)				200'000.00			
Verlängerung Hintere Bahnhofstrasse	1'120'000.00	302'000.00				818'000.00	
Erschliessungsstrasse Alti Sagi	521'000.00	521'000.00				0.00	
Strassenausbau Kyburgweg Ost	374'000.00	208'000.00		166'000.00		0.00	
Strassenkataster - Sanierung 2. Tranche	2'000'000.00	2'000'000.00				0.00	
Sanierung und Erneuerung Gemeindestrassen	2'000'000.00	0.00		400'000.00		1'600'000.00	
Rahmenkredit Realisierung Bushaltestellen	680'000.00	300'000.00				0.00	
Erschliessungsbeiträge					262'000.00		
Tiefgarage Schulzentrum Dorf	1'490'000.00	1'373'000.00		117'000.00		0.00	

INVESTITIONSRECHNUNG KREDITKONTROLLE	Kredit	bis 2016		Budget 2017		ab 2018	
		Ausgaben		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	
UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG		160'000.00		30'000.00	3'000.00	7'000.00	
Teilrevision Bauordnung / Zonenplan	100'000.00	100'000.00				0.00	
Teilrevision Bauordnung / Zonenplan	97'000.00	60'000.00		30'000.00		7'000.00	
Beiträge vom Kanton					3'000.00		
VOLKSWIRTSCHAFT		0.00		0.00	1'000'000.00	0.00	
Rückzahlung von Darlehen an öffentliche Unternehmungen					1'000'000.00		
TOTAL		17'105'000.00		12'374'000.00	1'265'000.00	5'595'000.00	
Nettoinvestitionsausgaben Einwohnergemeinde allg. Haushalt					11'109'000.00		

INVESTITIONSRECHNUNG KREDITKONTROLLE	Kredit	bis 2016		Budget 2017		ab 2018 Ausgaben
		Ausgaben	Ausgaben	Ausgaben	Einnahmen	
<u>SPEZIALFINANZIERUNGEN</u>						
KULTUR, SPORT UND FREIZEIT						
Sanierung und Erneuerung Zentrum Bärenmatte	3'000'000.00	0.00	690'000.00	2'310'000.00		2'310'000.00
TOTAL	0.00	0.00	690'000.00	2'310'000.00	0.00	2'310'000.00
Nettoinvestitionsausgaben Kultur, Sport und Freizeit						
ABWASSERBESEITIGUNG [Gemeindebetrieb]						
Kanalisationsanierungen, Rahmenkredit	2'100'000.00	250'000.00	1'000'000.00	0.00		0.00
Mischwasserbehandlungsanlage Becken Nr. 965	1'200'000.00	200'000.00	1'000'000.00	0.00		0.00
Mischwasserbehandlungsanlage Becken Nr. 746	2'000'000.00	700'000.00	1'300'000.00	0.00		0.00
Mischwasserbehandlungsanlage Becken Nr. 7	2'270'000.00	50'000.00	800'000.00	1'420'000.00		1'420'000.00
Sanierung und Erneuerung Kanalisations Anschlussgebühren	2'000'000.00	2'000'000.00	710'000.00	1'290'000.00		1'290'000.00
TOTAL	1'200'000.00	1'200'000.00	3'810'000.00	2'710'000.00	250'000.00	2'710'000.00
Nettoinvestitionsausgaben Abwasserbeseitigung						
ABFALLWIRTSCHAFT [Gemeindebetrieb]						
Dezentrale Sammelstellen	304'000.00	304'000.00	0.00	0.00		0.00
TOTAL	0.00	304'000.00	0.00	0.00	0.00	0.00
Nettoinvestitionsausgaben Abfallwirtschaft						

Antrag:

Es sei das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Suhr mit einem von 105 % auf 110 % erhöhten Gemeindesteuerfuss zu genehmigen.

Bericht der Finanzkommission

Dem Budget 2017 liegt mit Vorjahresvergleich und Vergleich zum Rechnungsjahr 2015 vor.

Erfolgsrechnung

Generell stellt die Finanzkommission fest, dass die Aufwände sehr restriktiv budgetiert wurden. Auffällig ist, dass insbesondere im Bereich von Unterhalt und Reparaturen deutlich tiefere Beträge veranschlagt wurden. Dies entspricht keiner nachhaltigen Einsparung, sondern lediglich einer Aufschiebung von möglichem Aufwand.

Nachfolgend ist aufgeführt, was die Finanzkommission zum Budget der einzelnen Verwaltungsbereiche festgestellt hat.

Funktion 0 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen.

Funktion 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Konto	Feststellung
1500.3111.00	Im 2017 sind nur wenige Anschaffungen vorgesehen; Anpassungen nach oben ab 2018 wahrscheinlich.

Funktion 2 Bildung

Keine Bemerkungen

Funktion 3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Bemerkungen.

Funktion 4 Gesundheit

Konto	Feststellung
4120.3631.00	Die Erhöhung von rund 9% gegenüber dem Vorjahresbudget ergibt sich daraus, dass gemäss Anzeige des Kantons höhere Beiträge an die Restkosten der Pflegefinanzierung zu tragen sind.

Funktion 5 Soziale Sicherheit

Konto	Feststellung
5440.3612.10	Der Kantonsbeitrag, der für drei Jahre befristet war, fällt nun weg. Dementsprechend nehmen auch die Gemeindebeiträge zu, allerdings ist sicherzustellen, dass die Kostenaufteilung sauber durchgeführt und an die beteiligten Gemeinden verrechnet wird.

Funktion 6 Verkehr

Keine Bemerkungen

Funktion 7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Bemerkungen.

Funktion 8 Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

Funktion 9 Finanzen und Steuern

Konto	Feststellung
9990.9001.00	Um das Budget auszugleichen, ist eine Entnahme aus dem Eigenkapital nötig. Die verbleibende Aufwertungsreserve wird per Ende 2016 ins Eigenkapital gebucht.

Steuerertrag

Auch wenn das kantonale Steueramt eine leichte Zunahme des Steuerertrages natürlicher Personen prognostiziert, kann nicht mit einer effektiven Zunahme gerechnet werden, denn die Nachträge aus definitiven Veranlagungen sind aufgrund von tariflichen Entlastungen und höheren Abzügen weiter rückläufig. Der budgetierte Steuerertrag nimmt nur wegen der vorgesehenen Steuerfusserhöhung auf 110% um Fr. 850'000.00 zu.

Beim Steuerertrag juristischer Personen rechnet die Gemeinde Suhr mit einem leichten Rückgang. Der Budgetbetrag wird deshalb um Fr. 200'000.00 reduziert.

Investitionsrechnung

Sämtliche Budgetposten enthalten die notwendigen Rechtsgrundlagen (Budgetkredit oder Verpflichtungskredit).

Konto	Feststellung
0291.5040.00	Für bauliche Investitionen am Gebäude von Bauamt und TBS (sanfte Pinselrenovation) sowie den Umbau des Sandsilos für Salz ist ein Budgetkredit von Fr. 125'000.00 vorgesehen. Die Pinselrenovation wird damit begründet, dass das Gebäude neben dem neu erbauten Schulhaus keinen schönen Anblick mehr bietet. Eine solche Begründung ist insofern stossend, dass seit Jahren proklamiert wird, aus finanziellen Gründen keinen Wunschbedarf mehr zu realisieren.

Ergebnis

Das Budget 2017 der Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierungen weist folgende Eckwerte auf:

Vergleich Ergebnis EWG ohne Spezialfinanzierungen				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-2'274'800	-3'019'400	744'600	-32.7%
Ergebnis aus Finanzierung	951'900	918'200	33'700	3.5%
Operatives Ergebnis	-1'322'900	-2'101'200	778'300	-58.8%
Ausserordentliches Ergebnis	0	1'703'500	-1'703'500	-
Gesamtergebnis	-1'322'900	-397'700	-925'200	69.9%

Tabelle 1: Budgetvergleich der Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierungen.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit weist einen negativen Bestand von rund Fr. 2'300'000.00 auf, dasjenige aus Finanzierungen einen positiven Bestand von rund Fr. 950'000.00. Da die Aufwertungsreserve per 2016 in das Eigenkapital verbucht wurde, verbleibt ein negatives Gesamtergebnis von rund Fr. 1'300'000.00. Dies entspricht einer Verschlechterung von rund 70 % gegenüber dem Vorjahresbudget und führt dazu, dass die Verschuldung weiter zunimmt.

Die Investitionsrechnung wird wie folgt veranschlagt:

Vergleich Investitionen EWG ohne Spezialfinanzierungen				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Investitionsausgaben	12'374'000	12'432'000	-58'000	-0.5%
Investitionseinnahmen	-1'265'000	-1'003'000	-262'000	20.7%
Nettoinvestitionen	11'109'000	11'429'000	-320'000	-2.9%
Selbstfinanzierung	-1'480'300	-483'500	-996'800	67.3%
Finanzierungsergebnis	9'628'700	10'945'500	-1'316'800	-13.7%

Tabelle 2: Investitionsrechnung Einwohnergemeinde ohne Spezialfinanzierungen.

Die Nettoinvestitionen betragen rund Fr. 11'000'000.00. Diese können nur zu einem geringen Anteil von rund Fr. 1'500'000.00 (rund 13.3%) aus eigenen Mitteln finanziert werden, was zu einem Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 9'600'000.00 führt.

Die im Budget ausgewiesenen Kennzahlen (ohne Spezialfinanzierungen) zeigen folgendes Bild:

Kennzahl	BU 17 SF 110	BU 16 SF 105	RE 15 SF 105	Bemerkungen
Nettoschuld I pro Einwohner	1'537 Fr.	1'230 Fr.	-1'563 Fr.	Gradmesser für die Verschuldung. Regel: 2'500 Fr. pro EW ist noch tragbar, sofern der Selbstfinanzierungsanteil im Rahmen bleibt. Die Nettoschuld pro EW nimmt trotz Steuerfusserhöhung weiter zu. Die Grenze von 2'500 Fr. pro EW ist zwar noch nicht erreicht, aber der Selbstfinanzierungsanteil liegt deutlich unter dem Grenzwert.
Nettoverschuldungsquotient Nettoschuld in % des Fiskalertrages + Finanzausgleichs	60.08%	48.1%	-59.51%	Welcher Anteil der angegebenen Erträge müsste verwendet werden, um die Nettoschuld abzutragen. Regel: nicht > 150% Eine Kennzahl von < 100% weist auf eine kurze Bindungsdauer hin.
Zinsbelastungsanteil Nettozinsen in % des laufenden Ertrages	-0.01%	0.1%	-0.14%	Welcher Anteil des laufenden Ertrages muss zur Zahlung der Zinsen verwendet werden. Regel: nicht > 9%, bis 4% ist in Ordnung. Je tiefer, desto besser. Zinsaufwand und -ertrag werden in etwa in gleicher Höhe erwartet.

Kennzahl	BU 17 SF 110	BU 16 SF 105	RE 15 SF 105	Bemerkungen
Selbstfinanzierungsanteil Selbstfinanzierung in % des laufenden Ertrages	3.97% 	1.4% 	5.29% 	Zeigt die finanzielle Leistungsfähigkeit. Welcher Anteil des laufenden Ertrags kann dazu verwendet werden, um Investitionen zu bezahlen oder Schulden abzutragen. Regel: nicht < 10%, > 20% ist ein guter Wert. Trotz geplanter Steuerfusserhöhung fällt diese Kennzahl tiefer aus als im Rechnungsjahr 2015 und liegt weit unter dem vorgegebenen Mindestwert von 10%. Mit lediglich rund 4% des laufenden Ertrages können Investitionen finanziert oder Schulden abgetragen werden. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist also massiv eingeschränkt.
Selbstfinanzierungsgrad Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen	13.33% 	4.7% 	25.38% 	Welcher Anteil der Investitionen kann aus eigenen Mitteln bezahlt werden. Regel: nicht < 50%, je höher desto besser. Langfristig sollten 100% angestrebt werden. Trotz Steuerfusserhöhung können lediglich rund 13% der geplanten Investitionen können aus eigenen Mitteln finanziert werden. Damit ist der Mindestwert von 50% noch deutlicher unterschritten als im Rechnungsjahr 2015. Die nötige Fremdfinanzierung der geplanten Investitionen führt zu einer weiteren Verschuldung der Gemeinde.
Kapitaldienstanteil Zinsen + Abschreibungen in % des laufenden Ertrages	7.49%	7.1%	6.57%	Welcher Anteil des laufenden Ertrages muss für die Deckung von Zinsen und Abschreibungen verwendet werden. Regel: nicht > 15%, bis 5% ist gut, je tiefer desto besser. Durch die hohen Investitionen, welche entsprechende Abschreibungen zur Folge haben, verschlechtert sich diese Kennzahl weiter und liegt nun deutlich über einem guten Wert von 5%.

Tabelle 3: Vorläufige Schätzung Kennzahlen Budget 2017 Einwohnergemeinde Suhr.

Wie bereits in den vergangenen Jahren festgestellt, bewegen sich der Selbstfinanzierungsanteil und der Selbstfinanzierungsgrad auf besorgniserregendem Niveau. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist stark eingeschränkt und Investitionen können nur zu einem sehr geringen Teil selbst finanziert werden. Die Verschuldung nimmt weiter zu. Die realisierten und geplanten Investitionen ziehen einen höheren Abschreibungsaufwand nach sich. Das erhöht den Kapitaldienstanteil merklich.

Auch wenn sich die Verschuldung noch unterhalb des Grenzwertes zur Überschuldung bewegt, müssen in Anbetracht des extrem tiefen Selbstfinanzierungsanteils dringend Massnahmen beschlossen und umgesetzt werden, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erhalten und die Selbstfinanzierung zu erhöhen. Dies kann durch höhere Steuereinnahmen, weitere Einnahmen, den Abbau von Leistungen oder der Verzicht auf Investitionen erreicht werden.

In diesem Sinne trägt die geplante Steuerfusserhöhung zur Gesundung der angespannten finanziellen Lage bei. Allerdings reicht dies allein noch nicht aus, um langfristig wieder einen Selbstfinanzierungsgrad von 100% zu erreichen. Dazu ist die Gemeinde Suhr auf einen Mehrertrag aus der Neuregelung des Finanzausgleichs angewiesen. Wie hoch dieser ausfällt, wird voraussichtlich 2018 bekannt.

Spezialfinanzierungen

Nr. 3291 Zentrum Bärenmatte

Für das Zentrum Bärenmatte ergeben sich folgende Vergleiche von Ergebnis und Investitionen:

Vergleich Ergebnis Zentrum Bärenmatte				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-286'200	-271'100	-15'100	5.3%
Ergebnis aus Finanzierung	38'500	38'900	-400	-1.0%
Operatives Ergebnis	-247'700	-232'200	-15'500	6.3%
Ausserordentliches Ergebnis	0	350'700	-350'700	-
Gesamtergebnis	-247'700	118'500	-366'200	147.8%
Vergleich Investitionen Zentrum Bärenmatte				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Investitionsausgaben	690'000	0	690'000	100.0%
Investitionseinnahmen	0	0	0	-
Nettoinvestitionen	690'000	0	690'000	100.0%
Selbstfinanzierung	-103'000	-118'500	15'500	-15.0%
Finanzierungsergebnis	587'000	-118'500	705'500	120.2%

Tabelle 4: Budgetvergleich Spezialfinanzierung Nr. 3291 Zentrum Bärenmatte.

Das Zentrum Bärenmatte rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rd. Fr. 250'000.00. Die geplanten Investitionen im Mehrjahresprogramm des Verpflichtungskredites können nur zu einem geringen Teil selber finanziert werden, weshalb ein Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 590'000.00 verbleibt. Die finanzielle Entwicklung dieser Spezialfinanzierung ist mittels einer Aufgaben- und Finanzplanung zu überwachen.

Nr. 7201 Abwasserbeseitigung

Für die Abwasserbeseitigung ergeben sich folgende Vergleiche von Ergebnis und Investitionen:

Vergleich Ergebnis Abwasserbeseitigung				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-40'200	-139'500	99'300	-247.0%
Ergebnis aus Finanzierung	7'300	19'700	-12'400	-169.9%
Operatives Ergebnis	-32'900	-119'800	86'900	-264.1%
Ausserordentliches Ergebnis	0	88'200	-88'200	-
Gesamtergebnis	-32'900	-31'600	-1'300	4.0%
Vergleich Investitionen Abwasserbeseitigung				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Investitionsausgaben	3'810'000	2'980'000	830'000	21.8%
Investitionseinnahmen	-250'000	-350'000	100'000	-40.0%
Nettoinvestitionen	3'560'000	2'630'000	930'000	26.1%
Selbstfinanzierung	-171'400	-170'100	-1'300	0.8%
Finanzierungsergebnis	3'388'600	2'459'900	928'700	27.4%

Tabelle 5: Budgetvergleich Spezialfinanzierung Nr. 7201 Abwasserbeseitigung.

Für die Abwasserbeseitigung ist ein Aufwandüberschuss von rund Fr. 33'000.00 budgetiert, was in etwa dem Vorjahresergebnis entspricht. Die hohen Nettoinvestitionen von rund Fr. 3'500'000.00 stehen im Zusammenhang mit den vom Regierungsrat verfügbaren bzw. durch die Gemeindeversammlung beschlossenen Bauten von Mischwasserbehandlungsanlagen. Die hohen Investitionen können durch das bestehende Vermögen getragen werden. Die Gebühren müssen dennoch ein weiteres Mal erhöht werden, um zusätzliche Kosten des Abwasserverbandes zu decken und höhere Rückstellungen verbuchen zu können.

Nr. 7301 Abfallwirtschaft

Für die Abfallwirtschaft ergeben sich folgende Vergleiche von Ergebnis und Investitionen:

Vergleich Ergebnis Abfallwirtschaft				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	4'900	-2'600	7'500	153.1%
Ergebnis aus Finanzierung	0	100	-100	-
Operatives Ergebnis	4'900	-2'500	7'400	151.0%
Ausserordentliches Ergebnis	0	4'400	-4'400	-
Gesamtergebnis	4'900	1'900	3'000	61.2%
Vergleich Investitionen Abfallwirtschaft				
Position	BU 2017 [Fr.]	BU 2016 [Fr.]	Differenz [Fr.]	Differenz [%]
Investitionsausgaben	0	0	0	-
Investitionseinnahmen	0	0	0	-
Nettoinvestitionen	0	0	0	-
Selbstfinanzierung	-18'600	-5'700	-12'900	69.4%
Finanzierungsergebnis	-18'600	-5'700	-12'900	69.4%

Tabelle 6: Budgetvergleich Spezialfinanzierung Nr. 7301 Abfallwirtschaft.

Das Budget der Abfallwirtschaft schliesst mit einem leicht positiven Gesamtergebnis von rund Fr. 5'000.00. Die Gebühren bleiben unverändert, Investitionen sind keine vorgesehen.

Kreditkontrolle

Keine Verpflichtungskredite wurden überzogen. Die Kreditkontrolle wurde vorschriftsgemäss erstellt.

Kreditabrechnungen

Es lagen keine Kreditabrechnungen zur Beurteilung vor.

Finanzstrategie

Die Finanzstrategie 2014 vom 3. November 2014 hat immer noch Gültigkeit. Nach dem finanzpolitischen Grundsatz Nr. 8 sind die Finanzen so zu planen, dass der Finanzhaushalt langfristig im Gleichgewicht ist. Der Gemeinderat hat diesen Leitsatz mit einer langfristig nötigen Selbstfinanzierung von Fr. 4'000'000.00 konkretisiert. Die veranschlagte Steuerverhöhung auf 110 % trägt dazu bei, diesem Ziel näher zu kommen. Erreicht werden kann dieses Ziel allerdings erst, wenn der innerkantonale Finanz- und Lastenaus-

gleich umgesetzt wird und die Einwohnergemeinde Suhr mit höheren Beiträgen rechnen kann. Das wird voraussichtlich ab 2018 der Fall sein.

Aufgaben- und Finanzplan

Zur Budgetprüfung lag der Finanzplan 2017 - 2026, Version 6 vom 20. Oktober 2016 vor. Darin sind die Projekte in Arbeit, die beschlossenen Projekte und die geplanten Projekte aufgeführt. Das Projekt «Zukunftsraum Aarau» ist gesamthaft mit Fr. 205'000.00 eingestellt, was dem Nettoaufwand entspricht. Die Finanzkommission schlägt vor, die Aufwände für dieses Projekt nach dem Bruttoprinzip aufzuführen und den erwarteten Kantonsbeitrag für die Phase II als Kostenreduktion aufzuführen.

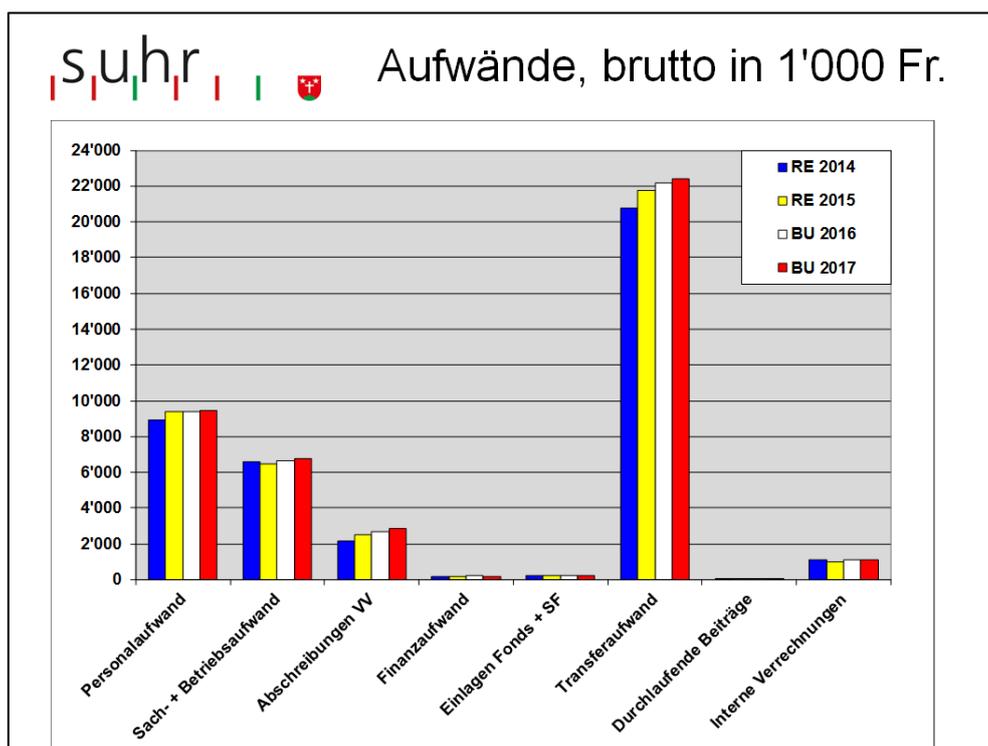
Antrag der Finanzkommission

Die Mehrheit der Finanzkommission empfiehlt der Einwohnergemeindeversammlung, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Suhr mit einem Gemeindesteuerfuss von 110% zu genehmigen.

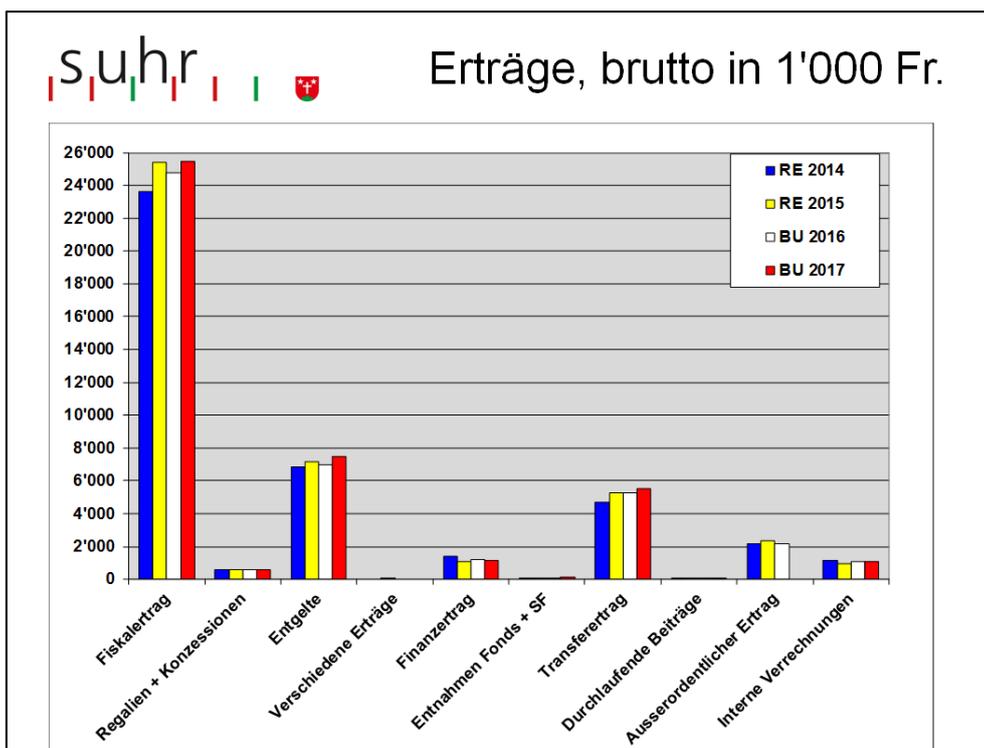
Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Wir kommen zum Traktandum Budget 2017 mit der Steuerfusserhöhung von 105 % auf 110 %.

		Ergebnis allg. Haushalt		
DREISTUFIGER ERFOLGSAUSWEIS		BU 2017	BU 2016	RE 2015
Erfolgsrechnung				
Betrieblicher Nettoaufwand (ohne Abschreibungen)		523	-390	893
+ Abschreibungen		-2'798	-2'629	-2'383
= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		-2'275	-3'019	-1'490
+ Ergebnis aus Finanzierung		952	918	829
= Operatives Ergebnis		-1'323	-2'101	-660
+ Ausserordentliches Ergebnis		0	1'703	1'945
= Gesamtergebnis Erfolgsrechnung (+ = Ertrags- / - = Aufwandüberschuss)		-1'323	-398	1'285
FINANZIERUNGS AUSWEIS				
Investitionsrechnung				
Ergebnis Investitionsrechnung		-11'109	-11'429	-8'076
+ Selbstfinanzierung		1'480	484	1'984
= Finanzierungsergebnis (+ = Überschuss / - = Fehlbetrag)		-9'629	-10'945	-6'092

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Zuerst wie immer ein paar Eckzahlen. Ich zeige den dreistufigen Erfolgsausweis. Dieser umfasst zum Vergleich das Rechnungsergebnis 2015, das Budget 2016 und das Budget 2017. Eine wichtige Kennzahl ist das operative Ergebnis. Dieses weist grosse Schwankungen auf. Der Unterschied vom Budget 2017 zum Budget 2016 ist vor allem die Steuererhöhung um 5 %. Sie macht rund Fr. 850'000.00 aus. Das erklärt den grössten Teil der Verbesserung. Der Hauptanteil der Ergebnisse aus Finanzierung entsteht durch die Erträge von den Technischen Betrieben (Konzessionsgebühren, Dividende und Zinsen auf dem gewährten Darlehen). Die Abschreibungen nehmen zu. Das erfolgt in Abhängigkeit zu den Investitionen, die wir getätigt haben. Diese steigen an. Die Verbesserung beim Nettoaufwand ist eine Folge der Steuerfusserhöhung um 5 %. Auffallend ist die Rechnung 2015. Da hatten wir einen Nettoertrag. Dieser war hauptsächlich eine Folge von ausserordentlichen Aktiensteuererträgen (ca. Fr. 1'500'000.00 höher als im Durchschnitt), das habe ich an der Sommergemeindeversammlung 2016 bereits erläutert. In diesem Jahr werden wir ca. Fr. 1'400'000.00 bis Fr. 1'500'000.00 weniger Ertrag bei den Aktiensteuererträgen erreichen. Bei den Investitionen fallen die zwei Jahre mit sehr hohem Investitionsbedarf auf (2016 und 2017). Beim Budget 2017 gibt es nun die Korrektur durch die Umgebungsgestaltung Schulzentrum Dorf (Rückzug Traktandum 4), welche Ausgaben auf zwei Jahre verteilt waren. Das macht für das Jahr 2017 eine Million Franken aus. Wir rechnen somit mit Investitionen von rund Fr. 10'000'000.00. Auch hier ist die Verbesserung der Steuerfusserhöhung und weiteren Optimierungen zu verdanken. Es bleiben rund Fr. 8'600'000.00 zu finanzieren (Wegfall Umgebung Schulzentrum Dorf mit Fr. 1'000'000.00).



Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Sie sehen bei den Aufwänden die Entwicklung von je zwei Rechnungen (2014/2015) und zwei Budgets (2016/2017). Es handelt sich immer um Zahlen nach HRM2, die durch die Vereinheitlichung bei allen Gemeinden im Kanton vergleichbar werden. Hier will ich nur auf zwei Punkte eingehen. Beim Transferaufwand handelt es sich um Kosten, bei denen wir als Gemeinde keinen Einfluss haben. Ich denke z.B. an die Spitalfinanzierung etc. Der Aufwand nimmt leider wieder leicht zu. Die Steigerung ist stetig, wir können das nicht beeinflussen. Der Personalaufwand ist seit drei Jahren auf der gleichen Höhe. Wir haben im Hinblick auf die Budgetierung für das Jahr 2017, auch wegen der Steuerfusserhöhung, mit dem Personalverband eine Nullrunde für das Jahr 2017 abgemacht. Das Personal bringt einen Beitrag, um das Budget zu entlasten.

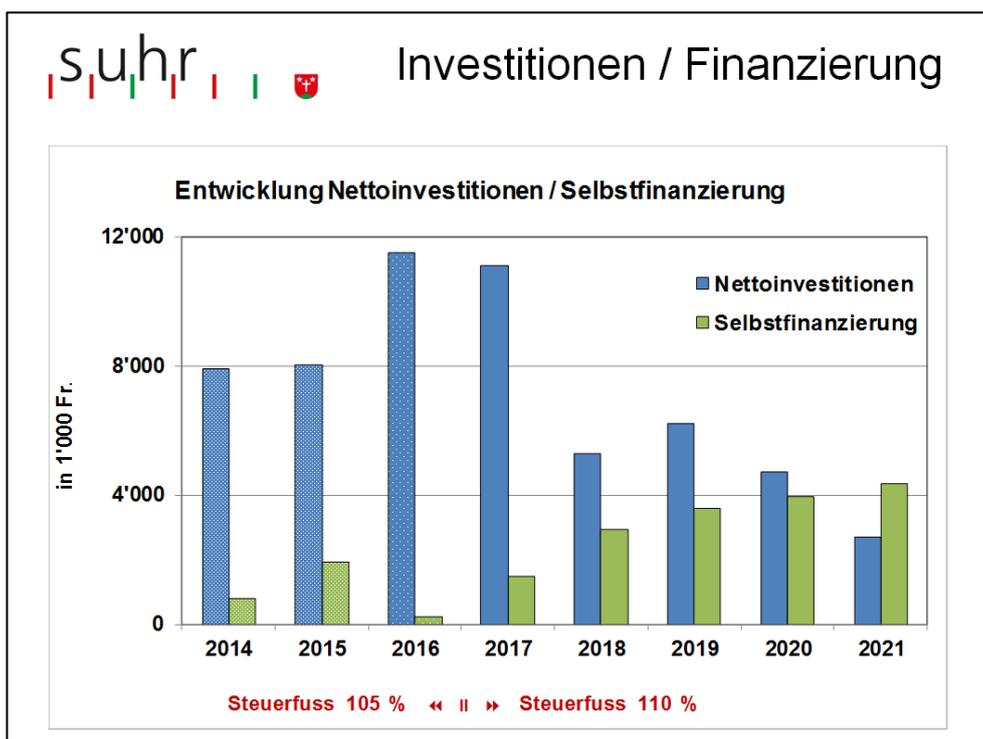


Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Bei den Erträgen schenkt der Fiskalertrag am meisten ein. Dabei handelt es sich um die Steuern der natürlichen Personen und die Aktiensteuern. Details dazu werde ich bei der Rechnungablage aufzeigen. Ebenfalls möchte ich auf den Transferertrag hinweisen. Suhr hat in den letzten Jahren z.B. im Bereich der Schulbauten stark und etwas zusätzlich investiert. Suhr hat mit Gränichen und Hunzenschwil Verträge abgeschlossen für den Betrieb der Bezirksschule. Diese hat die Gemeindeversammlung genehmigt. Daraus fliessen nun die Transfererträge in der Form von Schulgeldern. Die Mehrinvestitionen waren einmalig. Der Schulgeldertrag wird jährlich wiederkehrend sein. Dadurch werden die Investitionen über die Erträge in der laufenden Rechnung mitgetragen.

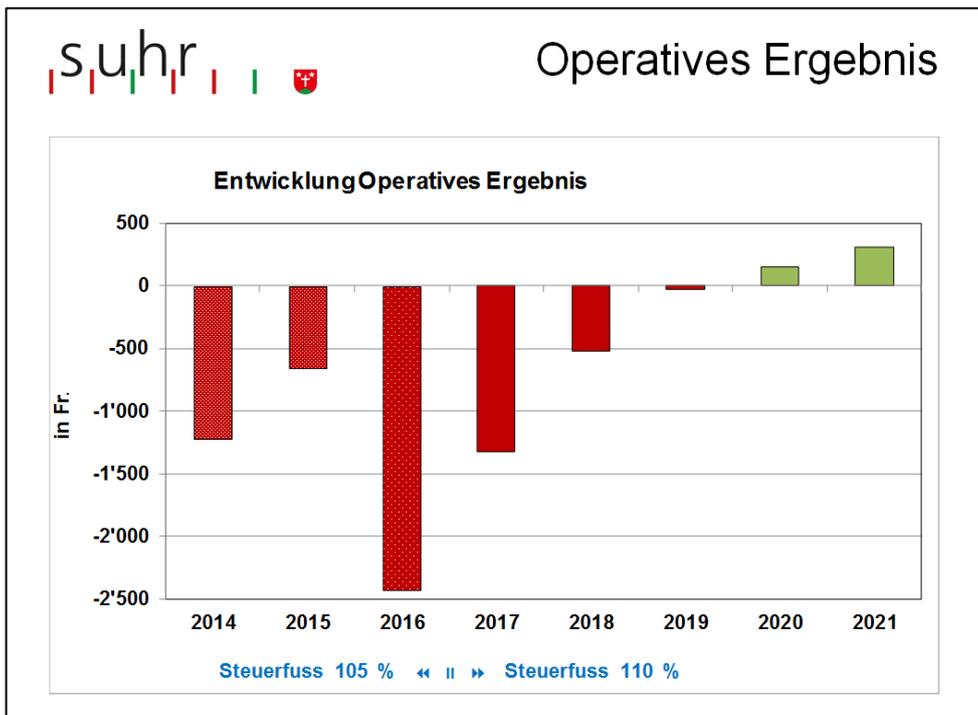
suhr  Investitionen

Projekte Einwohnergemeinde allg. Haushalt	11'109
Neubau Primarschulhaus Dorf	8'945
Umgebungsgestaltung Schulzentrum Dorf	1'070
Investitionsbeiträge Kantonsstrassen	500
Strassenkataster - Sanierung 2. Tranche	400
Umbau und Sanierung Gemeindeverwaltung	300
Diverse weitere Projekte, gesamthaft	894
Rückzahlung Darlehen TBS AG	-1'000

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Hier noch eine Übersicht zu den Investitionen. Der grösste Anteil beansprucht das Schulhaus VINCI. Die Umgebungsgestaltung Schulzentrum Dorf fällt durch den Rückzug von Traktandum 4 weg. Zur Finanzierung trägt die Rückzahlung des Darlehens von Fr. 1'000'000.00 durch die TBS AG bei, worüber wir einen Vertrag geschlossen haben. Das hilft uns auch bei der Beschaffung der Liquidität. Nun folgen zwei Grafiken, die im Suhr Plus bereits vorgestellt worden sind und eine Entwicklung aufzeigen für die nächsten vier bis fünf Jahre.

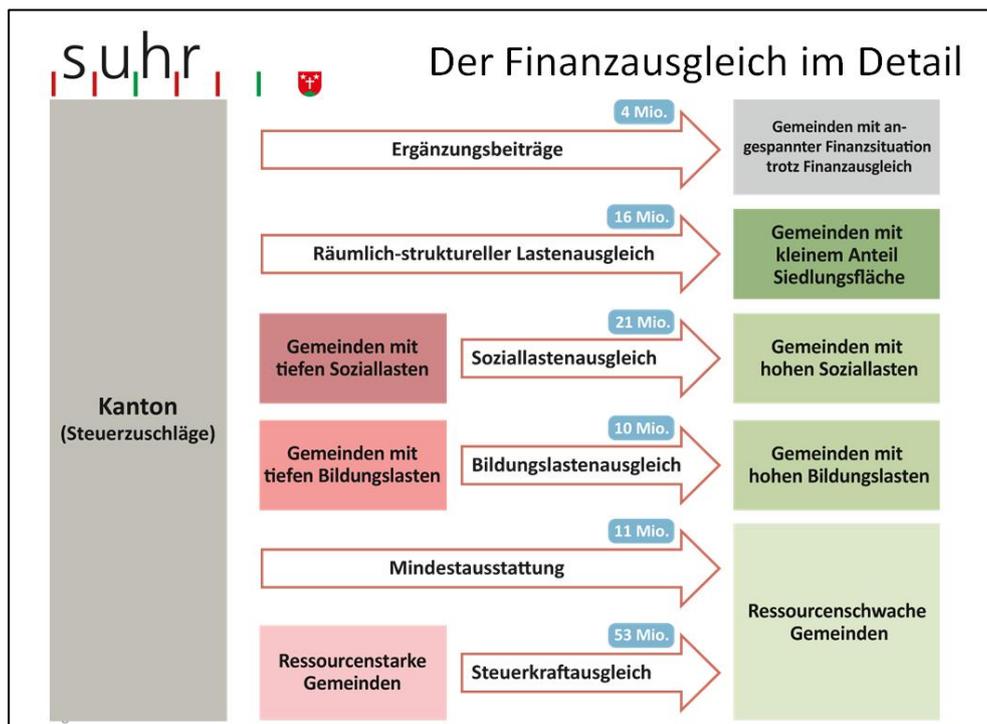


Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Blau sind die Investitionen dargestellt. Dem Bild ist zu entnehmen, dass wir bis zum Jahr 2017 sehr hohe Investitionen tätigen. Danach werden die Investitionen abnehmen und sich auf Fr. 3'000'000.00 - Fr. 4'000'000.00 einpendeln. Dabei handelt es sich um das Potenzial, das Suhr für Investitionen aufbringen kann, um langfristig die Investitionen aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Grün dargestellt ist die Selbstfinanzierung. Das ist der Teil, den wir jährlich aus der laufenden Rechnung erwirtschaften können, um die Investitionen zu finanzieren. Auf lange Sicht (zwanzig Jahre und länger) müssen die Summen dieser beiden Balken ausgeglichen sein. Darum ist wichtig, Sie sehen das beim Jahr 2021, dass die Selbstfinanzierung nach Jahren mit Mehrinvestitionen positiv verläuft (Mehrertrag), was die Rückzahlung von Schulden ermöglicht. Das Jahr 2016 ist in dieser Hinsicht ein ganz schlechtes Jahr. Wir werden nur eine minimale Selbstfinanzierung haben. Die Verbesserung vom Jahr 2016 auf das Jahr 2017 ist hauptsächlich auf die Steuerfusserhöhung zurückzuführen. Die Steigerung vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 beinhaltet die Einführung des Finanzausgleichs auf Kantonsebene. Darauf komme ich noch zurück. Danach sollte sich auch die Bevölkerungsentwicklung zur Verbesserung des Steuersubstrats beitragen. Auf der Aufwandseite versuchen wir, den eingesetzten Franken mit Zurückhaltung auszugeben. Das hilft ebenfalls, die Rechnung zu verbessern.



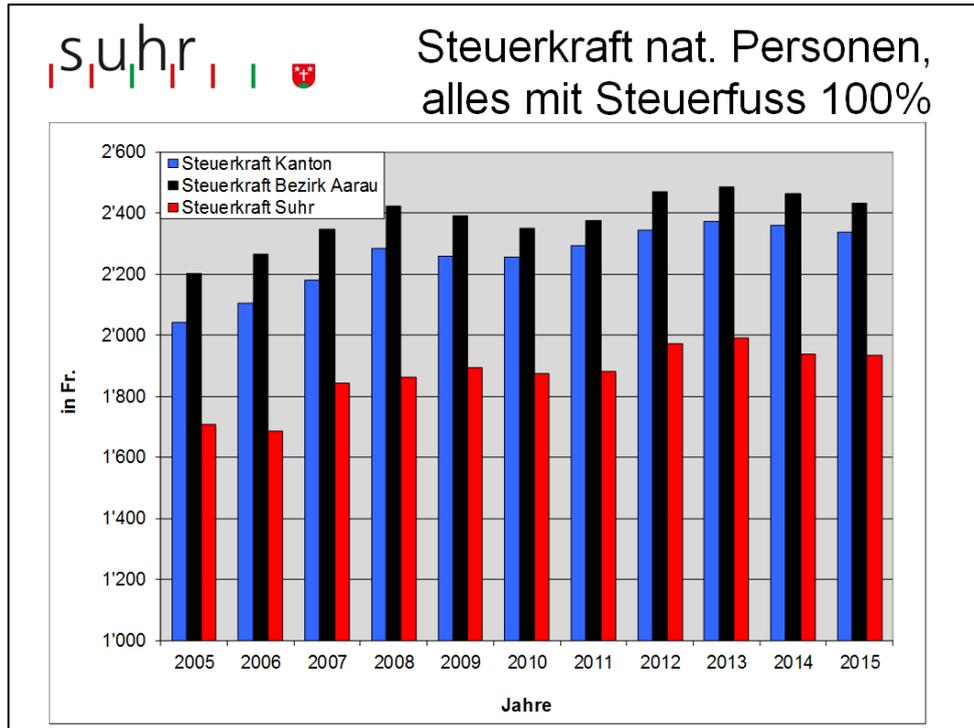
Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Auf die gleiche Art zeige ich nun die Entwicklung des operativen Ergebnisses. Darin enthalten sind die nötigen Abschreibungen auf den Investitionen. Man sieht die schwierige Übergangszeit mit der Verbesserung durch die Steuerfussanpassung. Das Ziel ist, mittelfristig, also nicht zwanzig und mehr Jahre son-

dern drei bis fünf Jahre, zu einem ausgeglichenen Ergebnis zu kommen (+/- null Franken). Das sollte aufgrund unserer Annahmen erreichbar sein.



Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Den Finanzausgleich habe ich bereits erwähnt. Dieser ist ein ganz wichtiges Element für uns. Er bedeutet für uns einen Ertrag von Fr. 1'200'000.00 bis Fr. 1'400'000.00. Das heisst 7 bis 8 Steuerprozent. Ich habe mich im Auftrag des Gemeinderates zusammen mit anderen Gemeinden stark engagiert für die Interessen von Agglomerationsgemeinden. Wir hatten dabei auch eine Vertretung in Arbeitsgruppen des Kantons. Wir haben die Bedeutung des neuen Finanzausgleichs schon vor Jahren erkannt. Der Grosse Rat hat die neuen Grundlagen im Frühjahr 2016 verabschiedet. Wir haben uns gefreut und haben mit den Mehreinnahmen ab dem Jahr 2017 gerechnet. Dann wurde das Referendum ergriffen. Vor allem ländliche Gemeinden befürchten, durch diese Verschiebung zu den Verlierern zu gehören. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass auch für strukturell schwächere Gemeinden Instrumente vorgesehen sind, um Ausgleich zu schaffen (Räumlich-struktureller Ausgleich). Der Aufstellung kann entnommen werden, wieviel Geld in Millionen (Grössenordnung) verschoben wird. Ergänzungsbeiträge und Mindestausstattung sind für uns nicht von Bedeutung. Aber ländliche Gemeinden werden berücksichtigt. Das Geld mit den weissen Pfeilen würde direkt vom Kanton ausgerichtet. Der grösste Brocken ist der Ausgleich zwischen den Gemeinden. Gemeinden mit tiefen Soziallasten müssen in einen Topf einzahlen. Gemeinden mit hohen Soziallasten erhalten daraus einen Betrag. Das gilt auch bei den Bildungslasten. Da wird mit dem Verhältnis der Anzahl Kinder zur Gesamtbevölkerung einer Gemeinde gerechnet. Suhr hat überdurchschnittlich viele Kinder. Wir würden profitieren. Wir haben

auch hohe Soziallasten, auch da würden wir profitieren. Der grösste Brocken kommt vom Ressourcenausgleich. Was heisst das?



Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Es geht beim Ressourcenausgleich um die Steuerkraft. Viele unter ihnen kennen diese Grafik. Diese habe ich schon wiederholt gezeigt. Es geht um die Steuerkraft der natürlichen Personen. Damit zwischen den rund 200 Gemeinden des Kantons ein Vergleich möglich ist, werden alle Gemeinden auf 100 % Steuerfuss umgerechnet. Dann wird auch noch umgerechnet auf "pro Kopf der Bevölkerung". Da sind auch die Kinder einbezogen. Ich nehme das Jahr 2015 für die Erklärung. Der Kanton hat einen Schnitt von Fr. 2'300.00. Der Bezirk Aarau ist noch höher mit über Fr. 2'400.00. Die Stadt Aarau liegt - soweit ich das im Kopf habe - bei über Fr. 3'000.00. Wir haben in den Jahren 2012 und 2013 den Wert von Fr. 2'000.00 knapp erreicht und waren hoffnungsvoll, dass sich dieser Wert stabilisiert. Leider liegen wir jetzt wieder mit zwei schwierigen Jahren bei rund Fr. 1'900.00. Ganz generell ist der Durchschnitt rückläufig. Das hat mit Steuerreformen auf Kantonebene zu tun. Es gab Entlastungen beim Mittelstand und beim höchsten Steuersatz. Das hat sich eins zu eins auf unsere Ressourcen ausgewirkt. Wer über dem Durchschnitt liegt, muss in den Ausgleichstopf einzahlen. Die Gemeinden unter dem Durchschnitt würden profitieren. Es wird aber nicht ein voller Ausgleich gewährt, damit die Gemeinden auch einen Anreiz haben, sich zu verbessern. Eigene Anstrengungen einer Gemeinde sollen sich lohnen. Wenn wir uns verbessern, erhalten wir etwas weniger Ausgleich, aber in der Summe gibt es einen besseren Steuerertrag. Zentral für Suhr ist, die Abstimmung findet im Februar 2017 statt, man kann auch

brieflich abstimmen, dass ein Ja für den Finanzausgleich in die Urne gelegt wird. Das ist zu Gunsten unserer Finanzen und damit für unsere Gemeindeentwicklung.



Dienstleistungen, eine Auswahl

- ❖ Bibliothek
- ❖ Badi
- ❖ Tagesstrukturen
- ❖ Musikschule
- ❖ Schulsozialarbeit
- ❖ Vereine: z.B. Jugendförderung (das Geld kommt vor allem dem FC und dem HSC zu Gute)
- ❖ Fussballfelder
- ❖ Turnhallen (gratis für Vereine)
- ❖ Freiwilligenarbeit
- ❖ Jugendarbeit / Altersprojekte
- ❖ Spitex
- ❖ Museum
- ❖ ...
- Unsere Gesellschaft braucht ein funktionierendes Gemeinwesen und Solidarität

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Wir haben nun viel von den Ressourcen oder den Steuereinnahmen gehört. Ich habe auch schon oft analysiert, was wir alles dem Kanton bezahlen müssen. Heute möchte ich die Dienstleistungen der Gemeinde bewusst machen, wo wir profitieren können und wo wir einen direkten Einfluss haben. Bei diesen Bereichen können wir entscheiden, was wir ausgeben. Korrekturen sind aber nicht in allen Fällen kurzfristig möglich. Ich will auch nicht alles vorlesen. Es handelt sich um eine Auswahl. Einzelne Themen beruhen auf Entscheiden von Gemeindeversammlungen. Die können nicht einfach rückgängig gemacht werden. Ich denke an die Quartierentwicklung. Deshalb ist sie auch nicht erwähnt. Erst im Juni 2016 wurde an der Gemeindeversammlung eine Zustimmung zu diesem Thema erreicht. Es hat auch Projekte, die als Stärke von Suhr genannt worden sind, z.B. die Tagesstrukturen. Es hat z.B. Sachen für die Jugend. Die Kosten sind unterschiedlich. Bei den Fussballfeldern geht es um laufende Kosten (Betrieb und Unterhalt) und so alle 5 bis 10 Jahre stehen Ersatzinvestitionen an. Für den Gemeinderat ist wichtig, dass wir unsere Position der Stärke in der Diskussion "aarau-regio" in den Zusammenarbeitsaspekt einbringen können. Die Dienstleistungen an unsere Bevölkerung sollen in diesem Rahmen angeboten werden können. Wir sind klar der Meinung, dass unsere Gesellschaft von der Solidarität lebt. Hinter diesen Dienstleistungen stehen auch immer Begegnungen von Leuten. Das Gemeinwesen kann nur funktionieren, wenn es auch gewisse Angebote macht. Wenn nun jeder nur noch überlegt, was ihm persönlich nützlich ist,

wie z.B.

- ich schwimme nicht gern, daher brauche ich auch keine Badi - man kann dort auch Schafe weiden - wir reden von einem Steuerprozent Aufwand für die Gemeinde,
- ich habe keine Kinder, deshalb braucht es auch keine Musikschule,
- ich bin noch jung, wofür braucht es die Spitex,
- ich bin alt, Angebote für junge Leute interessieren mich nicht,

fällt die Solidarität vollkommen weg.

Sie sehen, es braucht ein funktionierendes Gemeinwesen mit einem gewissen Angebot und auch einer gewissen Solidarität. Von einem vielfältigen Angebot lebt eine Gemeinde und das macht die Stärke und die Lebensqualität aus. Das ist nicht nur in Suhr so. Daher sind solche und weitere Dienstleistungen von zentraler Bedeutung für die Bevölkerung.

suhr 		Diskussion
Ertrag:	<ul style="list-style-type: none"> ❖ Konjunkturabkühlung ❖ Steuerreformen ❖ Entwicklung Steuerkraft ❖ Bevölkerungswachstum 	<p>—</p> <p>—</p> <p>?</p> <p>+</p>
Aufwand:	<ul style="list-style-type: none"> ❖ Überprüfung Aufwand ist eine normale Praxis in Suhr ❖ Was sind uns die vielfältigen Dienstleistungen wert? 	
<p>Strukturelles Manko von 3 Mio. Cashflow</p> <p>→ neuer Finanzausgleich ab 2018 => Abstimmung 02/2017</p> <p>→ allmähliches Bevölkerungswachstum</p> <p>→ Steuererhöhung</p>		

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Ich fasse zusammen. Beim Ertrag haben wir vor allem durch die Steuerreform und die Konjunktur (Aktiensteuern) eine Ungewissheit. Was erwartet uns? Bei der Steuerkraft (unter Fr. 2'000.00 pro Person) könnte man ev. noch ein Plus in Klammer setzen, weil die Neuzuzüger hoffentlich Verbesserungen bringen. Generell sollte das Bevölkerungswachstum sich positiv auswirken. Dies vor allem im Hinblick auf die nächsten 5 bis 8 Jahre. Beim Aufwand ist es eine normale Praxis, dass wir diesen immer überprüfen. Das ergibt sich ganz automatisch aufgrund der Steuerkraft. Wir müssen immer den Steuerfranken effizient einsetzen. Das wurde bisher verschiedentlich betont. Ich denke an die effiziente Verwaltung und die Diskussionen über Projekte mit der

Bevölkerung. Wir suchen gute Lösungen (Traktandum 3 Verwaltungsgebäude). Diese normale Praxis macht uns stark. Es stellt sich immer die Frage, was für uns die vielseitigen Dienstleistungen für einen Wert darstellen. Es fehlt uns rund Fr. 3'000'000.00 Selbstfinanzierung pro Jahr. Die Steuererhöhung bringt uns knapp eine Million Franken. Vom Finanzausgleich erwarten wir - sofern die Abstimmung im Februar 2017 angenommen wird - ab dem Jahr 2018 eine Verbesserung um mehr als eine Million Franken. Und mit dem Bevölkerungswachstum und einer Verbesserung der Steuerkraft sollten wir mittelfristig das strukturelle Manko ausgleichen können. Der Antrag des Gemeinderates lautet wie folgt:



Antrag Gemeinderat

Es sei das Budget der Einwohnergemeinde Suhr mit einem von 105% auf 110% erhöhten Gemeindesteuerfuss zu genehmigen.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Bevor die Diskussion freigegeben wird, erteile ich der Präsidentin der Finanzkommission das Wort.

Yvonne Dietiker, Präsidentin der Finanzkommission: An dieser Stelle möchte ich dem Gemeinderat und der Verwaltung den Dank aussprechen für die Erstellung des Budgets. Es ist ein mehrstufiger Prozess, der sehr aufwändig ist, bis das abstimmungsreife Budget vorliegt, worüber abgestimmt werden kann. Die Finanzkommission prüft zwei Bereiche. Überprüft werden der mittelfristige Finanzplan und dann das jährliche Budget. Beide Grundlagen sind nach unserer Auffassung vollständig, klar, übersichtlich und öffentlich zugänglich. Das Budget wurde auf der Basis von 105 % erstellt. Das bedeutet, dass die Steuerfusserhöhung um 5 % eine zusätzliche Einnahme von ca. Fr. 850'000.00 bedeutet. Trotzdem wurde ein Aufwandüberschuss budgetiert von Fr. 1'300'000.00. Details zur Prüfung des Budgets durch die Finanzkommission sind dem ausführlichen Bericht zu entnehmen. Dieser kann auf der Homepage der Gemeinde eingesehen werden. Eine weitere Aufgabe der Finanzkommission ist ein Blick in die Zukunft und die Beurteilung der finanziellen Lage der Gemeinde. Wir machen das so, dass wir verschiedene Kennzahlen berechnen und beurteilen. Auf drei dieser Kennzahlen möchte ich separat eingehen. Mit dem Budget rechnet die Gemeinde mit einer Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung von

Fr. 1'500.00. Das ist grundsätzlich nicht viel. Der Grenzwert liegt bei Fr. 2'500.00, wenn - und das ist wichtig - wenn der Selbstfinanzierungsanteil im Rahmen liegt. Der Selbstfinanzierungsanteil ist der Teil des Ertrages der Gemeinde, der für die Bezahlung von Investitionen oder für den Schuldenabbau herausgezogen werden kann. Im Rahmen liegen bedeutet, dass dieser Wert nicht unter 10 % fallen sollte. Im Budget rechnet die Gemeinde Suhr mit einem Selbstfinanzierungsanteil von 4 %. Das ist deutlich unter der genannten Grenze von 10 %. Zusammen mit dem Selbstfinanzierungsgrad von rund 13 % muss man sagen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde stark eingeschränkt ist. Was kann man da unternehmen? Es geht immer die gleichen 4 Punkte:

- Aufwand verringern

Wir haben bei der Budgetprüfung gesehen, dass sich der Gemeinderat und die Verwaltung wirklich bemüht haben, den Aufwand in Grenzen zu halten. Ein Grossteil des Aufwandes ist für die Gemeinden fix vorgegeben. Die Gemeinde kann nur ca. bei 20 % des Aufwandes tatsächlich selber bestimmen. Wir haben gemerkt, dass insbesondere bei den Reparaturen und beim Unterhalt der Aufwand recht weit zurückgefahren worden ist. Das bedeutet nicht sparen. Das ist ein Aufschieben der Ausgaben, die irgendwann anfallen werden.

- Leistungen abbauen

Sie haben die Liste gesehen, die Marco Genoni aufgelegt hat. Worauf würden Sie verzichten, um den Steuerfuss tief halten zu können?

- Investitionen restriktiv planen

Man muss sich fragen, ob die Investitionen in diesem Umfang nötig sind. Was bringen die Investitionen und sind sie finanziell tragbar? Wir haben gesehen: Durch den Rückzug von Traktandum 4 nimmt der Gemeinderat diese Aufgabe sehr ernst.

- Erhöhung der Einnahmen

Suhr hat immer noch das grosse Problem der tiefen Steuerkraft im kantonalen Vergleich. Sie wird momentan wohl auch nicht ansteigen. Einnahmen können wir generieren durch den Finanzausgleich. Suhr ist sehr abhängig davon. Es geht um Geld das wir erwarten dürfen für die Sonderlasten, die wir zu tragen haben. Zuletzt bleibt die Möglichkeit, den Steuerfuss zu erhöhen. Das schlägt der Gemeinderat jetzt vor und beantragt die 5 % mehr Steuerfuss.

In Anbetracht der finanziellen Lage und der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie vom finanzpolitischen Grundsatz des langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalts ist die Finanzkommission mehrheitlich der Meinung, dass die Steuerfusserhöhung im jetzigen Zeitpunkt wichtig und richtig ist. Darum empfiehlt die Finanzkommission der Gemeindeversammlung, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und das Budget 2017 mit dem Steuerfuss von 110 % zu genehmigen.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Ich danke der Präsidentin der Finanzkommission für die Ausführungen.

Diskussion:

Alain Storni, SVP Suhr: Ich habe ein paar Anmerkungen zum Budget und zur Steuerfusserhöhung von 105 % auf 110 %. Ich habe mich in der letzten Zeit sehr intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt. Ich habe auch den Bericht der Finanzkommission gelesen. Vor Jahresfrist hat der Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung von 8 % beantragt. Diese Steuererhöhung wurde durch die Gemeindeversammlung deutlich abgelehnt. Entsprechend haben wir erwartet, dass der Gemeinderat die Ausgabensteigerung bremst und das Budget 2017 ohne Steuerfusserhöhung präsentiert. Nun müssen wir wieder über eine Erhöhung abstimmen. Jetzt geht es um 5 %. Die SVP stellt sich gegen diese Steuerfusserhöhung und gegen die momentane Ausgabenpolitik der Gemeinde. Der Kanton hat die schwierige Finanzlage bereits im Jahr 2015 erkannt und geht jetzt in die 4. Runde der Entlastungsmassnahmen. Ebenfalls möchte der Kanton auch die Steuern erhöhen. Vorgeschlagen ist 1 %. Gegen diese Steuererhöhung wehren sich im Moment geschlossen alle bürgerlichen Parteien. Sogar die SP hat bereits im August kritisch zur Erhöhung des Steuerfusses durch den Kanton geäussert. Das kann in der AZ-online vom 26. August dieses Jahres nachgelesen werden. Budgetieren hat nichts mit Wahrsagerei zu tun. Sie haben gesehen. Die Rechnung 2015 hat besser abgeschlossen als budgetiert. Das ist so. Budgetieren bedeutet Annahmen zu treffen. Mit der Hilfe des Budgets ermittelt man einen Überschuss oder einen Fehlbetrag. Im zweiten Fall müssen zusätzliche Einnahmen erschlossen oder eben die Ausgaben vermindert werden. Statt die Ausgabenpolitik zu überdenken und den Sparwillen zu zeigen, wird nun erneut der einfachste Weg gewählt, eine Steuererhöhung um 5 %. Sie haben von der Finanzkommission gehört, es gibt 4 Punkte, um die Leistungsfähigkeit zu erreichen. Ich wiederhole das nicht. Ebenfalls vertritt die Finanzkommission die Meinung, dass die Aufwände sehr restriktiv budgetiert worden sind. Nach Meinung der SVP jedoch viel zu wenig restriktiv. Wenn man durch das Budget geht, werden Sie schnell feststellen, dass die Aufwände fast überall eher gestiegen sind. In der Grafik, die Herr Marco Genoni gezeigt hat, erkennt man das nicht ganz genau. Aber wenn man die Zahlen vergleicht, sieht man die höheren Aufwände. Bei einem Aufwand von ca. Fr. 43'000'000.00 im Budget 2017 werden wir Fr. 475'000.00 höher sein als das Budget 2016. Wenn man den Posten Personalaufwand nimmt, so sieht man es auf der Grafik kaum - aber er ist höher. Das gilt auch beim Sach- und Betriebsaufwand. Auch dort sind die Zahlen höher. Das sieht man auch in der Grafik. Der Transferaufwand steigt mehr oder weniger ungebremst. Nur hat die Gemeinde darauf so gut wie keinen Einfluss. Das hat Herr Marco Genoni bereits erwähnt. In diesem Budget gibt es zwei Posten, die einen grossen Teil ausmachen. Ungefähr 57,4 % des Gesamtaufwandes (oder ca. Fr. 25'000'000.00) gehen zu Lasten der Bildung (fast Fr. 13'000'000.00, 4,8 % höher als die Rechnung 2015 oder 0,4 % als das Budget 2016). Die Soziale Sicherheit, der zweite grosse Posten, umfasst Fr. 11'720'000.00 (5,5 % höher als die Rechnung 2015 oder 3,3 % höher als das Budget 2016). Im Budget sind Fr. 9'600'000.00 für Sozialhilfe und das Asylwesen enthalten. Man konnte dieses Jahr im Suhr Plus lesen, dass die Bruttoausgaben für die Sozialhilfe innert 10 Jahren um Fr. 2'000'000.00 auf rund Fr. 4'500'000.00 an-

gestiegen sind. Jetzt habe ich noch Anmerkungen zu den grossen laufenden Investitionen. Als ich gelesen habe, dass der Gemeinderat eigentlich eine Steuerfusserhöhung um 20 % beantragen müsste um kurzfristig die Selbstfinanzierung von Fr. 4'000'000.00 zu erreichen, wurde mir fast ein wenig schlecht. Ich gehe davon aus, dass die finanziellen Konsequenzen der grossen Investitionen damals in der Investitionsrechnung beziffert worden sind. Eine grosse Mehrheit der Stimmbürger hat in der Vergangenheit ja zu den grossen Investitionen gesagt. Hätten die Stimmbürger aber auch ja gesagt, wenn gleichzeitig mit der Investition von Fr. 24'000'000.00 für ein Schulhaus über eine Steuerfusserhöhung abgestimmt worden wäre? Ich denke wohl kaum. Als SVP wünschen wir uns, dass im nächsten Jahr nicht einfach wieder eine Steuerfusserhöhung budgetiert wird und dass die Gemeinde ein Sparprogramm "schnürt", so wie es der Kanton auch anstrebt. Wir können auch nur hoffen, dass der innerkantonale Finanz- und Lastenausgleich bald umgesetzt wird. Auch das haben wir heute Abend von Marco Genoni präsentiert erhalten. Wir ermutigen alle anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, gegen diese geplante Steuererhöhung zu stimmen und dem Antrag der SVP entsprechend zuzustimmen. Dieser Antrag lautet:

Antrag SVP Suhr

Es sei das Budget 2017 der
Einwohnergemeinde Suhr mit einem
unveränderten Steuerfuss von 105% zu
genehmigen.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Ich hoffe, dass ein paar der vorbereiteten Punkte von Herrn Storni durch meine Präsentation bereits erklärt sind. Es ist richtig, wir haben vor einem Jahr 8 % Steuerfusserhöhung beantragt und jetzt liegt der Antrag bei 5 %. Die Situation der Gemeinde ist genau gleich wie vor einem Jahr. Der Gemeinderat ist verpflichtet und ich denke, dass ich das ausreichend aufgezeigt habe, die mittelfristige Entwicklung im Auge zu behalten. Das Verhältnis zwischen der Selbstfinanzierung und den Investitionen muss vertretbar sein. Ich bin etwas erstaunt. Beim Traktandum 2 wurde verschiedentlich bestätigt, auch von Leuten der SVP, dass wir die Kosten im Griff haben. Es wurde auch gesagt, dass wir eine effiziente Verwaltung haben. Es ist vielleicht etwas frech. Aber beim Kanton, der noch Luft hat, ist das Sparen möglich, eventuell sogar im grösseren Rahmen. Wenn man keine Reserven mehr hat, wie das bei uns der Fall ist, ist es nicht so einfach. Die Gemeinderäte haben in der Vergangenheit beim Aufbau von Dienstleistungen immer sehr sparsam gehandelt. Das Grundproblem bei uns liegt im Steuerertrag pro Einwohner. Wenn wir da Fr. 200.00 bis Fr. 300.00 mehr Ertrag hätten, also nur im Schnitt des Kantons, dann können wir heute wohl eine Reduktion des Steuersatzes beantragen. Es ist richtig, dass die Kosten bei der Bildung und bei der Sozialen Sicherheit steigen, es gibt dazu im Transferertrag Rückerstattungen oder Erträge. Beim Asyl geben wir mehr aus, wir bekommen das aber zu 100 % vom Bund zurück. Beim Fi-

nanzausgleich bin ich froh, von der SVP Suhr zu hören, dass sie auch hofft, dass die Abstimmung für Suhr positiv ausgeht. Wenn ich mich richtig erinnere, hat die SVP des Kantons das Referendum unterstützt. Ich hoffe, dass wir als Suhrer zusammenstehen und für diesen Finanzausgleich stimmen. Die neue Regelung ist sehr transparent und berücksichtigt verschiedene Faktoren, um einen fairen Ausgleich zu erreichen. Die Berechnungen sind nachvollziehbar und zukunftsgerichtet. Auch die Gemeinde Oberwil-Lieli muss ihren Beitrag leisten. Für uns als Agglomerationsgemeinde ist diese Neuregelung von zentraler Bedeutung.

Kurt Bächinger, Chilematteweg 1: Ich habe nur zwei Beispiele, wo ich das Gefühl habe, dass das Geld etwas dumm ausgegeben worden ist. Die Buchenhecke entlang des Chilematteweges wurde entfernt als die Fernwärme verlegt worden ist. Dann wurde wieder begrünt, der Buchenhag wurde wieder gesetzt. Später wurden die Pflanzungen wieder entfernt, weil die Wohnungen der Überbauung LEBENSuhr gebaut worden sind. Gestern hat man wieder mit den Pflanzungen begonnen. Das wäre sicher auf günstigere Art möglich gewesen. Das zweite Beispiel betrifft die Teilsanierung des Mühleweges. Der gestaltete Übergang von der Augustinergasse zum Mattenweg hätte auch mit einem normalen Belag erstellt werden können. Das wäre nicht so kompliziert nötig gewesen, wenn man schon kein Geld hat. Mich würde interessieren, wie der Preisunterschied zwischen der luxuriösen Variante und der normalen Teerung ist.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Wegen der Hecke hat nicht die Gemeinde sondern die private Genossenschaft LEBENSuhr in die Umgebung investiert. Es ist sicher so, dass eine schöne Umgebung von zentraler Bedeutung für unsere Lebensqualität ist. Es ist nicht nur der Wald, der dazu beiträgt. Wir haben an verschiedenen Informationsforen aufgezeigt, dass wir in die Schulwegsicherung investieren wollen. Es sind verschiedene Massnahmen geplant. Wir versuchen, immer mit möglichst wenig Aufwand die Verbesserung zu erreichen. Wir wollen die Schülerinnen und Schüler auf dem Weg in die Schule nicht gefährden. Im genannten Bereich kommen mehrere Hundert Schülerinnen aus Gränichen, Hunzenschwil und aus dem südlichen Dorfteil über die Augustinergasse zum Schulzentrum Dorf. Auf dem Mühleweg zirkuliert die Buslinie 4. Im Strassenverkehr wird die Sicherheit nicht dadurch erhöht, dass möglichst viele Schilder aufgestellt werden (Achtung Kreuzung, Achtung Kinder etc.). Mehr wird erreicht, indem die Fahrbahn gut gestaltet wird. Gibt es nur Asphalt auf einer geraden Linie, so fährt man möglicherweise schneller. Mit der Platzgestaltung wird der Belag strukturiert. Das hat eher eine Bremswirkung. Man nimmt mehr Rücksicht. Wir müssen in der dichten Besiedlung generell mehr Rücksicht nehmen aufeinander. Darum wurde diese Ausführung gewählt. Die Mehrkosten betragen rund Fr. 30'000.00 für den gesamten Abschnitt.

Kurt Bächinger, Chilematteweg 1: Im Prinzip hätte es ein Berliner Kissen auch getan. Ich habe bereits gesehen, dass die Schüler jetzt auf den Platz fahren und dort stark bremsen, damit es Belagsteile wegspickt. Ich weiss nicht, wie sich das bewährt, vor allem auch wegen den schweren Busfahrzeugen. Ich frage mich, ob dann der nächste Gemeinderat das wieder rückgängig machen muss. Die Zukunft muss immer rückgängig machen, was heute falsch läuft.

Leonhard Schulz, Augustinergasse 3: Eben genau der Bauaufwand im Bereich Mühleweg, Mattenweg und Augustinergasse ist für mich ein Paradebeispiel, wie man beim Aufwand noch schrauben kann. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass es zurzeit richtig ist, den Steuerfuss um 5 % anzuheben. Ich bin nicht nur für das Sparen. Ich denke, dass das Budget mit dem Auftrag bewilligt werden muss, dass der Gemeinderat weitere Sparmassnahmen in die Wege leitet. Die Steuerfusserhöhung darf nicht ein Freipass sein, weiterhin das Budget jedes Jahr ein wenig in die Höhe zu schrauben. Man muss wirklich auch den Aufwand reduzieren.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Das ist unsere tägliche Arbeit und vor allem im Sommer während des Budgetprozesses bei den Gesprächen der Ressortvorsteher mit den Abteilungen aktuell. Der Gemeinderat berät das Budget in zwei Lesungen. Gerade im Infrastrukturbereich ist die Überprüfung der Budgeteingaben intensiv. Die Finanzkommission hat vorhin erwähnt, dass das eben nicht immer gespart ist. Ich denke, dass gewisse Beträge gespart werden können, wenn das Niveau heruntergeschraubt. Man kann auch gewisse Unterhaltsarbeiten reduzieren. Nicht alles muss jährlich gemacht werden. Oft genügt auch jedes zweite oder dritte Jahr. Da schauen wir immer sehr genau hin.

Urs Zimmermann, Präsident der FDP Suhr: Die FDP anerkennt und sieht, dass im Moment - dieses und das nächste Jahr - die Gemeinde sehr hohe Investitionen tätigt. Diese sinken aber in den Folgejahren wieder. Das haben wir auch schon gehört. Wir hoffen, dass im Februar die Aargauer Bevölkerung den neuen Finanzausgleich gutheisst. Dann kann die Gemeinde Suhr Einnahmen von Fr. 1'300'000.00 erwarten. Deshalb ist die FDP der Meinung, dass es nicht 5 % braucht. 3 % Steuererhöhung reichen auch. Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Antrag FDP Suhr

Es sei das Budget 2017 der Einwohnergemeinde Suhr zu genehmigen und der Gemeindesteuerfuss nur um 3% auf 108% zu erhöhen.

Jürg Lienhard, Sonneckweg 5: Ich stelle den Antrag, dem Antrag des Gemeinderates auf eine Steuererhöhung um 5 % zuzustimmen. Sie haben die Analyse gehört. Marco Genoni hat es erklärt und die Präsidentin der Finanzkommission hat es auch klar dargelegt, der Ertrag reicht bei weitem nicht, um nur ansatzweise die Investitionen zu decken. Vor einem Jahr hatten wir praktisch die gleiche Situation. Man hat die Sparbemühungen wei-

tergeführt. Die Zitrone ist ausgepresst. Es liegt nicht mehr viel drin. Das Vermögen aus der Verselbständigung der Technischen Betriebe ist schneller geschmolzen als der wenige Schnee, den wir im letzten Winter hatten. Die Nettoschuld pro Kopf der Bevölkerung steigt rapid an. Im letzten Jahr hatten wir noch ein Nettovermögen. Im Jahr 2016 haben wir bereits eine Nettoschuld von Fr. 650.00 pro Einwohner. Wenn wir so weiterfahren, selbst wenn wir den Steuerfuss um 5 % erhöhen, steigt die Nettoverschuldung ganz schnell auf Fr 2'000.00 pro Einwohner an. Wenn wir von den Einwohnern reden, dann sind das alle, auch die Kinder und die Personen im Altersheim. Was macht der Gemeinderat in einer solchen Situation, wenn er sieht, dass selbst die beantragte Steuerfussanpassung nicht reicht, um das Defizit zu decken, weil er eigentlich 8 % (wie im letzten Jahr) oder 10 % beantragen müsste? Er kommt halt mit einer Anpassung, die eigentlich nicht reicht und beantragt 5 %. Das ist nicht feige, das ist politische Taktik. Das dürfte auch verhältnismässig und vernünftig sein, wenn ein Gemeinderat so handelt. Wenn man dann in einer solchen Situation kommt und eine Steuerfusserhöhung um 3 % vorschlägt - es könnte jetzt auch jemand noch 2 %, 2,5 % oder 4 % vorschlagen - dann bewegen wir uns im Bereich eines orientalischen Basars. Das macht keinen Sinn. Der Gemeinderat hat wohlverstanden nicht diejenige Steuerfusserhöhung beantragt, die er eigentlich müsste, um das Budget rasch auf eine vernünftige Ebene zu führen. Aber er macht es massvoll und wenigstens diesen Schritt von dem er hofft, dass er das an der Gemeindeversammlung durchbringt. Was macht denn die Steuerfusserhöhung in Wirklichkeit aus? Es sind im Traktandenbüchlein einige Zahlen aufgeführt. Sie können das nachlesen. Bei durchschnittlichen Einkommensverhältnissen macht die Steuerfusserhöhung zwischen Fr. 100.00 und Fr. 200.00 pro Einwohner aus. Das sind nicht riesengrosse Beträge, die uns umwerfen. Aber es hilft, dass die Gemeinde wieder auf einer finanziell gesicherten Ebene stehen kann. Aus diesem Grund glaube ich, dass es notwendig ist, dass wir jetzt diesen Schritt machen. Wenn wir die Erhöhung nicht vornehmen und glauben, dass der Gemeinderat bei kleinen Sachen sparen soll - es gibt gar nicht so viele Möglichkeiten - dann muss dann geprüft werden, ob wir das Bier und das Brötli nach der Gemeindeversammlung noch gratis erhalten sollen. Das saniert die Gemeindefinanzen natürlich auch nicht. Aber der Regierungsrat des Kantons Aargau wollte die schlechte Situation auch damit verbessern, dass der Blumenstrauss für die Hundertjährigen gestrichen wurde. Auch das hat die Kantonsfinanzen nicht saniert. Vielleicht muss die Gemeindeversammlung dann ein Sparzeichen setzen, wenn wir nicht bereit sind, der gemässigten Steuerfussanpassung zuzustimmen.

Felix Egger, Neue Aarauerstrasse 16: Sie haben sicher auch festgestellt, dass in Suhr sehr stark gebaut wird. Es werden viele Wohnungen erstellt. Wir hoffen, dass neue Leute nach Suhr ziehen, die gute Steuerzahler sind. Wir müssen gute Steuerzahler in die Gemeinde bringen. Diese ziehen nur zu, wenn wir ein starkes Zeichen setzen und den Steuerfuss bei 105 % belassen. Wenn wir das machen, werden auch gute Steuerzahler zuziehen. Die Zinsen sind so tief, dass das Schuldenmachen fast nichts kostet. Die Eidgenossenschaft kann dreissigjähriges Geld zum Minustarif aufnehmen. Lehnen Sie die Steuerfusserhöhung ab und setzen Sie dadurch ein starkes Zeichen. So zeigen wir, dass wir gute Steuerzahler haben wollen. Dankeschön.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Ich möchte kurz das Ergebnis einer Umfrage zeigen. Diese ist zwar älteren Datums. Neuere Erhebungen zeigen in etwa das gleiche Bild.

Kriterien zur Auswahl des Wohnortes, abnehmende Bedeutung

1. Nähe zur Natur
2. Ruhe
3. Gute nachbarschaftliche Kontakte
4. Gut erschlossen (verkehrstechnisch)
5. Gute Schulen
6. Gute Einkaufsmöglichkeiten
7. Tiefe Steuern
8. Gute Freizeit und Kulturangebote
9. Verwaltung in nächster Nähe
10. Lebendiges Vereinswesen und weitere

gfs.bern, Befindlichkeit Aargau, Bevölkerungsumfrage, Juni 2006 (N = 1009)

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Ich weiss, weil ein neues Gebäude beim Bahnhof meinem Arbeitgeber gehört, dass die Lage zentral ist für den Wohnortsentscheid. Zuerst kommen Nähe zur Natur, Ruhe (beim Bahnhof weniger der Fall) und nachbarschaftliche Kontakte. Hier müssen wir unsere Qualitäten ausspielen. Dann ist die verkehrstechnische Erschliessung von Bedeutung, ebenso die Schulen, wo wir viel investiert haben. Das zahlt sich aus. Das habe ich wegen dem Schulgeld von Gränichen und Hunzenschwil erwähnt, was eine sechsstellige Zahl einbringt. Dann sind Einkaufsmöglichkeiten wichtig. Da sind wir auch gut bedient. Und erst an siebter Stelle kommen die Steuern als Beurteilungskriterium für den Wohnort. Fast gleich werden Freizeitangebot, Nähe zur Verwaltung und das Vereinswesen genannt.

Hans Rufli, alt Vizeammann: Ich habe noch ein Thema, das bisher nicht angesprochen worden ist. Schon vor einem Jahr stand ich an gleicher Stelle und habe für einen gleichbleibenden Steuerfuss argumentiert. Ich habe damals aufgezeigt, wo u.a. ohne Erhöhung der Steuern noch Potenzial zu generieren wäre. Der Hinweis ging damals an den Gemeinderat zu untersuchen, warum 20 % der Steuerpflichtigen keine Steuern bezahlen, obwohl sie die üblichen Leistungen wie zahlende Pflichtige beziehen. Leider habe ich bisher nichts vernommen, was sich aus den Abklärungen ergeben hat. Nachdenklich musste ich vernehmen, wie Sie alle auch, dass auch bei den natürlichen Personen die erhofften Mehreinnahmen bei den Steuern aus diversen Gründen ausgeblieben sind. Ich rede nach wie vor von den wirklich Steuern bezahlenden Personen. Aber was ist mit den übrigen 20 %? Der Umstand, dass unser Sozialdienst inzwischen auf 18 Personaleinheiten aufgestockt werden musste, dürfte eine mögliche Antwort auf die Frage geben, gibt aber sehr zu denken. Auf eine entsprechende Nachfrage hin wurde mir zumindest gesagt, dass im Jahr 2017 - somit im nächsten Jahr - das gesamte Problem Sozialfälle und deren Steuerentrichtung angegangen werden soll. Man kann also weiter hoffen, dass endlich auch in

dieser Richtung etwas unternommen wird. Ich habe die Hoffnung deshalb nicht aufgegeben und möchte dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ressortvorsteher beliebt machen, auch seinen Beitrag für einen gesünderen Gemeindehaushalt zu liefern. Ich beantrage deshalb, das Budget mit einem gleichbleibenden Steuerfuss - weil der Gemeinderat auch damit budgetiert hat - anzunehmen. Die beantragte Erhöhung auf 110 % ist einstweilen abzulehnen. Danke für die Aufmerksamkeit. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Marco Genoni, Vizegemeindepräsident: Ich denke, dass du als Gemeinderat Erfahrungen gesammelt und selber, vor meiner Zeit, den Sozialdienst geführt hast. Du hast verschiedene Elemente erwähnt. Es gibt selbstverständlich Personen, die kein steuerbares Einkommen aufweisen. Du kennst das. Das ist auch in anderen Gemeinden so. Im Alter gibt es nicht nur Leute mit grossem Vermögen. Es gibt auch Personen, die sich ausbilden und trotz einer Anstellung kein steuerbares Einkommen generieren. Und Leute, die in der Sozialhilfe sind, bekommen nur das, was zum Leben reicht. Auch da sind die Steuerrechnungen null Franken oder sehr tief. Wir treffen uns jährlich im Juni mit den ehemaligen Gemeinderäten zum Gedankenaustausch. Auch ein Angebot, das ich bei den Angeboten gar nicht erwähnt habe. Dieser Austausch ist für uns alle wesentlich. Auch diese Ausgabe könnten wir streichen. Wir nehmen die Sparbemühungen ernst. Das habe ich wiederholt erwähnt. Da möchte ich auch meine Kollegen in Schutz nehmen, die diesbezüglich viel Zeit investieren. Ich möchte vermeiden, dass solche Kritik einfach geäussert wird von jemandem, der eigentlich die Zusammenhänge und die Arbeit im Gemeinderat sehr gut kennt. Einfach sagen: Ihr macht schlechte Arbeit, zurück zum Absender - das ist nicht in Ordnung. Entschuldigung, wenn ich jetzt ein wenig emotional geworden bin. Ich finde den Vorwurf nach den geführten Diskussionen, nach den Bemerkungen zur effizienten Verwaltung und dass die Kosten im Griff sind, nicht akzeptabel. (Marco Genoni unterbindet den Beifall.) Wir bleiben sachlich und trinken nach der Versammlung ein Bier - und dann ist es wieder gut.

Damit wird die Diskussion geschlossen.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Wir haben neben dem gemeinderätlichen Antrag mit 110 % Gemeindesteuern auch Anträge mit einem Steuersatz von 105 % (bleibender Steuerfuss) und 108 % als Antrag der FDP. Das Budget selber ist unbestritten. Das halte ich speziell fest. Es geht somit im ersten Schritt um den Steuerfuss. Ich werde folgendermassen abstimmen:

Zuerst stelle ich den Steuerfuss von 105 % dem Steuerfuss 108 % gegenüber. Der obsiegende Steuerfuss wird dem gemeinderätlichen Antrag mit 110 % gegenübergestellt. Der wiederum obsiegende Steuerfuss wird mit dem Gesamtbudget 2017 zur Abstimmung gebraucht.

Der Gemeindepräsident wiederholt diese Prozedere, damit allen Stimmberechtigten das Vorgehen bewusst wird.

Abstimmungsergebnisse (Abstimmung durch Gemeindepräsident Beat Rüetschi):

Vorabstimmungen

In der ersten Abstimmung erreicht der Steuerfuss von 105 % 143 Stimmen und der Steuerfuss von 108 % erzielt 185 Stimmen.

In der zweiten Abstimmung erreicht der Steuerfuss 108 % 198 Stimmen und der gemeinderätliche Antrag von 110 % erzielt 173 Stimmen.

Somit wird der Steuerfuss 108 % in die Hauptabstimmung zum Budget 2017 übernommen.

Hauptabstimmung

Mit grosse Mehrheit und einzelnen Gegenstimmen wird das Budget 2017 mit einem Steuerfuss von 108 % (bisher 105 %) gutgeheissen.

Traktandum 6 Umfrage und Verschiedenes

Kurt Bächinger, Chilematteweg 1: Nur noch eine kurze Frage zur Schulwegsicherung. Wie ist diese an der Tramstrasse beim Schulzentrum geplant? Dort haben wir eine Unterführung und einen Fussgängerstreifen. Die Regionalpolizei hat auf meine Anfrage festgehalten, dass die Unterführung genügen würde. Der Fussgängerstreifen könnte aufgehoben werden. Jetzt während der Bauphase gehen alle durch die Unterführung, und zwar problemlos. Ich möchte das in die Runde geben. Die Unterführung wird genutzt und der Fussgängerstreifen liquidiert. Beides nebeneinander ist nicht sinnvoll. Das ist ein Widerspruch.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Ich kann jetzt dann einen Ordner mehr dazustellen zu diesem Übergang und zur Unterführung. Es stimmt. Die Unterführung funktioniert gut, weil wir auf der Seite der Post den Veloparkplatz haben. Das ist unbestritten. Wenn das Schularreal wieder normal zugänglich ist, wird sich der Veloparkplatz auf der anderen Seite befinden. Dann sieht die Situation anders aus. Ich möchte alle Eltern bitten, den Kindern beizubringen, dass man durch die Unterführung zu Fuss gehen muss. Das wird kaum erreichbar sein, das haben wir mehrfach versucht. Wir sind daran, der Kanton muss noch zustimmen, die Lösung mit der Querung der Tramstrasse vorzubereiten. Der Fussgängerstreifen wird dabei aufgehoben.

René Estermann, Waldhofweg 27b: Wir haben heute Abend einen relevanten Entscheid mit vielen Leuten getroffen, aber eben trotzdem nur mit 7 %. 93 % der stimmberechtigten Suhrerinnen und Suhrer haben zum Zukunftsraum Aarau, ob Suhr bei der Hauptstadt dabei sein will, keine Stellung beziehen können. Das Votum heute war ein "Zufallsmehr". Wir wollen, dass die anderen 93 % der Suhrerinnen und Suhrer in einen demokratischen Prozess auch Stellung nehmen können. Wir ergreifen das Referendum gegen diesen Entscheid. Auch im Sinne eines Zeichens an die Region. Wir sind überzeugt, dass die Mehrheit der Suhrerinnen und Suhrer den Wert der weiteren Abklärungen sehen. Wir möchten die anderen Bürgerinnen und Bürger, die heute Abend leider nicht anwesend sein konnten, teilnehmen lassen an der Diskussion. Die Diskussion heute Abend war emotional. Verschiedene Leute hatten vielleicht das Gefühl, der Suhrer Wald wird abgeholzt. Wenn aufgrund solcher Argumente heute Abend entschieden worden ist, möchten wir doch eine sachlichere Diskussion zu diesem wichtigen Zukunftsthema führen. Wir sind überzeugt, dass ein Urnenentscheid mit einer grösseren Beteiligung eine bessere Basis ist.

Beat Rüetschi, Gemeindepräsident: Das ist ein demokratisches Recht. Das Verfahren habe ich erklärt.

Damit kann der Gemeindepräsident die Versammlung schliessen. Es liegen keine Wortbegehren mehr vor.

Für getreues Protokoll:

Gemeinderat

Beat Rüetschi
Gemeindepräsident

Hans Huber
Gemeindeschreiber